

elam

D 2835 E

MAGAZIN FÜR
JUNGE LEUTE

6 Frankfurt/M 1 Juli 7/70 1,—



elan

MAGAZIN FÜR JUNGE LEUTE

HERAUSGEBER

Pfarrer Willi Heintzeler / Bernhard Jendrejewski / Rolf Jürgen Priemer / Karl Hubert Reichel / Karl Heinz Schröder / Pastor Horst Stuckmann / Werner Weismantel

CHEFREDAKTEUR

Ulrich Sander

STELLV. CHEFREDAKTEUR

Hans-Jörg Hennecke, Dortmund (verantwortlich)

GESTALTUNG

Jerken Diederich

REDAKTION

46 Dortmund, Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

VERLAG

Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund, Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

ZWEIGBÜRO

6104 Jugenheim a. d. B.
Alsbacherstraße 65

VERLAGSGESCHÄFTSFÜHRER

Werner Maletz

PREIS INLAND

Einzelpreis DM 1,— einschl.
Mehrwertsteuer / Jahresabonnement
DM 13,— einschl. Zustellgebühr

KONTEN

Weltkreisverlag
Deutsche Bank Darmstadt /
Kto.-Nr. 290 221
Postscheckkto. Frankfurt/M.
Kto.-Nr. 2032 90

Druck:
Hosch GmbH.,
Frankfurt/M.



PFUNDS SACHEN

Nix Genosse

Der Parteitag möge beschließen: Die Anrede „Genosse“ soll in Zukunft nicht mehr gebraucht werden.

Antrag des Ortsvereins Niederstüter/Westf. an den SPD-Parteitag.

Verkehrsexperten

Mit Hilfe der Straßenmädchen will die indonesische Regierung den Straßenverkehr in Djakarta regeln. Die Prostituierten sollen zu Omnibusschaffnerinnen umgeschult werden.

AFP-Meldung vom 2. 4. 70

Reformen

Daß man jetzt die alten Zöpfe offen tragen darf, das sollen offensichtlich die „Reformen“ sein.

Aus der Wehrpflichtigen-Studie „Soldat '70“.

Bildungsnotstand

Wir hatten Büroklende und Rechnen und saßen im Säuglingspflegeraum. In einigen Klassenzimmern läuft das Wasser aus den Steckdosen, und Teer klebt an den Wänden.

Aus dem Bericht eines Schülers über die in Dortmund herrschende Berufsschul-Misere.

Heini statt Heinemann

Die meisten Leute sind fürchterlich nervös, wenn sie zu uns auf die Wache kommen. Heinrich Lübke guckt so beruhigend. Da haben wir ihn hängen lassen.

Antwort eines Polizeibeamten aus Bottrop auf die Frage, warum in seiner Wache noch kein Heinemannbild aufgehängt ist. „Bild“, 10. 3. 1970

Mut

Ich habe mich sogar auf der Mönckebergstraße öffentlich für den Kapitalismus geschlagen.

Der Landesvorsitzende der Hamburger CDU, Dietrich Rollmann, während des Bürgerschaftswahlkampfes.

Bißchen

Mit der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR ist es wie mit der Schwangerschaft. Entweder man ist schwanger oder man ist es nicht. Ein bißchen schwanger gibt es nicht.

DDR-Kommentator Karl-Eduard von Schnitzler im „Schwarzen Kanal“.

Agitpropwurm Willi in Schwierigkeiten

Zeichnung: H. Gölzenleuchter



Eunuchen

Es müßte doch mit dem Teufel zugehen, wenn wir gemeinsam kämpfen, dann werden wir die westdeutschen Imperialisten zu politischen Eunuchen verwaldein. Das heißt, sie wissen zwar noch genau, wie es gemacht wird, aber sie können nicht mehr.

Günther Jahn, Erster Sekretär des Zentralrats der FDJ auf dem Arbeiterjugendkongreß in Erfurt/Pfingsten 1970

Sogar

Alle durften dabei sein: Kinder, Hunde, Sogar Kommunisten.

„Frankfurter Rundschau“ vom 1. Mai 1970 über die Bundesdelegiertenkonferenz der Jungdemokraten.

Ehedem

Ach wie war es ehedem ohne Jusos so bequem.

Stoßseufzer des „Vorwärts“, 21. 5. 1970

Unerforschlich

Es gibt wohl kein Volk in Europa, das hingebungsvoller von Freiheit träumt und dem durch einen unerforschlichen Ratschlag der neueren Geschichte so herzlich wenig davon beschiedener war.

Die DJO-Zeitschrift „Der Pfeil“ vom 1. Mai 1970, über Polen in einem Artikel zur 25. Wiederkehr der „deutschen Kapitulation“.

Lieber Leser,



in drei Bundesländern wurde gewählt. Die CDU – weit nach rechts geöffnet – hatte Testwahlen für die Bonner Regierung angekündigt. Nicht ohne Grund. Hatte die CDU/CSU doch die Monate seit der Bundestagswahl genutzt, sich mit einer beispiellosen Hetze gegen jede Verständigungsbereitschaft auch für die verbohrtesten Neonazis wählbar zu machen. Nationalistische und soziale Demagogie – das war das Kernstück der CDU-Wahlpropaganda. Wen wundert es also, daß sie wesentliche Teile der NPD-Wählerschaft aufsaugen konnte. Hatten doch die Neonazis auch nie etwas anderes anzubieten.

Ist der Neonazismus geschlagen, weil die NPD in keinen der drei zur Wahl stehenden Landtage einziehen konnte? Keinesfalls. Die Rechte hat sich formiert, der organisierte Neonazismus richtet sich mehr und mehr in der CDU/CSU ein.

SPD hat – besonders in Nordrhein-Westfalen – Einbußen hinnehmen müssen. Analysen beweisen, daß oftmals gerade Arbeiterwähler gar nicht erst zur Wahl gingen und potentielle SPD-Wähler ihr Kreuz dann doch der CDU gaben. Das war nicht, wie „BILD“ („Der Wähler trat auf die Bremse“) und „Nationalzeitung“ („Alle müssen erfahren, daß die Politik Brandts Verrat an Deutschland ist“) in trauter Einmütigkeit verkünden, Mißtrauen des Wählers gegenüber der Gesprächsbereitschaft Bonns mit den sozialistischen Staaten. Hier hat sich ein deutliches Unbehagen gegenüber einer Politik der Halbheiten ausgedrückt. Wenn die Regierung Brandt/Scheel keine Erfolge im Interesse der übergroßen Mehrheit unserer Bevölkerung vorzuweisen hat, so ist ihr das schließlich selbst zuzuschreiben. Was wurde denn aus Brandts Versprechen, „mehr Demokratie zu wagen“? Was wurde aus den versprochenen Reformen auf sozialem Gebiet? Warum geht die Regierung nicht an die Riesengewinne der Konzerne heran, zugunsten eines sozialen Ausgleichs? Was tat die Regierung gegen die Preisexplosion? Was tat sie für die gewerkschaftliche Forderung nach Mitbestimmung,

für einen Abbau der Rüstungslasten, für die Rechte der arbeitenden und lernenden Jugend? Wo blieb in Kassel auch nur der Ansatz einer realistischen Politik, die doch die völkerrechtliche Anerkennung der DDR beinhalten müßte?

Fehlanzeige, Fehlanzeige, Fehlanzeige... Dabei ist es natürlich auch der Regierung Brandt nicht unbekannt, daß sie sich bei Verwirklichung dieser Forderungen um eine breite Vertrauensbasis in der Bevölkerung nicht sorgen müßte. Aber um das zu verwirklichen, wäre eben eine klare Entscheidung gegen die Superreichen, gegen die Konzerne notwendig.

Diese reaktionäre Mini-Minderheit kann sich heute mit uneingeschränktem Vertrauen auf ihre Partei CDU/CSU stützen. Derzeit benötigt sie die NPD nicht als Auffangbecken für Unzufriedene. Aber die Neonazi-Partei bleibt als Reserve in Hinterhand. Sie wird ihre Funktion wieder erfüllen dürfen, wenn der Plan der formierten Rechten gelingt: die Regierung Brandt/Scheel aus dem Sattel zu heben.

Lassen wir keine Illusionen aufkommen: die NPD ist keine vom Wählerwillen entschärfte Bombe. Sie muß endlich von der politischen Bildfläche verschwinden, muß aufgelöst werden.

Das sind Forderungen, die im Interesse der Demokratie, der arbeitenden Bevölkerung und der Verständigung liegen. Hier muß sich die Regierung Brandt beweisen. Millionen Demokraten unseres Landes erwarten konsequente Schritte in dieser Richtung.

Sicher, die sich verschärfende Rechtsentwicklung in unserem Lande ist bedenklich. Aber durch gemeinsames Handeln, durch entschlossenen Kampf gegen die reaktionäre CDU/CSU und ihre nationalistische Phraseologie, kann sie gestoppt werden.

Herzlichst

Man - Jörg Kemmerle

INHALT

Vermögensbildung

Kapitalist mit 26,— DM 4

Lehrlinge in Aktion

Bei Siemens
blieb alles beim alten 9

Wolf Brannasky:

Lehrlinge,
zusammenhalten! 11

Dr. Robert Steigerwald:

Antikommunismus
von „links“ 12

Soldat 70

Das hat gegessen 16

Jugendpolitische Blätter

Zu Gast beim Komsomol 19

Monats-Magazin

23

Springer griff

nach noch mehr Macht 27

Film

Kurzfilmtage Oberhausen 32

Leserpost

34

Blues

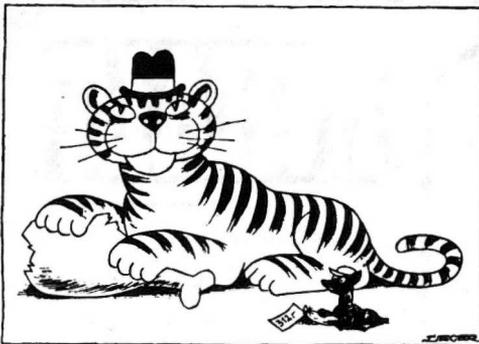
Lieder der Klage
und Anklage 36

FOTOS: ap (2), dpa (2), Oberhausener Kurzfilmtage (3), Rose (7), Scholz (2), Silberzahn (2).

TITELZEICHNUNG: Arno Ploog

Bellagenhinweis

Dieser Ausgabe des elan liegt ein Prospekt der Fa. AGFA-GEVAERT bei, auf den wir unsere Leser besonders hinweisen.



Vermögensbildung: Was für den einen ein Vermögen ist, ist für den anderen ein kleines Würstchen... (Holzarbeiterzeitung)

„Wenn es weiter so bleibt, daß sich siebzig Prozent aller Produktionsmittel im Besitz von nur zwei Prozent der Bevölkerung befinden, dann sehe ich für das Jahr 2000 rot.“

Prof. Burgbacher, Unternehmer und CDU-Bundestagsabgeordneter

„Wir können nur feststellen, daß wir als Arbeiter im Betrieb keinerlei Mitbestimmungsrechte haben. Und daran ändern auch 26 DM im Monat nichts, aber auch gar nichts. Wir sind dadurch keine Mitbesitzer geworden. Die Unternehmer wollen damit nur ihre Riesengewinne verschleiern und wollen uns einreden, daß wir jetzt alle gleiche Interessen haben, weil alle am Gewinn beteiligt sind. Für sie ist das der Köder, mit dem sie uns an ein System binden wollen, das für sie sagenhaften Reichtum bringt, für uns aber keinerlei Besitz.“

Willi Völlmecke, Werkzeugmacher und Betriebsjugendvertreter

KAPITALIST MIT 26,- DM

Von
Hans-Jörg Hennecke

Hans-Jörg Gerber braucht jetzt nicht mehr jeden Tag zu fegen. Seine dreieinhalb Lehrjahre liegen hinter ihm, und längst haben neue Lehrlinge Kehrblech und Besen zur Hand genommen. Der 18-jährige Hans-Jörg (seine Freunde nennen ihn Jockel) wird von seinen Chefs mittlerweile Mitarbeiter genannt. Als Werkzeugmacher ist er einer von fast 2000 Arbeitern bei Pohlschröder in Dortmund. Die Pohlschröder & Co. KG gehört zur Metallverarbeitung. Somit gehört Jockel zu jenen vier Millionen Arbeitnehmern, die vom 1. Juli 1970 an „Vermögen“ bilden sollen. 26 DM im Monat wird die Firma Pohlschröder auf ein Sperrkonto einzahlen, an das Hans-Jörg erst in sieben Jahren ran kann. Mit Zinsen und Prämien wird sich bis dahin eine Summe von 3000 DM dort angesammelt haben.

„Unsere Wirtschaftsordnung beruht entscheidend auf dem privaten Eigentum an den Produktionsmitteln. Sie kann nur dauerhaft bestehen, wenn immer mehr Bürger aus eigenem Entschluß persönliches Eigentum an diesen Produktionsmitteln erwerben und eine breite Schicht von Eigentümern diese Ordnung trägt.“

„Freiheitliche soziale Ordnung. Ein Beitrag der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“

Die Unternehmer nennen das Vermögensbildung, die IG Metall Sparförderung. Otto Brenner, Vorsitzender der IG Metall, sieht die Sache so: „Der neue Tarifvertrag sorgt dafür, daß die Gewinne nicht ausschließlich den Unternehmen zufließen. Wir sind allerdings nach wie vor der Meinung, daß durch Tarifverträge das Problem der gerechteren Vermögensverteilung nicht

prinzipiell gelöst werden kann. Deshalb wäre es sachlich richtiger, von Sparförderung anstatt von Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand zu sprechen.“

Hans-Jörg Gerber ist Mitglied der IGM („Das ist für mich selbstverständlich“). Kurz zuvor hat er von seinem Gewerkschaftsvorsitzenden eine noch klarere Einschätzung zu jenen 312 DM im Jahr gehört, die in konzertierter Aktion von Bundesregierung und Unternehmern großmütig als „Vermögensbildung“ serviert werden: „Es ist klar, daß mit 312 DM pro Jahr keine großen Vermögen angesammelt werden können. Die Bezeichnung als ‚Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer‘ ist daher im Grunde eine gewaltige Aufschneiderei. Durch dieses Gesetz wird sich weder die Vermögensverteilung noch die soziale Stellung der Arbeitnehmer grundsätzlich ändern.“

30 000 DM = der Stundenlohn der Unternehmer

Würde Hans-Jörg den Unternehmern Glauben schenken, müßte er sich jetzt als Mitbesitzer bei Pohlschröder fühlen. 312 DM aus dem jährlichen Gewinn fließen nun über den sechs Jahre währenden Umweg eines Sperrkontos in seine Tasche . . .

„Das ist doch lächerlich. 26 DM im Monat ändern überhaupt nichts!“ Das ist seine Antwort, die er auch einwandfrei begründet: „Nach statistischen Untersuchungen ist eine Stunde Arbeitsleistung 20,37 DM wert. Brutto gezahlt werden aber als Stundenlohn im Schnitt nur 5,29 DM. Die 15 DM, die übrig bleiben, das sind echte Vermögensbildung, allerdings für die Unternehmer. Für einen Arbeiter in der Stunde 15 DM, das macht bei 2000 gleich 30000 DM. Bei einem solchen Stundenlohn kann man natürlich von Vermögensbildung sprechen. Aber bei unseren 26 DM im Monat? “ Willi Völlmecke (20), auch Werk-

zeugmacher und gleichzeitig Vorsitzender der Betriebsjugendvertretung bei Pohl-schröder, sieht die Sache ebenso.

„Alles was in der Firma ist, die Maschinen und so, gehört nach wie vor der Familie Pohl-schröder. Und da lassen die sich auch

„Was schließlich das Problem der Mitbestimmung betrifft, so verliert es in der Gesellschaft von morgen seine Bedeutung, weil die Antithese von Kapital und Arbeit sich auflöst, wenn mehr oder weniger jeder im Arbeitsprozeß Tätige gleichzeitig Kapitaleigner ist oder zum mindesten sein kann.“

Heintzeler, Vorstandsmitglied der BOSF

nicht reinreden. Aber woher haben sie das denn alles? Doch nicht im Lotto gewonnen. Das haben sie aus unserer Arbeitsleistung. Aus den 2000 mal 15 DM in der Stunde. Karl Marx hat das Mehrwert genannt. Wenn wir uns hier so umsehen, dann hat der immer noch recht.“

Der Muff aus 115 Jahren

Die Erzeugnisse (Stahlmöbel für Büros, Tresore usw.) von Pohl-schröder sind modern in der Gestaltung. In diesem Bereich hat sich seit Gründung der Firma 1855 eine ganze Menge geändert. Doch was die Rechte der Arbeiter im Betrieb betrifft, befindet sich die Firma Pohl-schröder noch tief im vorigen Jahrhundert.

Da gibt es seit dem 1. Januar 1970 eine „Allgemeine Führungsanweisung“, herausgegeben von den Betriebsinhabern für „lei-

„Ohne daß wir uns etwas einfallen lassen, wird es nicht weitergehen können.“

Fertsch-Röver, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen Unternehmer zum Thema Vermögensbildung.

tende Mitarbeiter“. Darin ist die Rede von den Pflichten (Rechte existieren wohl nicht) der Beschäftigten, so wie sie sich die „vierte Generation der Unternehmensführung“ vorstellt. Das geht aus dem Vorwort hervor.

Von einigen jungen Arbeitern der Firma möchte ich wissen, welche Gedanken sie dazu haben.

Hans-Jörg: „Allgemeine Führungsanweisung? Nie gehört.“

Auch die anderen zeigen sich überrascht. „Jugendvertretung und Betriebsrat sind an der Erarbeitung nicht beteiligt gewesen. Wir haben das auch nicht vorgelegt bekommen“, erklärt Willi Völlmecke. Als Vorsitzender der Jugendvertretung muß er es wissen. Also zitiere ich aus dem auf

Das sollte man wissen

+ Der Wert einer Arbeitsstunde (in einer Stunde geschaffene Werte) betrug 1969 im Schnitt 20,37 DM, der Bruttoverdienst dagegen nur 5,29 DM. Die Differenz ist der Stundenlohn des Unternehmers für jeden einzelnen Arbeiter.

+ Vorstandsmitglieder der großen Kaufhäuser erhalten Jahresbezüge von durchschnittlich 543 650 DM pro Mann. Ein Verkäufer im gleichen Unternehmen bekommt pro Jahr ca. 10 000 DM.

+ In den Jahren von 1953 bis 1966 konnten 10 919 Superreiche unseres Landes ihr Vermögen von 6,4 Milliarden DM auf 64 Milliarden DM steigern. Damit hat sich jeder einzelne dieses exklusiven Clubs 5 861 343 DM auf Kosten der Arbeiter angeeignet.

+ Betrug der Anteil der Arbeiterschaft am Volksvermögen 1950 noch 34,7 %

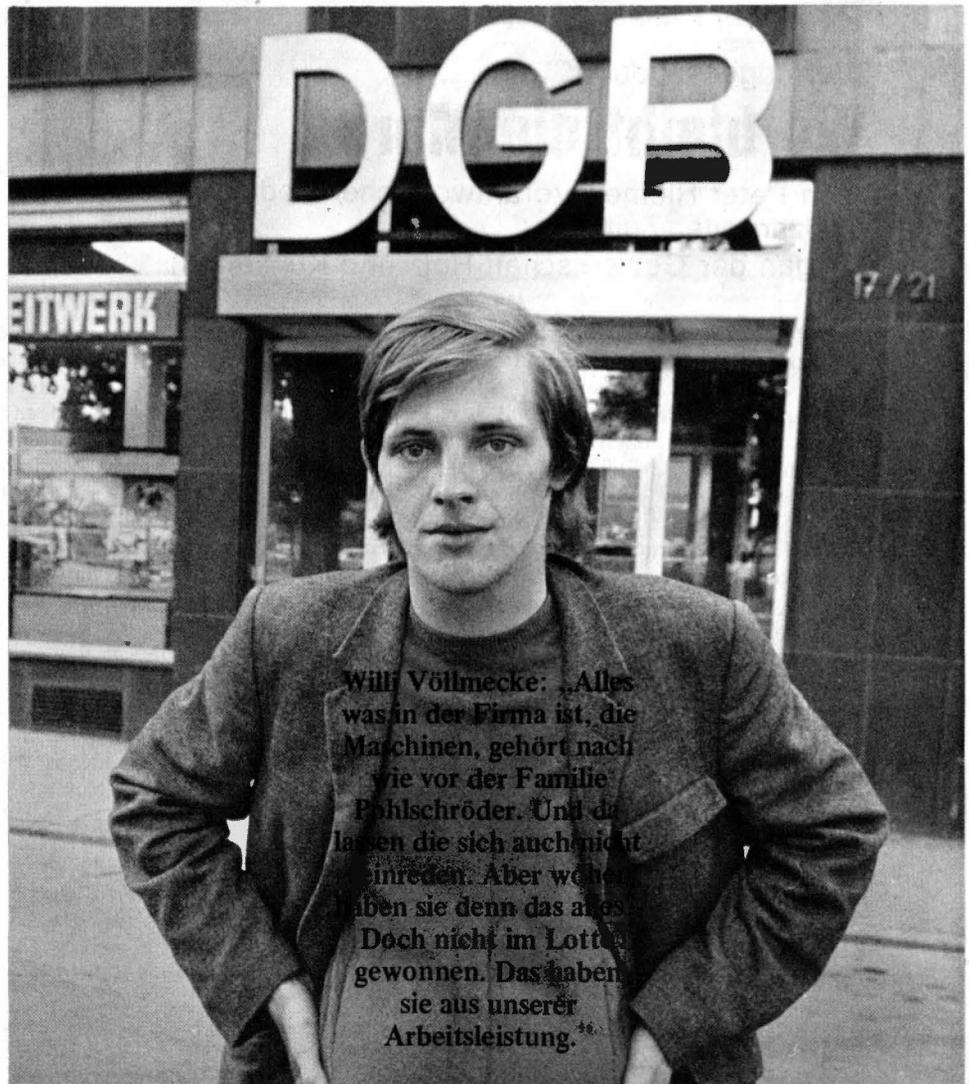
des gesamten Vermögens, so waren es fünf Jahre später schon nur noch 18,2 %.

+ Die hauchdünne Schicht der Superreichen (0,05 Prozent der Bevölkerung = ca. 30.000 Personen) besaß 1953 8,8 % des privaten Vermögens. 1957 waren es schon 9 % und 1960 bereits 11,4 %. Dieser Aufwärtstrend hat sich bis heute nicht verändert.

+ Das statistische Landesamt NRW errechnete, daß sich das Gesamtvermögen der rheinisch-westfälischen Millionäre allein in den Jahren 1963-66 um 28 % erhöhte.

+ 1,7 % der Bevölkerung besitzen 70 % der Produktionsmittel in unserem Land.

+ Der Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen stieg von 68,5 % im Jahre 1950 auf 80,6 % im Jahre 1967. Gleichzeitig sank ihr Anteil am Privatvermögen von 40,5 auf 23,9 %.



Willi Völlmecke: „Alles was in der Firma ist, die Maschinen, gehört nach wie vor der Familie Pohl-schröder. Und da lassen die sich auch nicht reinreden. Aber woher haben sie denn das alles? Doch nicht im Lotto gewonnen. Das haben sie aus unserer Arbeitsleistung.“

Kunstdruckpapier hergestellten Heftchen, das offenbar vor der Masse der Belegschaft geheimgehalten wird:

„Die ‚Allgemeine Führungsanweisung‘ legt die für alle Mitarbeiter verbindlichen Führungsformen fest. Sie soll einen einheitlichen Führungsstil im Hinblick auf die einheitlichen Unternehmensziele im Unternehmen verankern.“

Hans-Jörg meint: „Die sprechen von ‚allen Mitarbeitern‘. Aber wer weiß etwas davon? Und übrigens, es gibt doch kein einheitliches Ziel bei uns. Ich meine zwischen Arbeitern und Unternehmern. Ihr Ziel ist der Gewinn, und uns geht es um die Bezahlung. Daß es kein einheitliches Ziel gibt, zeigt schon, daß über diese Anweisung überhaupt nicht diskutiert wurde. Uns hat man doch nicht gefragt.“

In der „Führungsanweisung“ heißt es: „Er (der Vorgesetzte) muß den aufrichtigen Willen besitzen, die Initiative seiner Mitarbeiter im Mitdenken und Mithandeln dem Unternehmen nutzbar zu machen . . . Hierzu gehört beim Vorgesetzten und beim Mitarbeiter die Einsicht, daß jeder Vorgesetzte und Mitarbeiter sich in den Gesamtrahmen einfügen muß.“

Auf diese Passage reagiert Willi besonders

sauer: „Dem Unternehmen nutzbar machen . . ., in den Gesamtrahmen einfügen . . . Das Unternehmen gehört der Fa-

„Wenn wir nicht endlich für Vermögen bei den Arbeitnehmern sorgen, dann werden wir eines nicht allzu fernen Tages enteignet.“

Prof. Burgbacher, Unternehmer und CDU-Bundestagsabgeordneter

milie Pohlschröder und den Gesamtrahmen bestimmt die auch allein. Hier frage ich mich doch, was hat sich in dieser Beziehung eigentlich geändert, seit die Firma vor 115 Jahren gegründet wurde. Das riecht doch mächtig nach 19. Jahrhundert! Kein Wort über Mitbestimmung der Arbeiter, kein Wort über unsere Rechte und Interessen.“

„Die einen bestimmen, die anderen haben zu gehorchen“

„Der Mitarbeiter hat im Rahmen seines Delegationsbereichs selbständig zu handeln und zu entscheiden. Er hat sich an den je-

weils gesetzten Zielen und Plänen zu orientieren und die bestehenden Richtlinien und Anweisungen zu beachten. Außergewöhnliche Fälle . . . hat er seinem Vorgesetzten zur Entscheidung vorzulegen . . . Er hat seinen Delegationsbereich zu intensivieren, d.h. ständig darüber nachzudenken, wie das, was heute besteht, verbessert werden kann.“ (Führungsanweisung) „Hier wird die Befehlsordnung bei Pohlschröder besonders deutlich. Die einen bestimmen und die anderen haben zu gehorchen und zu verbessern. Im Interesse der Unternehmer.“ Das ist Willis Einschätzung.

Wenn es um echte Verbesserungen geht, die im Interesse der Arbeitenden und Auszubildenden sind, stellt man sich bei Pohlschröder taub. Bis heute hat es sich bei Pohlschröder noch nicht herumgesprochen, daß das seit dem 1.9.1969 gültige Berufsbildungsgesetz z.B. nur noch eine dreieinhalb jährige Ausbildungszeit vorsieht. Werkzeugmacher müssen dort immer noch dreieinhalb Jahre lernen.

Für ihre Auszubildenden auf kaufmännischem Gebiet hat die Firma einen umfangreichen Ausbildungsplan formuliert. Darin taucht sogar das Wort „Datenverarbeitung“ auf. Wenn man jedoch die Ausbildungszei-

„Vermögensbildung“

Wo bleibt die Mark?

Von Peter Riemer, Verantwortlicher Redakteur der Holzarbeiter-Zeitung
(Organ der Gewerkschaft Holz und Kunststoff)

Die Reichen in Deutschland haben ein schlechtes Gewissen. Nachgerade wird ihnen angst und bange, wieviel Geld sie zusammenschneffeln können und was sie an Vermögen inzwischen ihr eigen nennen. Hinter der nüchternen Feststellung, daß 1,7 vH der Bevölkerung 70 vH des Produktivitätsvermögens in Händen hat, verbirgt sich der Bankrott einer gesellschaftspolitischen Theorie, die als soziale Marktwirtschaft dem Volk als Musterbeispiel irdischer Gerechtigkeit aufgeschwatzt wurde. Mit schreienden Farben wußte man demgegenüber die „kollektivistische Gleichmacherei des Sozialismus“ als Buhmann aufzubauen. Diese Masche verfiel bei vielen braven Bürgern jahrelang – und sie tut es bei einigen Leuten aus parteipolitischer Blindheit noch immer –, aber sie ist nicht mehr als eine notdürftige Kaschierung der Ungerechtigkeiten, die für das kapitalistische System typisch sind.

In dieser Situation wird nun sehr viel

von Vermögensbildung gesprochen. Millionären, denen das Geld schon aus den Knopflöchern drückt, entdecken plötzlich ihr gutes Herz und fragen erstaunt, wie es denn eigentlich komme, daß sie hundertmal mehr verdienen müßten als ihre Arbeiter? Dem solle, folgt man diesen Propagandisten des Volkskapitalismus, schnellstens abgeholfen werden. Und sie entwickeln Pläne und Plänchen, für die selbstverständlich andere bezahlen sollen. An der tatsächlichen Situation aber ändert sich gar nichts. Denn das System, in dem wir leben, macht gerade so viele Zugeständnisse, daß das Volk nicht rebellisch wird. Und das gilt nicht nur bei der sogenannten Vermögensbildung. Die jetzige Aktivität der Volksbeglückter hat aber ganz andere Motive, als Arbeiter und Angestellte am Vermögen teilhaftig werden zu lassen. Es geht sogar um mehr als nur darum, von der ungerechten Vermögensverteilung abzulenken. Da ist einmal die Absicht,

die Gewerkschaften daran zu hindern, Lohnverträge abzuschließen, die marktgerecht wären. Nach einer Feststellung von Rudolf Henschel, dem Leiter der Wirtschaftsabteilung beim DGB-Bundesvorstand, müssen zum Beispiel die Löhne und Gehälter in der Metallindustrie in diesem Herbst um 15,5 vH erhöht werden, um nur ein Drittel des seit 1968 eingetretenen Lohnrückstandes auszugleichen. Ist es da nicht billiger, mit 312 DM „Vermögen“ zu winken und damit Lohnforderungen „unmöglich“ zu machen?

Es gibt aber auch einen zweiten Grund. Die Investitionen der nächsten zehn Jahre zur Umrüstung unserer Wirtschaft gehen in Milliardensummen, die aufzubringen selbst für große Industrieunternehmen mit Schwierigkeiten verbunden sind. Was liegt also näher, das Geld vieler „Kleinkapitalisten“, der Arbeiter und Angestellten, über den Weg von Belegschaftsaktien im Betrieb festzulegen und arbeiten zu lassen.

Schließlich spielen auch ideologische Motive eine Rolle. Als vor Jahren die CDU/CSU lauthals das Häuschen im Grünen als Idealform des Eigentums propagierte, ging es weniger darum, Familien gesunde Wohnstätten zu schaffen, als die Bürger gegen die „kollektivistischen Ideologien“ des Ostens immun zu machen. Heute wollen die gleichen Kreise Arbeiter und Ange-



Hans-Jörg Gerber: „Das ist lächerlich. 26 DM im Monat ändern überhaupt nichts.“

stellte mit sogenannten Vermögensmitteln ausstatten, um sie davon abzuhalten, mit ihren Gewerkschaften für eine Änderung der gesellschaftlichen Situation zu streiten. Und für die Unternehmer ist ja schon die Einführung der paritätischen Mitbestimmung eine Revolution wider den geheiligten Status der sozialen Marktwirtschaft, unter dem sie Millionenvermögen zusammenscharren konnten.

Die Propaganda, die aus all diesen Gründen auf das Volk losgelassen wurde, blieb nicht ohne Auswirkungen auch auf die Gewerkschaften. Es gibt einige Verträge zur sogenannten Vermögensbildung – nachträglich mußten die Unternehmer dem Erfinder dieser alles vernebelnden Vokabel eine Leibrente auf Lebenszeit aussetzen –, die Arbeitern und Angestellten im Jahr bis zu 312 DM „extra“ geben. Teilweise kam es zu diesen Abschlüssen, weil Rücksicht genommen wurde auf die wirtschaftliche und auch auf die politische Situation, teils deswegen, weil die Gewerkschaften glauben, mit solchen Verträgen ihren Mitgliedern gegenüber besonders aktiv zu erscheinen. Schließlich gibt es auch manchen Verband, der keinen Hehl daraus macht, aus ideologischen Gründen, etwa der sogenannten Sozialpartnerschaft, ja zu sagen zur beschränkten Sparförderung. Eines werden alle Verträge nicht än-

dern können: die ungerechte, die unsoziale, die asoziale einseitige Vermögenshäufung in diesem Lande. Im Grunde genommen will keiner Entscheidendes verändern. Wer an der heiligen Kuh der sozialen Marktwirtschaft zu kratzen wagt, wird sozialistischer Gedankengänge verdächtigt, und das kommt hierzulande fast einem Bannfluch gleich. An der Situation des einzelnen wird sich nichts ändern, ganz gleich ob er 312 oder 624 DM zusätzlich „vermögensbildend“ bekommt. Das reicht nach sechs Jahren allenfalls aus, einen gebrauchten VW zu kaufen. Anstelle aller Pläne zum Zwangssparen ist es notwendig, daß Arbeiter und Angestellte soviel verdienen, damit sie auch noch etwas übrig behalten und dieses Geld so verwenden können, wie sie es für richtig halten. Wenn aber noch ein Viertel aller Arbeitnehmerhaushalte ein Nettoeinkommen hat, das unter 800 DM liegt, dann bleibt trotz aller schönen Pläne einfach nichts, um Vermögen zu bilden. Und seit Tucholsky fragte: „Gut, das ist der Pfennig, wo bleibt die Mark?“, hat sich nichts geändert. Schuld daran ist das System, in dem wir leben.

(Diesen Kommentar entnahmen wir mit freundlicher Genehmigung von Peter Riemer der Holzarbeiter-Zeitung, Ausgabe 6/1970)

Studienfahrt nach Polen

14-Tage-Fahrt ab Berlin (West) vom 16. 7. bis 29. 7. 1970

Aufenthalte in Gdynia (Gedingen), Warszawa und Posen. Besichtigungen, Vollpension, 1 Konzertabend in Zelazowa Woda, dem Geburtsort Chopins, Fahrtkosten mit dem Bus ab und bis Berlin, Fremdenführer und Visagebühren

für nur 385,— DM

14-Tage-Fahrt ab Berlin (West) vom 17. 9. bis 30. 9. 1970

Aufenthalte in Posen, Wroclaw (Breslau), Krakow und Warszawa. Besichtigungen, Besuch der Marienkirche mit dem Altar von Wit Stwosz in Krakow, Führung durch das Königsschloß in Wilanow, Vollpension, Fahrtkosten mit dem Bus ab und bis Berlin, Fremdenführer und Visagebühren

für nur 445,— DM

Urlaubsaufenthalt am Plattensee In Ungarn

Vom 8. bis 30. 8. 1970 In Balatonföldvar, in einem guten Hotel, direkt am See gelegen. Vollpension in Ungarn, Zwischenübernachtungen in Neukirchen bei Salzburg mit Abendessen und Frühstück, Hin- und Rückreise mit einem komfortablen Reisebus, ab und bis Essen für nur 626,— DM

Weitere preiswerte Reisen nach Ungarn, in die UdSSR, in die CSSR — auch Kuraufenthalte — sowie Urlaubs- und Studienfahrten in viele andere Gebiete des In- und Auslandes auf Anfrage. Jugend- und Gruppenreisen in die UdSSR, Vollpension pro Tag

22,— DM

Ferien- u. Studienfahrten Reisedienst Essen GmbH

43 Essen, Hindenburgstraße 38
Telefon 23 81 77



**Demnächst
erscheinen:**

Rote Reihe Nr. 6

Lenin
und die Jugendbewegung heute
von Willi Schwettmann

48 Seiten
Preis: DM 1,—

Rote Reihe Nr. 7

„Das linke Lesebuch“

zusammengestellt von Peter Schütt
mit Texten von Dietrich Kittner, Dieter
Süverkrüp, Josef Büscher, Hannes
Stütz, Richard Limpert, Fasia Jansen
und andere.

72 Seiten
Preis: DM 2,—

Bestellungen an:

**Weltkreis-Verlags-
GmbH**
46 Dortmund
Brüderweg 16

ten addiert, die jeder in den einzelnen Abteilungen absolvieren soll, kommt die stattliche Zahl von 60 Monaten zustande. Das sind komplette fünf Jahre, obwohl die Ausbildungszeit insgesamt nur drei Jahre beträgt. Es wird also offensichtlich gesiebt. Nicht jeder kommt in jede Abteilung. Wer erhält also eine zukunftsorientierte Ausbildung?

„Wir alle müssen uns schon etwas mehr einfallen lassen, wenn es in unserem Land nicht zu einer revolutionären Explosion kommen soll. Ich meine, ehe uns die Fensterscheiben eingeschmissen werden, ehe uns alles zerstört wird, was in zwanzig Jahren aufgebaut wurde, müssen wir etwas tun, um die ungerechte Vermögensverteilung zu beseitigen, die eine Quelle der Unruhe in unserer Gesellschaft ist, und zwar nicht nur in unserer Jugend. Die wilden Streiks haben dafür ein eindrucksvolles Lehrstück geboten.“

**Hans Katzer, Minister a.D.,
CDU-Bundestagsabgeordneter**

Im technischen Bereich hat Pohl Schröder noch eine weitere Attraktion zu bieten. Da werden Teilezurichter „ausgebildet“, praktisch Hilfsarbeiter, die nur auf den eigenen Arbeitsplatz spezialisiert werden. Mit ihren Kenntnissen können sie nur bei Pohl Schröder etwas anfangen. Sie sind von der Firma abhängig, sind ihr ausgeliefert.

Was tut bei diesen Mißständen die Jugendvertretung, welche Vorstellungen hat sie? Willi braucht nicht lange nachzudenken, hier geht es um sein Spezialgebiet: „Diese Probleme sind uns als Jugendvertretung natürlich bekannt. Wir haben auch schon eine ganze Reihe eigener Vorstellungen entwickelt, die Ausbildung zu verbessern. Wir haben um entsprechende Gespräche mit der Betriebsleitung nachgesucht. Aber: bisher Fehlanzeige. Aber wir bleiben am Ball.“

Entsprechende Vorschläge bleiben in der Personalabteilung stecken. Sie versanden bei einem Herrn Agte, dessen Ideen sich auf verträgliche Worte zu beschränken scheinen.

Mitbestimmung — wie sie sich Pohl Schröder vorstellt

Wie die „Mitbestimmung“ bei Pohl Schröder geregelt ist, geht ebenfalls aus der Führungsanweisung hervor:

„Mitarbeiterbesprechungen finden zwischen dem Vorgesetzten und seinen Mitarbeitern regelmäßig statt. Sie dienen zur allgemeinen Information und zur Beratung des Vorgesetzten. Sie dienen damit auch der Vorbereitung von Entscheidungen... Ziel der Mitarbeiterbesprechung ist der

freie Gedankenaustausch. Im Gegensatz zur Mitarbeiterbesprechung ist das Ziel der Dienstbesprechung,

- vom Vorgesetzten oder einer höheren Stelle getroffene Entscheidungen mitzuteilen und zu erklären,
- Anweisungen zu geben,
- ohne Diskussion über bestimmte Ereignisse und Ergebnisse zu informieren,
- dienstliche Auskünfte einzuholen,
- Kritik oder Anerkennung auszusprechen.“

Und so resümieren die Autoren der „Führungsanweisung“ zum Gesamtpapier: „Die ‚Allgemeine Führungsanweisung‘ stellt damit einen Beitrag zur Mitbestimmung jedes einzelnen an seinem Arbeitsplatz dar. Die Mitbestimmung erfolgt kraft Delegation von Verantwortung und damit kraft persönlicher Kenntnisse, Fähigkeiten und Vertrauenswürdigkeit.“

Wohl selten ist der Begriff Mitbestimmung derart in sein totales Gegenteil verkehrt worden, wie von den Unternehmern Pohl Schröder.

„Wir können nur feststellen, daß wir als Arbeiter im Betrieb keinerlei Mitbestimmungsrechte haben. Das macht die ‚Allgemeine Führungsanweisung‘ ganz deutlich. Und daran ändern auch 26 DM im Monat nichts, aber auch gar nichts. Wir sind dadurch keine Mitbesitzer geworden. Die Unternehmer wollen damit nur ihre Riesengewinne verschleiern und wollen uns einreden, daß wir jetzt die gleichen Interessen haben, weil alle am Gewinn beteiligt sind. Für sie ist das der Köder, mit dem sie uns an ein System binden wollen, das für sie sagenhaften Reichtum bringt, für uns aber keinerlei Besitz. Das müssen wir unseren Kollegen klar machen.“ So sieht das Willi Völlmecke. Und: „Ich verstehe den Abschluß über die 26 DM so, wie das Otto Brenner ausdrückt: als Sparförderung. Jeder sollte sie in Anspruch nehmen und bei der gewerkschaftlichen Bank für Ge-

„Ein wesentliches Ziel der Vermögenspolitik ist die gesellschaftliche Integration des Arbeitnehmers.“ Jahresbericht 1968/69 des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI)

meinwirtschaft anlegen. Es ist schließlich ein kleiner Teil dessen, was wir alle erarbeitet haben. Bei den nächsten Tarifverhandlungen darf dieser Abschluß keine Anrechnung auf Lohnerhöhungen finden. Die 26 DM sind kein Ersatz für eine aktive Lohnpolitik, die nicht nur Preiserhöhungen ausgleicht, sondern an die Gewinne der Unternehmer herangeht. Und sie sind erst recht kein Ersatz für den Kampf um Mitbestimmung. Nur über diesen Weg ist eine echte Vermögensbildung möglich. Wir müssen die Alleinherrschaft der Unternehmer brechen, sie dürfen nicht länger über uns bestimmen.“

Lehrlinge



in Aktion

Alles blieb beim alten

Siemens: ein Konzern, den die Forderungen der Lehrlinge nicht interessieren

Die Aktion der Münchner Siemens-Lehrlinge, die ihre „Freisprechungsfeier“ platzieren ließen, ist noch in frischer Erinnerung (elan 4/70). In einer Resolution protestierten sie gegen die menschenunwürdigen Methoden der Ausbilder, durch die die Jugendlichen „mit unpädagogischen Mitteln“ genötigt werden, sich in eine Betriebshierarchie einzufügen, die nicht geeignet ist, einen jungen Menschen zu demokratischer Haltung zu erziehen.“

In einer Dokumentation hatten die Lehrlinge in 23 Fällen die Sklavenhaltermethoden der Ausbilder angeprangert. In fünf Fällen gaben die Ausbilder ihre Vergehen zu, bei neun Fällen behaupten sie einen anderen Hergang, in sieben Fällen stritten sie jede Schuld ab und gegen drei Vorwürfe behielten sie sich gerichtliche Schritte vor. Die Ausbilder und die Werksleitung mußten zugeben, daß Lehrlinge trotz Verbots gezüchtigt wurden. Bis heute wurden sie nicht dafür zur Rechenschaft gezogen.

Daß die Mängel bei Siemens inzwischen keineswegs abgestellt wurden, zeigen neue Beispiele. So werden z. B. Siemens-Lehrlinge nicht über ihre Beschwerdemöglichkeiten aufgeklärt. Die Lehrlinge stellen jetzt nicht nur die pädagogische Qualität der Ausbildung in Frage, sondern auch die fachliche, weil der Maschinenpark nicht ausreicht. Inzwischen kam ein neuer „Fall“ ans Tageslicht. Der Lehrling

Bernhard Hirlwimmer unterhielt sich mit einem Kollegen am Arbeitsplatz über fachliche Fragen. Der Ausbilder Eduard Hefeie schlich sich leise an die beiden heran und stieß ihre Köpfe zusammen. Hirlwimmer brach daraufhin zusammen, in den folgenden Wochen noch insgesamt zehnmal. Sein Vater wagte es, nicht, aus Angst, sein Junge könnte die Lehrstelle verlieren, sich an die Firma zu wenden. Als man von Bernd verlangte, er solle wegen seines gesundheitlich bedingten häufigen Fehlens ein Jahr länger lernen, gab er seine Stellung auf.

Die Belegschaft des Münchener Siemensbetriebes staunte nicht schlecht, als jeder eines morgens am Arbeitsplatz „Bild-München“ mit nagelneuem Lokalteil von Angestellten des Werkes überreicht bekam. Dazu erklärte die Deutsche Journalisten-Union empört: „Während es jedem Arbeitnehmer nach geltendem Recht verboten ist, im Betrieb Politik zu machen (etwa für die Mitbestimmung oder gegen die Notstandsgesetze einzutreten), fördert die Siemens-Geschäftsleitung innerbetrieblich die Verbreitung eines Druckerzeugnisses, das für seine entspannungs- und gewerkschaftsfeindliche Linie zur Genüge bekannt ist.“ Kein Wunder: BILD berichtete als einzige Münchener Zeitung mit keinem Wort über die Aktion der Siemens-Lehrlinge. Schlimm dran sind die Lehrlinge, die im Siemens-Vertragsheim in

München wohnen. Sind sie kaum der Unternehmer-Willkür im Betrieb entronnen, geht dieses menschenunwürdige Spiel mit Abhängigen nach Feierabend weiter. 75 der 90 Bewohner des von dem katholischen Prieser Axel Meulemann geleiteten Heimes wandten sich nun an die Öffentlichkeit. In einer Resolution heißt es: „Wir wenden uns gegen die Erziehung, die durch Zusammenarbeit mit Betrieb und Schule Arbeit und Freizeit total reglementiert und uns zu unkritischen Untertanen und willigen Arbeitskräften macht.“

Hier einige Beispiele: Als um 11 Uhr nachts in einem Zimmer noch ganz leise ein Radio spielte, riß Meulemann die Tür auf, brüllte, warum noch keine Ruhe sei, nahm das Radio und schlug es so lange auf den Boden, bis kein Teil mehr ganz war.

Ein anderes Beispiel: Bei einem abendlichen Zimmerdurchgang stellte Meulemann fest, daß die Schuhe in einem Zimmer unter dem Bett und nicht im Schrank standen. Daraufhin warf er alle Schuhe, die er fand, vom zweiten Stock auf die Straße. Am nächsten Morgen konnten sich die Betroffenen ihre Schuhe wieder zusammensuchen — falls sie noch da waren.

Einer der Präfekten — so nennt man in diesem Heim die Aufseher — wollte sich diesem System nicht unterordnen: „Meine Tätigkeit bestand fast ausnahmslos darin, den großen, fein ausgeklügelten Kontrollapparat arbeiten zu lassen. Immer hatte man irgend etwas zu beobachten, aufzuschreiben, abzuhaken, anzumer-

ken, zu beanstanden, aufzupassen. Bald fühlte ich mir Unteroffiziersstreifen auf den Schultern wachsen.“

Das System funktionierte doppelt gut: „Vergehen“ im Heim werden sofort dem Betrieb gemeldet und umgekehrt. Das hat eine doppelte Bestrafung zur Folge.

Die Lehrlinge wollen sich das nicht länger gefallen lassen. Ihre Forderungen: „Entlassung des Heimleiters und der Präfekten, die sich strafrechtlicher Vergehen schuldig gemacht haben, geheime Wahl eines Heimrates, stimmberechtigter Teilnahme des Heimrates an der Erziehungskonferenz und an Entscheidungen, die das Heim und seine Mitglieder betreffen, und Erarbeitung einer Heimordnung, die von zwei Dritteln der Heimbewohner verabschiedet werden muß.“

Hier ist das Sündenregister der Firma Siemens längst nicht zu Ende: Die neueste Nachricht aus dem Siemenswerk in Mannheim: Vor kurzem war es den Lehrlingen gelungen, sich eine starke Jugendvertretung zu schaffen. Doch als die Jugendvertretung forderte, Jugendversammlungen abhalten und die Berichtshefte im Betrieb schreiben zu können, ersann die Betriebsleitung eine neue Methode: Der Vorsitzende der Jugendvertretung, Peter Barthel, wurde einfach versetzt. Er bekam den Auftrag, sich auf einer Montagestelle in Offenburg zu melden. Als Peter die Betriebsleitung darauf aufmerksam zu machen versuchte, daß er dann sein Mandat als gewählter Jugendvertreter nicht mehr ausüben könne, war die Antwort: „Das interessiert uns nicht!“ **Wolfgang Bartels**



„Keine Prüfung im Akkord“ und „Wir wollen nicht für engstirnige Sparmaßnahmen büßen!“ Das waren die Losungen der 1000 Lehrlinge der Nürnberger Berufsschule IV. Sie demonstrierten zur Industrie- und Handelskammer. Zu einer Zeit, in der immer höhere Anforderungen an das Ausbildungsniveau der Lehrlinge gestellt werden, ist die IHK auf die gloriose Idee gekommen, die Lehrabschlussprüfungen an einem Tag durchzuziehen, während dazu bisher zwei Tage zur Verfügung standen.

Doch die IHK stellte sich taub: die Forderungen der Lehrlinge fanden kein Gehör. Die Lehrlinge erwägen als weitere Protestmaßnahme den Boykott der Prüfung.

Unterstützung für ihre Forderungen haben sie bereits gefunden. Die Fachgruppe Buchhandel der Gewerkschaft HBV sowie die HBV-Jugend haben sich auf die Seite der Lehrlinge gestellt, ebenso die Lehrer der Berufsschule IV.

Wolf Brannasky:



Der Schüler Fritz, der wollte gern ein Werkzeugmacher sein. Die Blechfabrik sucht Lehrlinge, sie stell'n den Fritz auch ein. Er ist jetzt bald zwei Jahre da – ihr werd's nicht glauben woll'n: Er darf im zweiten Lehrjahr schon für ALLE Brotzeit hol'n!

Brotzeitholen ist nicht Sache. Also: PROTESTIERN!
Lehrlinge, zusammenhalten!
Lehrlinge, zusammenhalten und organisieren!

Der Meister meint: Ich helf' dir Aus dir soll mal was wer'n! Drum bleibst du heut um Fünfe da und tust die Werkstatt kehren. Und wenn dir das nicht paßt, beklag dich doch beim Chef. Da kriegst du einen Tritt in' Arsch und den Entlassungsbrief!

Ärschetreten ist nicht Sache. Also: PROTESTIERN!
Lehrlinge, zusammenhalten!
Lehrlinge, zusammenhalten und organisieren!

Der Lehrling Willi wäre gern Elektrotechniker. Bloß im Berufsschulunterricht gefällt's ihm gar nicht sehr. Statt Wissenschaft und Technik vier Stunden Religion. Der Pfarrer singt: Das Himmelreich ist euer schönster Lohn!

Himmelreich ist nicht die Sache. Also: PROTESTIERN!
Lehrlinge, zusammenhalten!
Lehrlinge, zusammenhalten und organisieren!

Weil wir grad bei den Löhnen sind: Der Lehrling Heinrich klagt, daß er so wenig Piepen kriegt, wo er sich doch so plagt. Sein Boß sagt: Du begreifst es noch, du mußt nur meditieren. Du darfst bei der Gelegenheit mein' Pudel Gassi führn.

Gassiführen ist nicht Sache. Also: PROTESTIERN!
Lehrlinge, zusammenhalten!
Lehrlinge, zusammenhalten und organisieren!

Da war erst jüngst ein schönes Fest beim Siemens-Großkonzern. Die Lehrlinge, die sollten da hübsch freigesprochen wer'n. Mit Streichquartett und Blumentopf und einer Festansprach! Da warn so viele Lügen drin – uns war's ganz schlecht danach.

Festansprachen sind nicht Sache. Also: PROTESTIERN!
Lehrlinge, zusammenhalten!
Lehrlinge, zusammenhalten und organisieren!

Die Lehrlinge, die hätten sich auch noch bedanken solln. Sie ham gesagt: wir tun es nicht, weil wir es nicht tun wolln. Und einer ist ans Mikrofon – so war es gut zu hörn: Wir wolln uns nicht bedanken – NEIN – Wir wollen uns beschwern!

Dankesagen ist nicht Sache. Also: PROTESTIERN!
Lehrlinge, zusammenhalten!
Lehrlinge, zusammenhalten und organisieren!

Die Herren sind, wenn wir es wolln wie Altpapier im Wind. Es lebe die AKTIONSEINHEIT, sie zeigt, wie stark wir sind. Wir wollen nicht mehr Knechte sein, wir bieten jetzt die Stirn. Und wißt ihr, was bei LENIN steht – daß müßt ihr mal studieren:

Knechtsein ist nicht unsre Sache. Also: PROTESTIERN!
Lehrlinge, zusammenhalten!
Lehrlinge, zusammenhalten und organisieren!

Ein Pferd ist kein Hund

Antikommunismus - diesmal von „links“

Links von Marx, Engels und Lenin haben sie den Sozialismus in der Retorte erfunden. Revolutionäre Erfahrungen der Arbeiterbewegung sind für sie sonntäglicher Kaffeeklatsch und die gewerkschaftlichen Massenorganisationen stinkende Leichen. Sie fühlen sich als auserwählte Elite, berufen, der lohnabhängigen Bevölkerung den Sozialismus auf silbernem Tablett zu servieren.

In diesem Beitrag setzt sich Dr. Robert Steigerwald, Leiter der Marxistischen Arbeiter-Bildung, mit wildgewordenen Kleinbürgern aller Schattierungen auseinander. Steigerwald weist nach, daß ihre Phraseologie letztlich nur den Herrschenden nützt.

Wenn Herbert Marcuse ein wirkungsloser Einzelgänger wäre, brauchten wir uns mit ihm nicht auseinanderzusetzen. Obgleich es so aussieht, als ob er an Bedeutung verloren hätte, wirken die von ihm formulierten Ideen in breiten Kreisen der linken bürgerlichen Intelligenz fort. Wenn wir prüfen, worauf sich denn die wesentlichen Ideen dieser linken bürgerlichen Strömungen zurückführen lassen, so handelt es sich um folgende Gedankengänge.

Der Antikommunismus der Linksradikalen

Da die kleinbürgerliche Linke nicht auf dem Boden der sozialistischen Arbeiterbewegung operiert, versucht sie, ihre Position in einer Kritik linksradikaler Art gegenüber der sozialistischen Arbeiterbewegung und dem höchsten, was diese hervorgebracht hat, dem realen Sozialismus, zu formulieren.

Was wenden diese Kräfte konkret ein? Der Arbeiterbewegung wird vorgeworfen, den radikalsten Bruch mit dem kapitalistischen System nicht vollzogen zu haben. Dies, so meinen unsere Kritiker, liege daran, daß der Marxismus gegenüber dem Kapitalismus nicht kritisch genug und hinsichtlich der sozialistischen Zielvorstellung nicht mutig, nicht utopisch genug gewesen sei.

Wie ist das zu verstehen? Es wird hier in der Regel eingewendet, daß vieles von dem, was nach Auffassung der Sozialisten (so, wie die kleinbürgerliche Linke unsere Auffassung versteht) erst durch den Sozialis-

mus erreicht werden könnte, bereits durch den Kapitalismus verwirklicht worden sei.

Wohlstand und Sozialismus – das gleiche?

Prüft man genauer nach, was hier gemeint ist, so stellt man im wesentlichen fest, daß die kleinbürgerliche Linke die Höhe des gegenwärtig erreichten Konsums der breiteren werktätigen Massen in den entwickelten kapitalistischen Ländern meint. Darin sehen die kleinbürgerlichen Radikalen einen Vorgriff auf den Sozialismus. Ihr Maßstab ist also nicht der Charakter der politischen Macht und – als Hauptthema – die Frage des privaten oder gemeinschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln. In diesen Hauptfragen haben wir doch keinerlei Verwirklichung des Sozialismus durch den Kapitalismus.

Sozialismus – zurück in die Steinzeit-Höhle?

Den Grund für die angeblich ungenügende Radikalität des Marxismus sieht der kleinbürgerliche Radikalismus im Bereich der Theorie, genauer im Bereich der Dialektik und der materialistischen Geschichtsauffassung. Der Marxismus stammt unter anderem ja auch von Hegels Dialektik ab. In dieser Dialektik gibt es einen sehr wichtigen Gedanken, der auch in die marxistische Auffassung von der Dialektik eingegangen ist. Es handelt sich darum, daß bei einem wirklichen Neuentstehen ein radikaler

Bruch zwischen dem Neuen und dem Alten stattfinden muß. Für uns heißt das etwa unter dem Gesichtspunkt des Sozialismus, daß dieser die radikalste Umwälzung der kapitalistischen Verhältnisse vornehmen muß. Andererseits wies Hegel jedoch daraufhin, daß bei allen Umwälzungen stets etwas vom Vergangenen mit in die neue Periode, mit in die neue Erscheinung hinübergenommen werden muß. Wiederum angewendet auf unser Beispiel: Der Sozialismus wird in der Revolution doch nicht die vom Kapitalismus oder überhaupt von der vergangenen menschlichen Kultur erarbeiteten Produktivkräfte vernichten. Wir werden doch nicht das, was die Menschheit in Jahrtausenden erarbeitet hat, nur darum zerstören, weil dies Jahrtausende der Ausbeutung und Unterdrückung der Menschen durch den Menschen gewesen sind. Wir müßten ja sonst zurückkehren zu den Zuständen der Höhlenbewohner. In der Hegelschen und in der Marxschen Auffassung vom geschichtlichen Prozeß wird also anerkannt, daß es in jedem Entwicklungsprozeß sowohl den radikalsten Bruch des Neuen gegenüber dem Alten geben muß, als auch eine gewisse Weiterführung von früheren Momenten.

Angst vor der Macht

Nach der Auffassung der kleinbürgerlichen Radikalen hat jedoch gerade dies zu einer schlimmen Folge im Sozialismus geführt. Sie meinen, daß der Marxismus, der Sozialismus, gerade die von der Unterdrückung erarbeiteten Instrumente der Unterdrückung des Menschen durch den Menschen mit in die neue Gesellschaft hinübergenommen habe, also ebenso, wie der Kapitalismus, eine unterdrückende, nicht eine wirklich freie Gesellschaftsordnung sei. Hierin drückt sich nur die Angst des Kleinbürgers aus, sowohl im Kapitalismus, als auch im Sozialismus mit politischer Macht konfrontiert zu sein. Der Kleinbürger steht zwischen den Fronten, lehnt beide Arten der Macht ab, fragt nicht nach deren Klassencharakter, Ziel usw. Darum ist die kleinbürgerliche Position die Grundlage der anarchistischen (antiautoritären) Ideologie. Als ob eine wirkliche revolutionäre Bewegung ohne Autorität möglich wäre: Ist die Revolution insofern nicht die autoritärste Sache, als eine Klasse einer anderen ihren Willen, ihre Autorität aufzwingt? ! Der kleinbürgerliche Sozialismus meint, indem wir Marx folgten, verlängerten wir die Unterdrückung in den Sozialismus hinein wegen der angeblich falschen Dialektik und infolge eines noch tieferliegenden Problems: Unsere Kritiker „vertiefen“ ihre Angst vor der Macht, indem sie ein „anspruchsvolles“ Theoriengebäude errichten. Sie meinen, der Marxismus sehe nicht, daß in jedem Menschen eine psychische Bereitschaft vorhanden sei, sich unterdrücken zu lassen und andere zu unterdrücken. Diese Bereitschaft leitet der kleinbürgerliche Ra-



Streikende Citroen-Arbeiter:
 „Nicht den radikalsten Bruch mit dem
 kapitalistischen System vollzogen?“

dikalismus nach der Art der Freudschen Psychoanalyse aus folgender Konstruktion ab:

Der „Triebverzicht“ der Ultra-Linken

Ursprünglich war unser ganzer Körper ein Organ der Lustempfindung. (Nach Freud bedeutet Sexualität ursprünglich nichts anderes als Lustgewinn aus Körperzonen). Nun leuchtet ohne weiteres ein, daß der Mensch, vor allem in seiner Frühgeschichte, da die Produktivkräfte noch geringer entwickelt waren, als heute, sich nicht einfach dem Lustgewinn hingeben konnte. Der Mensch mußte auch und vor allem arbeiten, damit er überhaupt leben konnte. Das bedeutete aber, daß die Lustgewinnung vom großen Teil unseres Organismus auf die unmittelbaren Organe der geschlechtlichen Betätigung zurückgedrängt werden mußten, damit der übrige Teil des Körpers zur Arbeit frei wurde. Solche Arbeit wäre dann von der Lust getrennt, unlustvolle Arbeit. Sie hat den Lustverzicht zur Grundlage.

Dieser Triebverzicht führt jedoch nach Freud und seinen kleinbürgerlichen radikalen Jüngern zu Erscheinungen in unserem psychischen Haushalt, in unserer Triebstruktur, die mit dem Ausdruck „Repression“ oder „repressiv“ bezeichnet werden: Triebverzicht ist zunächst Unterdrückung, „Repression“ des eigenen Ich, seiner Wünsche. Daraus folge die Bereitschaft, als Ausgleich gewissermaßen zu

dem erlittenen Triebverzicht „repressiv“ auch gegenüber der äußeren Natur und anderen Menschen zu handeln.

Da unsere ganze Kultur und Zivilisation durch Arbeit zustande gekommen ist, die in diesem Sinne auf dem Triebverzicht beruhe, also auch nur repressive Ausdrucksformen schaffe, sei eben auch unsere ganze Kultur und Zivilisation mit dem Merkmal der Repression, der Unterdrückung behaftet. Wenn dies geändert werden soll, müsse also nicht nur der Schritt zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel unternommen werden, es müsse vor allem jene repressive Mißbildung unseres Triebhaushaltes beseitigt werden. Es müsse gesichert werden, daß die Triebunterdrückung, so weit sie durch die heutige hohe Produktivität der Arbeit überflüssig geworden sei, nicht noch fortgesetzt werde. Falle die Triebunterdrückung, so falle auch unsere Unterdrückungsbereitschaft und Unterdrückungsfähigkeit. So sei die Triebrevolution die Voraussetzung der wirklichen Befreiung der menschlichen Gesellschaft.

Diese Auffassung stellt, wie schon angedeutet, eine Revision des Marxismus in zwei Grundproblemen dar:

Erstens wird die marxistische Dialektik in ihrem Kern angegriffen. Was das bedeutet, wird weiter unten gezeigt werden.

Zweitens wird die materialistische Geschichtsauffassung in ihrem Kern angegriffen. Dazu möchte ich als erstes einige Bemerkungen machen:



Literaturwissenschaft. In der Fischer Bücherei.

Erfolgreiche Sammelbände mit Interpretationen zur Weltliteratur. Nach Ländern unterteilt. Mit Aufsätzen berufener Interpreten. Hilfe und Anregung für jeden Schüler.

Interpretationen 1-9

- 1** Deutsche Lyrik von Weckherlin bis Benn
Bd. 695
- 2** Deutsche Dramen von Gryphus bis Brecht
Bd. 699
- 3** Deutsche Romane von Grimmeishausen bis Musil
Bd. 716
- 4** Deutsche Erzählungen von Wieland bis Kafka
Bd. 721
Herausgegeben von Jost Schillemeit.
Je Band DM 3.80
- 5** Französische Literatur von Ronsard bis Rousseau
Bd. 945
- 6** Französische Literatur von Beaumarchais bis Camus
Bd. 963
Herausgegeben von Dieter Steland.
Je Band DM 4.80
- 7** Englische Literatur von Thomas Morus bis Laurence Stern
Bd. 1137
- 8** Englische Literatur von William Blake bis Thomas Hardy
Bd. 1138
- 9** Englische Literatur von Oscar Wilde bis S. Beckett
Bd. 6028
Herausgegeben von Willi Erzgräber.
Je Band DM 4.80

Unser Gesamtverzeichnis erhalten Sie in jeder Buchhandlung.



Streikende Hoesch-Arbeiter:
 „Für den kleinbürgerlichen Radikalismus ist die Arbeiterbewegung nichts wert.“

Die Ultra-Linken nutzen den Monopolen

In dieser Gesellschaftstheorie wird die Vergesellschaftung der Produktionsmittel gegenüber der triebstrukturellen Revolution nebensächlich. Das ist so wenig revolutionär, daß wir diese Verteidigung des kapitalistischen Eigentums sogar im Godesberger SPD-Programm finden. Nach dieser Auffassung liegt die Ursache der Unterdrückung und der Konterrevolution nicht in der Existenz von Klassen und ihrem Kampf um die Aneignung des Mehrproduktes, sondern in unserer Triebstruktur; entspringt die Aggressivität nicht dem Profitstreben, sondern unserem falsch eingerichteten Triebhaushalt. Letztlich wird damit der Kapitalismus, werden die Monopole aus ihrer Schuld entlassen.

Diese Gesellschaftstheorie desorientiert die Revolutionäre. Genau so, wie die offenen Verteidiger des imperialistischen Systems, macht sie unsere Natur für die gesellschaftlichen Grundgebrehen verantwortlich. Nur sagen die offenen Verfechter des Systems: weil unsere menschliche Natur nicht verändert werden kann, darum ist der Sozialismus – bestenfalls – ein schöner Traum. Die kleinbürgerlichen Radikalen sagen zwar, daß unsere menschliche Natur verändert werden muß, können aber nichts Plausibles darüber sagen, wie das geschehen müsse. Es kommt dasselbe Ergebnis heraus: man kann nichts ändern.

Die kleinbürgerlichen Radikalen treiben die Revolutionäre mit der falschen, anarchistischen Theorie von Macht und Organisation in die Niederlage. Angesichts der Tatsache,

daß die Konterrevolution, das Großkapital, Macht besitzt und hoch organisiert ist, den Massen zu empfehlen, sich nicht oder nur lose zu organisieren, heißt, sie der einzigen Waffe zu berauben, über die sie im Kampfe um die Macht verfügen.

Tatsachen killen Marcuse

Vor allem aber ist diese Theorie zutiefst unrichtig. Die Geschichtsforschung hat nachgewiesen, daß es in allen fünf Kontinenten einen Urzustand der Gesellschaft gab, die Urgemeinschaft, die mutterrechtlich eingerichtet war. Darin gab es keine Klassen, keine Unterdrückung und Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, da es noch kein Mehrprodukt menschlicher Arbeit gab, das sich einige wenige aneignen konnten. Ohne Zweifel war damals die Lebensnot, der Widerspruch zwischen unseren unersättlichen Trieben und unserer kargen, lebensfeindlichen Umwelt so groß, daß ständige Triebverzicht nötig waren. Wenn gesellschaftliche Unterdrückung, Aggression usw. notwendige Folgen solchen Triebverzichts wären, hätte gerade die Urgemeinschaft Unterdrückung und Krieg in der furchtbarsten Weise hervorrufen müssen. Die Tatsache, daß dem nicht so war, widerlegt Freud/Marcuse-Legenden. Wie es zur Herausbildung der Klassen, der Ausbeutung, des Klassenkampfes, des Staates, des Krieges gekommen ist, hat der Marxismus wissenschaftlich, ohne triebtheoretische Legenden erklärt (vgl. „Marxistische Lehrbriefe“, Serie A, Nr. 2 „Wie sich Mensch und Gesellschaft entwickelten –

Von der Urgemeinschaft bis zum Untergang des Feudalismus“; erhältlich beim Verlag Marxistische Blätter, 6 Frankfurt, Meisengasse 11). Unsere Gesellschaftstheorie ist also wissenschaftlich erhärtet.

Was die Revision der Dialektik durch den kleinbürgerlichen Radikalismus angeht, so besteht sie in folgendem:

Es soll zwischen der alten und der neuen Gesellschaft nur den radikalsten Bruch geben. Die dialektische Negation, die Revolution soll das Alte nur zerstören. Die Revolution muß uns also zurück in die Höhlen führen.

Revolution ohne Arbeiter?

Das Alte soll ohne Ausnahme schlecht und finster sein. Also gibt es in der alten Gesellschaftsordnung keine revolutionären Kräfte. Kein Wunder, daß für den kleinbürgerlichen Radikalismus die Arbeiterbewegung nichts wert ist, sie entwickelt sich ja innerhalb der alten, der kapitalistischen Ordnung. Also sucht man nach einer „dritten Kraft“, die außerhalb des Systems wirkt: die Gettobevölkerung, die Studenten, die weißen Ausgestoßenen, die Massen der dritten Welt werden genannt. Aber zwischen diesen Kräften, der Arbeiterbewegung und dem realen Sozialismus darf es kein Bündnis geben: sonst würden die neuen Revolutionäre, die außerhalb des Systems wirken, ja mit den Kräften im System vereinigt, die ja nichts taugen.

Wenn das Alte durch und durch schlecht ist, kann auch keine Reform innerhalb des Alten sinnvoll sein. Es gibt dann keinen Zusammenhang zwischen Reform und Revolution, keine Etappen auf dem Wege zur Revolution. Diese ist dann ein hurra-romantischer, jugendfrischer Sturmlauf, ein kurzer, einmaliger, „katastrophischer Akt“, dem dann die völlig freie repressive Welt folgt. Das reine Wunder.

Fragen wir, ob eine solche Dialektik erstens begründet und zweitens widerspruchsfrei durchgeführt werden kann.

Wie ist eine bessere Welt möglich?

Die Rede ist also von zwei Welten, der alten und der neuen, wobei die alte nur miserabel, die neue völlig anders ist und wir in der ersten, der miserablen Welt leben. Aber woher wissen wir etwas von der Existenz oder Möglichkeit der zweiten, besseren Welt? Wie können wir davon etwas wissen, wenn wir nicht, aufgrund von Entwicklungen in der ersten, unserer täglichen Umwelt, deren Vergänglichkeit, Begrenztheit erkennen könnten? Es gibt also in der miserablen alten Welt Ansatzpunkte der neuen, künftigen, der sozialistischen Ordnung: zum Beispiel die sozialistische Arbeiterbewegung. Also kann die alte Ordnung nicht nur mies sein, können die umwälzenden Kräfte nicht nur von außen wirken, gibt es in der kapitalistischen Welt Ansätze zur Umwälzung dieser Ordnung und ist das

Bündnis dieser Kräfte möglich und, angesichts der Stärke des Feindes, auch nötig. Damit ist die Dialektik des kleinbürgerlichen Radikalismus eigentlich schon widerlegt. Gehen wir jedoch noch einen Schritt weiter.

Wenn es innerhalb der bestehenden, alten, kapitalistischen Ordnung nicht schon Keime der neuen, sozialistischen Ordnung gäbe, wenn die neue Ordnung von der alten nur radikal, überbrückungslos unterschieden wäre, wie wollte man dann auch nur eine einzige Aussage darüber machen, wie die neue Ordnung menschlichen Zusammenlebens aussehen soll? Man könnte nur noch sagen: die neue Welt ist total, in allem völlig anders, als unsere jetzige Welt. Das Verfahren ist nicht neu.

Ein Pferd ist kein Hund

Im Mittelalter gab es eine theologische Schule, sie wurde negative Theologie genannt. Dieser Name erklärt sich so: Da man über Gott nicht wirklich etwas wissen kann, nahmen die Anhänger dieser Theologie an, die Eigenschaften Gottes seien völlig andere, als die des Menschen. Sie versuchten also, Gott zu bestimmen, indem sie die menschlichen Eigenschaften verneinten. Wenn der Mensch sterblich ist, so Gott unsterblich usw. Gott ist dann ein einfacher Haufen von Verneinungen, aber das ist keine Definition. Wenn ich jemandem, der noch nie ein Pferd gesehen hat, sagen soll, was ein Pferd ist, und ihm sage: ein Pferd ist kein Hund, keine Katze, kein

Baum und kein Strauch usw. usf., so habe ich ihm kein Quäntchen darüber gesagt, was denn nun eigentlich ein Pferd ist. Genau so geht es mit dieser „neuen“ Dialektik des kleinbürgerlichen Radikalismus: wenn die neue Welt so völlig anders als die alte wäre, daß ich sie nur „erklären“ könnte, wenn ich etwa sagte, sie ist nicht unfrei, nicht ausbeuterisch, nicht kapitalistisch, nicht sozialistisch usw. usf., so hätte ich tatsächlich noch kein einziges Wort über diese neue Welt gesagt. Was sie dann tatsächlich ist, bleibt völlig offen. Kein Wunder, daß der Wortführer dieser angeblich völlig neuen Theorie, Herbert Marcuse, uns am Ende nur sagen kann, er wisse nicht, wie die Kluft zwischen Theorie und Praxis überwunden werden könne, wer heute die revolutionäre Kraft sei, und er wisse auch nicht, ob wir im Ergebnis unseres Kampfes zur Freiheit oder zum Faschismus gelangten.

Abgesehen davon, daß der Faschismus ja schon in der kapitalistischen Welt wütet, können wir immerhin auf die Tatsache von mehr als einem Dutzend erfolgreicher sozialistischer Revolutionen hinweisen. Wir verschließen die Augen nicht vor unseren Schwierigkeiten, die sich in hohem Maße aus der Existenz eines immer noch starken Imperialismus in der „westlichen Welt“ und des sehr schweren kapitalistischen Erbes in den sozialistischen Ländern ergeben. Aber dieser Sozialismus ist doch weit mehr, als die leeren Versprechungen Marcuses und der anderen kleinbürgerlichen Radikalen.

Streikende Bochumer-Vereins-Arbeiter:
 „Die kleinbürgerliche Linke operiert nicht auf dem Boden der sozialistischen Arbeiterbewegung.“



WIR

**DRUCKEN
 VON DIN A8
 BIS DIN A1**

**BÜCHER
 BROSCHÜREN
 ZEITSCHRIFTEN
 PROSPEKTE
 KATALOGE
 DRUCKSACHEN
 ALLER ART**



**HOSCH GMBH
 OFFSETDRUCK+
 WERBEGRAFIK**

**6 FRANKFURT
 HEDDERNHEIMER
 LANDSTR. 78A
 TEL. 0671/571051**

Das hat gegessen

Soldat '70

Die Rache der Generale: Verhöre, Arrest, Ausgangssperre, Beschlagnahmung, Entlassung



Oberleutnant Stan war sauer. Regelrecht sauer. War doch am Morgen des 22. Mai an die Soldaten der Röttiger-Kaserne in Hamburg das Papier „Soldat '70“ verteilt worden. Und hatten sich doch die meisten Soldaten positiv zu dieser Studie ausgesprochen. Es brodelte so richtig in der Kaserne. Das paßte dem Oberleutnant keinesfalls.

Militärisch kurz gedacht und getan heftete er an das schwarze Brett der Kaserne einen Zettel. Neun Punkte waren ihm eingefallen, die er in einer Beschwerde gegen einige „Staatsbürger in Uniform '70“ niederschrieb.

Stan: „Ich beschwere mich gegen jene Staatsbürger, die durch ihre Einberufung in ihrem Konsumdenken empfindlich gestört worden sind und zu träge sind, ihre einseitige, negative Haltung durch Denken zu korrigieren.“

Keine Diskussion mit „Schmierfinken“

Aber gerade das Denken – das Nachdenken über die Bundeswehr hatte Arne Winter und zwölf weitere Wehrpflichtige dazu gebracht, den „Soldat '70“ zu erarbeiten und ihren Kameraden zur Diskussion vorzulegen. (Siehe elan 6/70) Und Arne Winter reagierte auf die 9-Punkte-Kriegserklärung. Er antwortete: „Ich beschwere mich über die Leute, die es vorziehen, einer Diskussion aus dem Wege zu gehen, anstatt die gebotene Möglichkeit zu nutzen.“ Und jetzt konnte es Oberleutnant Stan nicht lassen, seine wirkliche Meinung zu sagen – wieder über den Weg des schwarzen Brettes: „Ich bin Soldat und lege keinen Wert auf eine Diskussion, wo ich befehlen muß. Meine Absicht ist es, meine persönliche Auffassung über einige Schmierfinken darzulegen“.

Und am Nachmittag des Tages ließ Oberleutnant Stan die Truppe zusammenreten und kassierte die am Morgen verteilten Exemplare des „Soldat '70“ ein. Die Diskussion in der Kaserne wurde verständlicherweise durch diesen Befehl nicht eingedämmt – vielmehr interessierte sich jetzt auch der letzte Soldat der Kompanie für das Papier.

Für die Einziehung der Exemplare war Befehlsgeber Stan allerdings nicht allein verantwortlich.

Dafür war General de Maiziere, Generalinspekteur der Bundeswehr zuständig.

De Maiziere hatte schnell reagiert auf das, was am 10. Mai 1970 mit der Pressekonferenz der 13 Wehrpflichtigen von „Soldat '70“ angefangen hatte.

Wenige Tage später: Der General verbietet per Fernschreiben an die gesamte Truppe die Verteilung und Diskussion des „Soldat 70“. Sollte Minister Helmut Schmidt, der Interesse an dem Wehrpflichtigenpapier gezeigt und in der Zeitschrift „Mitteilungen für Soldaten“ eine Diskussion darüber auf einem „Wehrpflichtigen-Parlament“ hat ankündigen lassen, nichts von diesem Fernschreiben gewußt haben? Hat ihn de Maiziere übergangen oder kam das Verbot

mit Zustimmung des Dienstvorgesetzten Schmidt? Die Klärung dieser Frage wäre sicherlich interessant. Fakt ist in jedem Fall: den kritischen Soldaten soll mit dem Verbot der Mund gestopft werden. Und die Bundeswehrführung sinnt auf Rache.

Die Rache der Generale

Donnerstag, den 14. Mai 1970. Schütze Wolfgang Jerrentrup wird durch den Kompaniechef auf das Geschäftszimmer befohlen. Während er dort wartet, wird auf seiner Stube durch den Kompaniechef eigenhändig ein ausgehängtes Exemplar des „Soldat ‘70“ entfernt.

Jerrentrup wird anschließend offiziell verboten, Exemplare des „Soldat ‘70“ in der Kaserne zu verteilen.

Wenige Tage später ist die Katze aus dem Saal. Das Fernschreiben des Generalinspektors de Maiziere liegt auf den Schreibtischen aller Bundeswehrseinheiten.

Panzergrenadier Wolfgang Hoffmann erfährt am 22.5.1970 durch seinen Hauptmann Bördner davon, „Soldat ‘70“ beinhalte schwerwiegende Verstöße gegen die soldatische Dienstpflicht. Hauptmann Bördner verbietet Wolfgang Hoffmann auch die Verteilung außerhalb der Kaserne und droht für Zuwiderhandlungen „disziplinarische Folgen“ an.

Dem Flieger Gerhard Gust in Wittmund wird die Verteilung von „Soldat ‘70“ Exemplaren in der Kaserne verboten, 21 Exemplare und dazu die Mai-Ausgabe des „elan“ werden „sichergestellt“. Sein Vorgesetzter, Major Brechlin, bezeichnet die Wehrpflichtigenstudie schlicht als „Zersetzungsmaterial“. So wundert es nicht, daß bald darauf bei Gerhard Gust Männer auftauchen, die sich nicht ausweisen wollen. Sie müsse ihnen schon glauben, daß sie vom Militärischen Abschirmdienst (MAD) seien. Sicherstellungen, Verbote, Untersuchungen auch bei den anderen Unterzeichnern:

Bei Klaus-Peter Mesenholl aus der Schlieffenkaserne in Lüneburg, der sich mittlerweile der Initiative der 13 angeschlossen hat, wird eine Spinddurchsuchung durchgeführt. Man habe, so heißt es, sichere Informationen, daß er im Besitz von 50 Exemplaren sei. Im Spind ist jedoch nur ein Exemplar. Interessant, was der mitmischende Sicherheitsoffizier bei der Durchsuchung so verlauten läßt: Der Ministerpräsident der DDR sei ein Mörder und Verbrecher, weil – so vergewaltigt er die Biographie Willi Stophs – er als Rotarmist gegen (Hitler-) Deutschland gekämpft habe. Außerdem habe die Bundesregierung ihre Verständigungsbereitschaft zur Genüge unter Beweis gestellt, in dem sie einem Mörder freies Geleit gewähre. Zum Herunterreißen der DDR-Flagge in Kassel äußerte er sich verständnisvoll, da sie Symbol eines „Unrechtsstaates“ sei. Tags zuvor hatte Mesenholl schon von seinem Zugführer zu hören bekommen: Leute wie Du sollten ein halbes Jahr im Steinbruch arbeiten. Und Gäbe es noch die Prügel-

strafe, würde ich Dir in „die Schnauze schlagen“.

21 Tage Bau für „Soldat ‘70“

Peter Tuchscherer, einer der Sprecher des „Soldat ‘70“, wird auf eine andere Art und Weise ausgeschaltet. Er erhält 21 Tage verschärfte Ausgangssperre wegen seiner Beteiligung an Aktionen gegen die US-Aggression in Indochina.

Ungeachtet all dieser Repressionshandlungen stellt Helmut Schmidt in der Bundestagsdebatte – wie es auch schon im sogenannten Verteidigungsweißbuch steht – fest: „Diskussion unter Soldaten und Gehorsam schließen einander nicht aus – sie ergänzen sich vielmehr“.

Wolfgang Jerrentrup und Manfred Eger sind am 2. Juni im Bundestag dabei, als diese Äußerungen fallen. Sie können an Hand der Beispiele ihrer Kameraden und ihrer eigenen Erlebnisse beweisen, daß die Worte des dienstobersten Schmidt nicht zutreffen. In einer Presseerklärung zur Bundestagsdebatte stellen sie dann auch fest, „daß für Schmidt und seine Generale die Bejahung der Diskussion nur so weit geht, wie sie sich auf dem Boden ihrer Konzeption bewegt“. Sie weisen darauf hin, daß ihre Meinung durch Repressalien unterdrückt wird. Aber es soll noch „besser“ kommen.

Am 7. Juni 1970 hält Panzergrenadier Wolfgang Hoffmann seinen Bescheid über eine erste Disziplinarstrafe in Händen. Er, der vor einigen Monaten während einer Demonstration gegen die US-Aggression in Vietnam von Feldjägern festgenommen wurde, soll für 21 Tage in den Bau. Wegen seiner Mitwirkung an „Soldat ‘70“. 5 Monate kann er sich bewähren, andernfalls wird das Urteil vollstreckt. Vorwurf gegen Hoffmann: „Der Bestrafte hat... in unsachlicher, beleidigender und wahrheitswidriger Weise die politischen Ziele der Verteidigungsanstrengungen der Bundesrepublik Deutschland verfälscht und die Bundeswehr diskreditiert.“ Und diese Feststellungen aus „Soldat ‘70“ werden in der Strafformel als besonders strafwürdig bezeichnet: „Wir haben uns z.B. dagegen gewehrt, daß die alten und neuen Nazis wieder frech und offen in der Bundeswehr Propaganda machen.“

„Deshalb gehören wir zu denen, die in den Kasernen den alten und neuen Nazis den Kampf angesagt haben...“

„Was Schmidt will ist eine Bundeswehr... aber auch frei von Demokratie...“

„Wir haben aber erfahren müssen, daß die Bundeswehr ein wahres Paradies für die alten Kommisköpfe, Unteroffiziere und Offiziere der Hitler-Wehrmacht ist... daß der alte Untertanengeist immer noch oberstes erzieherisches Ziel der Bundeswehr ist.“

Diese und andere Formulierungen aus „Soldat ‘70“ werden auch Flieger Udo Kniffel zur Last gelegt, der am 15. Juni die bisher schwerste Bestrafung aller Soldat-70-Leute hinnehmen mußte – wenn auch unter Protest. 21 Tage Bau diktierte ihm

Gruß aus der roten Reserve

Leutnant der Reserve und Schriftsteller ist Uwe Wandrey, der an elan schrieb: „Endlich kommt die demokratische Kritik an Konzeption und Praxis der Bundeswehr von unten. Das ist weit wichtiger als der akademische Protest von jungen Leutnanten. Arbeiten wir daran, daß der demokratisch-sozialistische Fortschritt in der Truppe unaufhaltsam wird. Es ist wichtig, daß wir den Gegnern der Schnez-Studie innerhalb der Bundeswehr massive Rücken-deckung geben.“

Als „Gruß aus der roten Reserve“ schrieb Uwe Wandrey für „Soldat ‘70“ die folgenden Politstories:

Heini hat den Abzug an der Flugzeugabwehrkanone voll durchgezogen: „Noch’n Käfer. Wieder’n Käfer... noch ein Käfer!“ „Was schreien Sie da mitten im Manöver herum?“ „Nichts weiter, Herr Hauptmann, ich zähle nur die Volkswagen, die ich hier so pro Minute in die Luft verpuffe.“

*

Heini zu einem Stubenkameraden: „Du, ich komm in eine höher Sold-gruppe!“ „Was? ! Haben sie dich befördert?“ „Nicht direkt, ich komm in die Starfighter-Auffangtruppe.“

*

Klein Erna machte in Hamburg eine Hafenerundfahrt. „Was sind denn das da für komische Dampfer?“ „Das sind Zerstörer.“ „Wen zerstören die denn?“ „Wollte sie wissen. „Den Feind.“ „Ja, und wo ist denn der Feind?“ „Tja, mein Deern, das ist so eine Sache, die meisten sagen, der Feind steht elbaufwärts. Aber der Hafenskapitän sagt, und der muß es ja wissen, wenn die solange an den Werften liegen, dann ist er wohl auch da.“

*

Klein Erna begegnete ihrem Vetter in Bundeswehruniform: „Bist du nun doch zur Post gegangen?“ „Mensch! Siehste nicht? Ich bin Soldat!! Schon seit fast zwei Jahren!“ „Und was mußt du da machen?“ „Ich diene“. „Kommt denn was bei raus?“ „fragte Klein Erna. „Nun, ich werde bald entlassen.“

ABONNENTEN HABEN'S BESSER

ich bestelle ab
bis auf Widerruf, jedoch für mindestens
ein Jahr, das Magazin für junge Leute
elan.
(Jahresabonnement 13 DM einschließlich
Zustellgebühr)

(Unterschrift)

(Anschrift)

Weltkreis-Verlags-
GmbH
46 Dortmund
Brüderweg 16



**21 Tage Arrest für eigene Meinung:
Panzergrenadier Hoffmann und Flieger Kniffel**

Oberstleutnant Lehmann in Mechernich zu. Hinzu kommen drei Tage Arrest, die wegen einer Vietnam-Demonstration Kniffels ausgesprochen, aber bisher zur Bewährung ausgesetzt waren. Im Gegensatz zu Hoffmann, den man mit einer Bewährungsfrist mattsetzen möchte, erhielt Kniffel den Befehl, unverzüglich seine Strafe anzutreten. Kniffel: „Das beweist: Die Bundeswehr soll frei von Demokratie gehalten werden.“

Entlassen wurde Gefreiter Georg Rohde von der Scharnhorst-Kaserne in Lüneburg. 50 Exemplare des „Soldat '70“ wurden bei ihm zuvor sichergestellt und wegen des „Verdachts einer strafbaren Handlung“ an die Staatsanwaltschaft in Lüneburg weitergegeben. Zivile Gerichte sollen sich also nunmehr mit Georg Rohde beschäftigen. Am 5. Juni durfte er die Koffer packen. Zuvor hatte ihm sein Bataillonskommandeur noch 21 Tage verschärfte Ausgangssperre aufgebrummt. Wirksam wurde sie nicht mehr.

Fristlos entlassen, aber der Kampf geht weiter

Entlassen werden soll auch Gerhard Gust. Den Antrag auf vorzeitige Entlassung hat sein Staffelchef gestellt.

Georg Rohde und Gerhard Gust haben sich beide beim Wehrbeauftragten des Bundes tags, Schultz, beschwert. Gust teilt Schultz mit: „Die Repressalien, die uns daraufhin (nach Veröffentlichung von „Soldat '70“) widerfahren sind, bestätigen uns nur, daß wir mit unserer Kritik recht hatten.“

Das Ziel, durch Repressalien und Entlassungen die Diskussion in den Kasernen über „Soldat '70“ aus der Welt zu schaffen, dieses Ziel konnten die Herren Schmidt, Schnez und de Maiziere nicht erreichen. „Soldat '70“ wird diskutiert unter den Soldaten, ob es „denen da oben“ paßt oder nicht. Zahlreiche Kameraden haben den „Dreizehn“ geschrieben, Exemplare des

„Soldat '70“ angefordert, ihre Zustimmung gegeben.

In Lüneburg und Wertheim am Main fanden mittlerweile Diskussionsveranstaltungen über „Soldat '70“ statt, in Wertheim jedoch ohne Soldaten. In der Kaserne in Kulsheim in der Nähe von Wertheim waren die Offiziere nämlich auf den Trick verfallen, im Hinblick auf den dienstfreien 17. Juni zwei Dienststunden zusätzlich von den Soldaten zu verlangen. „Zufällig“ wurden diese zwei Stunden am 15. Juni, dem Tag des Jugendforums in Wertheim angesetzt, so daß die Soldaten bis 21 Uhr in den Kasernen festgehalten wurden. Für Soldat-70-Mitinitiator Wolfgang Jerrentrup, der in Kulsheim stationiert ist, wurde zusätzlich ein Hausverbot im Lokal „Rose“ erwirkt, wo die Soldatendiskussionen stattfinden. Ein Offizier erläuterte Wolfgang Jerrentrup die Absicht des ganzen Manövers: „Wir wollen Sie nur vor einem Dienstvergehen bewahren.“ Welch eine Fürsorge! Die Jungsozialisten, die Veranstalter der Diskussion von Wertheim, wollen jetzt in einem Flugblatt die Soldaten-Aktionen in Kulsheim vorantreiben. Wie in Lüneburg und Wertheim ist es an vielen Orten. Die Soldaten von „Soldat '70“ erhalten Einladungen, vor Jugendgruppen zu sprechen und an Aktionen demokratischer Jugendverbände mitzuwirken. Eine Welle der Solidarität rollt an. Wichtigstes Ziel der Solidarität sollte jetzt sein, Udo Kniffel freizukämpfen, der für die Äußerung seiner Meinung eingesperrt ist.

Es ist an der Zeit, heißt es in einer Presseerklärung von „Soldat '70“, daß „unsere Studie mit in die Diskussion um das Weißbuch (des Verteidigungsministeriums) einbezogen wird, alle Repressalien sofort beendet werden und der Befehl des Generalinspektors, nach dem die Diskussion des „Soldat '70“ in den Kasernen verboten wurde, zurückgenommen wird.“

Werner Maletz

jugendpolitische blätter

Eine neue Generation von Revolutionären

Zu Gast beim 16. Kongreß des Komsomol in Moskau /
In Leningrad traf sich die progressive Jugend / Von Ulrich Sander

In Moskau und Leningrad fanden Ende Mai und Anfang Juni zwei für die progressive Jugendbewegung der ganzen Welt bedeutende Ereignisse statt: der 16. Kongreß des Leninschen Kommunistischen Jugendverbandes der Sowjetunion (Komsomol) und das Welttreffen der Jugend zum Thema „Leninismus und der Kampf der Jugend für Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und sozialen Fortschritt“. Beides, Kongreß und Welttreffen, waren Höhepunkte im Kampf der progressiven Jugendbewegung für ihre Zukunft, für ihr einheitliches Handeln gegen Imperialismus und Krieg.

Im großen Saal des Kreml-Palastes und in zehn Sektionen (Arbeitsgemeinschaften) diskutierten die 4681 Delegierten der 27 Millionen Komsomol-Mitglieder fünf Tage lang den Weg der Jugend beim kommunistischen Aufbau. Die Jungkommunisten berieten prinzipientreu, kritisch und kämpferisch und – als Hausherrn der Sowjetunion von morgen und Enkel der Revolution – mit großer Sachkenntnis. Die erste Frage auf der Tagesordnung des Kongresses und Hauptgegenstand der Rede des wiedergewählten ersten Sekretärs des ZK des Komsomol, Jewgeni Tjashelnikow, war die kommunistische Erziehung der Jugend. Die Teilnahme des einzelnen Jugendlichen am Aufbau des Kommunismus soll ihm noch mehr als bisher als wesentlicher „Teil des Kampfes des Weltproletariats gegen den Kapitalismus“ bewußt gemacht werden, wie es in der Schlußresolution des Kongresses heißt. „Getreu dem Leninschen Gebot, Stoßtrupp des kommunistischen Aufbaus zu sein, ist der Leninsche Kommunistische Jugendverband der Sowjetunion berufen, an der Schaffung der mate-

riell-technischen Basis des Kommunismus, am Kampf für die Steigerung des Nutzeffekts der gesellschaftlichen Produktion aktiv teilzunehmen und die Jugend zu einem kommunistischen Arbeitsverhalten zu erziehen“, beschlossen die Delegierten.

„Wir verstehen sehr wohl, daß der Kampf für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt heute das entscheidende Hauptfeld der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus ist“, hatte zuvor Jewgeni Tjashelnikow im Rechenschaftsbericht des ZK festgestellt, der eine stolze Bilanz der Arbeit und des Lernens enthält: – Nach dem 15. Komsomolkongreß im Jahre 1966 waren vom Jugendverband 300.000 junge Freiwillige auf die Großbaustellen des Kommunismus entsandt worden. Mit ihrer aktiven Teilnahme entstanden, viele unter den schwierigen Bedingungen Sibiriens, neue Giganten der Energiewirtschaft, Hochöfen mit Welthöchstleistungen, Walzstraßen, Erdölreviere, Erzbergwerke und Atomkraftwerke.

– Zwei Drittel der Komsomolzen studieren Gesellschaftswissenschaften an Lehranstalten. Hunderttausende Jugendliche legten die anspruchsvolle „Leninprüfung“ ab, die tiefe Kenntnisse in der Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus verlangt. Lenins Appell an die Jugend, „Lernen, lernen und nochmals lernen“, den Kommunismus zu studieren in der Theorie und im Kampf, ist auch Lebensregel der heutigen Komsomolgeneration.

Unter Hinweis auf Lenin mahnte der Generalsekretär der KPdSU, Leonid Breshnew, „sich nicht an den Erfolgen zu berauschen, das Erreichte nüchtern zu beurteilen und die Hauptaufmerksamkeit den ungelösten Aufgaben zuzuwenden“. Der Generalsekretär nannte dem Kongreß solche Aufgaben:

„Vervollkommnung der Produktion, Verbesserung der Lebensverhältnisse, der Erholungsmöglichkeiten, Unduldsamkeit gegenüber Mängeln, Rückständigkeit, gegenüber allen Äußerungen von Bürokratie – hier müssen sowohl schöpferischer Elan wie auch eine den Jugendlichen eigene gesunde Kritik Anwendung finden, die man ebenfalls verstehen muß zu unterstützen.“

Im Zeitalter des scharfen Kampfes zweier sozialer Systeme im Weltmaßstab sei es eine heilige Pflicht, die Bereitschaft zur Verteidigung des Sozialismus zu erhöhen, betonte Breshnew.

Der Komsomol-Kongreß schätzte ein, daß sich ein erbitterter ideologischer Kampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus entfaltet, zu dem der Komsomol mit einer verstärkten Offensive auf ideologischem Gebiet gegen alle Spielarten bürgerlicher Ideologie beitragen will.

Die Sympathie und Achtung, die auf dem Komsomolkongreß den Vertretern der Partei entgegengebracht wurde, die bewegende Szene, in der der greise Revolutionsheld Marschall Budjonny dem Komsomol seinen Kampfsäbel überreichte, die zahlreichen Diskussionsbeiträge, in denen an die Taten der Väter angeknüpft wurde – dies alles machte deutlich, daß zwischen den jungen und alten Kommunisten der Sowjetunion kein „Konflikt der Generationen“ tobt, von denen bürgerliche Propagandisten in ihrem Wunschdenken so gern faseln.

Der Komsomol betrachtet das Weltsystem des Sozialismus als die größte Errungenschaft der internationalen Arbeiterklasse, als „zuverlässiges Bollwerk aller Völker, die gegen den Imperialismus, für Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und sozialen Fortschritt kämpfen“, wie es Tjashelnikow formulierte. Deshalb entwickelt der Komsomol die Solidarität mit allen fortschrittlichen Jugendbewegungen der kapitalistischen Länder und der Dritten Welt. Dem Kongreß wohnten Delegationen aus 84 Ländern bei, darunter die lebhaft begrüßten Vertretungen neuer marxistischer Jugendorganisationen, wie Jugendbund für die Befreiung aus den USA, Kommunistische Jugendliga Kanadas, Kommunistische Jugend Österreichs und Sozial-

stische Deutsche Arbeiterjugend aus der BRD.

Um die Front des antiimperialistischen Jugendkampfes weiter zu verbreitern und seine Einheit zu festigen, schlug der Komsomol vor, 1971 eine Weltaktion „Die Jugend klagt den Imperialismus an!“ durchzuführen. Dabei sollen die Verbrechen des Imperialismus, der sich heute in Indochina und Nahost und in anderen Teilen der Welt als der wahre Feind der Jugend entlarvt, angeprangert werden. Der Komsomol begrüßte die Pläne für die Konferenz von Jugendorganisationen Europas über Probleme der europäischen Sicherheit und für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR. Er schloß sich außerdem dem Vorschlag an, eine Weltkonferenz der Arbeiterjugend abzuhalten und dort eine Charta zu beschließen, in der die konkreten Rechte der werktätigen Jugend verkündet werden. Tjashelnikow unterstrich die Bedeutung, die der Komsomol dem Internationalen Studentenbund (Sitz Prag) und dem Weltbund der Demokratischen Jugend (Sitz Budapest) beimißt. (Aus der Bundesrepublik gehört seit kurzem die SDAJ dem WBDJ an.)

Die Erfolge des Komsomol geben allen jungen Kommunisten und Sozialisten in der ganzen Welt Kraft für ihren Kampf, wurde immer wieder auf dem Welttreffen zu Ehren Lenins festgestellt, das im Anschluß an den Komsomolkongreß in Leningrad stattfand. Im Rahmen des Treffens wurde eine theoretische Konferenz „W. I. Lenin und die revolutionäre Erziehung der Jugend“ abgehalten.

Hier, im traditionsreichen Taurischen Palast, in dem Lenin 1917 seine April-Thesen zur Überleitung von der bürgerlich-demokratischen zur proletarischen Revolution verkündet hatte, hier wurde durch ein sehr breites Forum von 141 Jugendor-

ganisationen aus 98 Ländern die Lehre Lenins als Richtlinie für den einheitlichen Kampf der Jugend hoch eingeschätzt. Aus der Bundesrepublik nahmen Delegationen der SDAJ, des Sozialdemokratischen Hochschulbundes, der Assoziation Marxistischer Studenten „Spartakus“ und des Jugend- und Studentenreferats der DKP an dem Welttreffen teil, dessen Beitrag zur Einheit der antiimperialistischen Jugendbewegung ebenso von hervorragender Bedeutung war wie die Breite der Zusammensetzung teilnehmender Jugendorganisationen, die sich zur Lehre Lenins bekannten. Heute wächst die antiimperialistische Front der Jugend, wurde wiederholt betont. Immer neue Jugendliche, Studenten, Arbeiter und Schüler, reißen sich in den kapitalistischen Ländern in sie ein. In dieser Situation komme der ideologischen Auseinandersetzung mit allen offen und versteckt reaktionären Strömungen, mit rechtem und „linkem“ Opportunismus und allen Spielarten des Antikommunismus und Antisowjetismus eine ebensogroße Bedeutung zu wie der Arbeit mit der Avantgarde der Jugendbewegung, der Arbeiterjugend.

Zum Abschluß der Diskussion, zu der 127 Delegierte von Jugend- und Studentenorganisationen kommunistischer, sozialistischer, sozialdemokratischer, demokratischer, linkskatholischer und anderer Orientierungen in zwei Seminaren gesprochen hatten, wurden drei Resolutionen verabschiedet. Darin bringen die Teilnehmer des Leningrader Weltjugendtreffens ihre Solidarität mit den kämpfenden Völkern Indochinas und der arabischen Länder sowie der Antiimperialisten Israels und ferner mit dem Kampf gegen Kolonialismus und Rassismus in Angola, Guinea-Bissau, Mocambique und Südafrika zum Ausdruck.

feldern, sollten Fragen der Familie, Erziehung und Bildung, Vorschulerziehung, Fragen über Schule und Betrieb, Politik und Freizeit behandelt werden.

Tatsächlich aber stand hinter diesem Konzept die Absicht, die aufgeworfenen Fragen fachlich isoliert und nicht in ihren gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen zu diskutieren. Das jedenfalls wurde durch den Verlauf des Jugendhilfetages schnell sichtbar. Indes: die Praktiker der Sozialarbeit und Mitarbeiter aus dem pädagogisch-wissenschaftlichen Bereich sorgten für einen anderen Verlauf.

Schon vor dem Jugendhilfetag hatte die „Sozialistische Aktion Jugendhilfetag“ als eine Vereinigung kritischer Sozialarbeiter und Sozialpädagogen gegründet. Sie trat mit dem erklärten Ziel auf, die bisherige Funktion der Jugendhilfe zu demonstrieren, die Berufssituation der Sozialarbeiter zu analysieren und in diesem Zusammenhang den Klassencharakter der westdeutschen Gesellschaft zu verdeutlichen.

So sahen sich Vertreter von Behörden und Parteien unversehens Fragen ausgesetzt, auf die sie keine Antworten wußten.

Das rigorose Aufgebot von Vertretern der CSU und von Verbänden wie z.B. der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, die für die Misere der Jugendsozialarbeit durch ihre Politik die Hauptverantwortung tragen, wurde von einem großen Teil der 2500 Teilnehmer als bewußte Provokation empfunden. Bereits bei der Begrüßung kam der Protest elementar zum Ausbruch. Der bayerische CSU-Staatsminister Pirckl wurde gezwungen, seine inhaltslose Rede abbrechen, als ihm in Sprechchören immer wieder entgegenscholl: „CSU-SA-SS, CSU-SA-SS...“

Nach der Begrüßung durch Frau Minister Stobel und den Nürnberger Oberbürgermeister Urschlechter (SPD) erregte ein Nürnberger Sozialarbeiter Aufsehen. Er bewies am Beispiel der Stadt Nürnberg den Unterschied zwischen Worten und Taten. Er belegte mit eindeutigem Zahlenmaterial die verheerende Benachteiligung der sozialen Dienste. Wörtlich heißt es da u.a.: „Für Denkmalspflege im Rahmen des Dürerjahres werden 500.000 DM für städtische und 100.000 DM für nichtstädtische Baudenkmäler ausgegeben. Das Kindergeneinschaftsheim Nürnberg-Rückersdorf hingegen wartet seit Jahren auf die Anstellung einer Assistentin für Psychiatrie, die nicht besetzt werden kann, da hierfür nur monatlich 250 DM zur Verfügung stehen...“

In den zahlreichen Debatten des Jugendhilfetages warteten die Praktikanten und Wissenschaftler, unter ihnen die Professoren Fürstenau und Mollenhauer sowie zahlreiche Assistenten mit einer ganzen Kette schlagender Beweise und Fallschilderungen über die katastrophalen Zustände in der

Nicht länger Handlanger der Herrschenden

Rückblick auf den 4. Deutschen Jugendhilfetag in Nürnberg -
Von Erich Roßmann

Es ist keine neue Erkenntnis, daß die Verhältnisse im weiten Bereich der Sozialarbeit gen Himmel schreien, sei es in der Heim- oder Vorschulerziehung, in Schule und Betrieb oder in der Ausbildung der Sozialarbeiter selbst. Neu aber ist, daß die Sozialarbeiter offen kundtun, nicht länger die Rolle einer Armenpolizei und karitativen Fürsorge übernehmen zu wollen, die nur der Stützung der Herrschenden diene.

Der Veranstalter des 4. Deutschen Jugendhilfetages, die in Bonn ansässige Arbeitsgemeinschaft Jugendpflege-Jugendfürsorge (AGJJ), war vom Konzept der Tagesordnung her den Kritikern scheinbar entgegengekommen. Thema des vom 10. - 13. Mai in Nürnberg stattgefundenen Jugendhilfetages: „Kindheit und Jugend in der Gesellschaft“.

In Arbeitsgruppen, sogenannten Konflikt-

Jugendhilfe auf. (So. z.B. über die Vorfälle um den Jugendhof Dörnberg, um das Jugendzentrum Erlangen und um die Probleme der Obdachlosensiedlungen.)

Indes begnügten sich die Kritiker nicht mit bloßen Feststellungen. Sie gingen den ökonomisch-politischen Ursachen des sozialen Dilemmas der westdeutschen kapitalistischen Gesellschaft nach und wiesen in den Diskussionen und zahlreich erarbeiteten Resolutionen Schritte und Wege zur Überwindung dieses Zustandes auf.

Besonders heiß her ging es in der Diskussion um die Vorschulerziehung. Die Kindergartenrinnen, Erzieher, Jugendleiter wurden aufgefordert, „ihre Forderungen jetzt mit Streiks durchzusetzen“. In einer Entschließung heißt es hierzu:

„Wir fordern für alle Sozialpädagogen ein Mindestgehalt von 1.500,- DM. . .“

Wir fordern eine längere, bessere, kostenlose und bezahlte Aus- und Fortbildung, die die Probleme der Erziehung aller Kinder (insbesondere der Arbeiterkinder) in den Mittelpunkt stellt. . .“

Gegen die Vorstellungen des Caritasverbandes und der Katholischen Jugend wurde die Entkonfessionalisierung der Vorschul-erziehung gefordert.

In der Aussprache des Konfliktfeldes „Schule und Betrieb“ wies u.a. Hinrich Oetjen von der IG-Chemie auf die Probleme der Berufs- und Lehrlingsausbildung hin. In einer Resolution dieser Arbeitsgruppe wird festgestellt:

„Die hier versammelten Sozialarbeiter und Angehörigen anderer Sozialisationsberufe weigern sich, länger der Disziplinierung der Unterdrückten im Interesse der Herrschenden zu dienen. . .“

Die objektiven Interessen des Sozialarbeiters stellen ihn daher an die Seite derer, die er bisher als ‚Klienten‘ überwachen, anpassen, isolieren oder manipulieren sollte.“

Ein zum Abschluß des Jugendhilfetages

veranstaltetes „Jugendpolitisches Hearing“ wurde von den Veranstaltern als eine Art Podiumsfachgespräch der „Experten“ aufgezo- gen. Es gestaltete sich mehr und mehr zu einer Farce. Außer dem Vertreter des DGB, Franz Woschek, konnten weder Heinz Westphal (SPD) als Parlamentarischer Staatssekretär aus dem Ministerium für Jugend, Familie und Sport, noch CDU-Bundestagsabgeordneter Rollmann, noch die anderen „Sachverständigen“, die drängenden Fragen aus dem Saal zufriedenstellend beantworten. Angesichts der Tatsache, daß die Praktiker der Sozialarbeit im Podium nicht vertreten und somit nicht zu Gehör kamen, mußten sich die im Podium sitzenden Regierungs- und Verbandsvertreter zu Recht nach ihrer Legitimation fragen lassen: „Was habt Ihr in 20 Jahren getan, um die Probleme der Jugend zu lösen?“

Als ein Mitglied der Sozialistischen Aktion aus dem Saal heraus aufgefordert wurde, im Podium Platz zu nehmen, weigerte sich der CDU-Bundestagsabgeordnete Rollmann, weiter zu diskutieren. Der politische Skandal war vollkommen! Die Vertreter von CDU/CSU und Caritas ließen es auf eine lautstarke Konfrontation ankommen, die jedoch dann nicht den für sie erhofften Verlauf nahm. Das „Hearing“ wurde vom Diskussionsleiter rasch abgebrochen. Im Foyer jedoch diskutierten viele Gruppen noch stundenlang um so intensiver. Die „Experten“ aus dem Podium allerdings waren hier nicht mehr zu sehen. . .“

Der 4. Jugendhilfetag hat vielen Sozialarbeitern und weiten Kreisen der Öffentlichkeit neue Einsichten vermittelt. Die Impulse; die von ihm ausgehen, werden ihre Wirkung haben.

Der Aufruf an die Angehörigen aller Sozialisationsberufe, sich zu solidarisieren und sich auf lokaler und überregionaler Ebene zu organisieren, wird nicht ungehört verhallen.

durchsetzen, die den DBJR an den alten gescheiterten Kurs des großkapitalistischen Systems der BRD binden möchten. Diese Jugendverbandsvertreter beharrten nicht nur auf überholten gesellschaftlichen Vorstellungen, sie bemühten sich auch, anti-kommunistische Positionen im DBJR zu verstärken. In der Debatte wurde deutlich, daß sich derartige Verhaltensweisen letztlich gegen alle demokratischen und sozialistischen Kräfte richten.

Zum ersten Mal verurteilte der DBJR auf dieser Sitzung seine „hauseigene NPD“ (wie sie ein Delegierter nannte) – die Deutsche Jugend des Ostens (DJO) – wegen ihrer nationalistischen Provokationen in Kassel. Wolfgang Gehrcke hatte bereits in der Begründung des SDAJ-Aufnahmeantrages erklärt: „Die DJO hat alles getan, die Gespräche in Kassel zu sabotieren. Sie war der aktive Vortrupp des Neonazismus und hat in Kassel im engen Bündnis mit der NPD gewirkt. Die DJO wollte, wie sie durch ihren Bundesvorstand am 14.5.70 erklärt hatte, in Kassel den Ministerpräsidenten der DDR mit Handschellen empfangen. Aus ihren Reihen kamen die Kräfte, die in Kassel u.a. die Staatsfahne der DDR schändeten.“

Unverhohlen gestanden die DJO-Vertreter in der Diskussion des DBJR ein, daß auch sie „Ostpolitik“ betreiben: allerdings in Form von Wühlarbeit in den sozialistischen Ländern. Wühlarbeit, Haßtiraden und Hetze gegen jeden Entspannungsversuch in der BRD, revanchistische Gebietsforderungen gegenüber den Staaten Osteuropas sind Bestandteile einer sich ausbreitenden neofaschistischen Politik in unserem Lande.

Verschiedene Jugendverbandsvertreter stellten fest: Die DJO ist eine schwere Belastung für den DBJR, sie muß ausgeschlossen werden!

Gegen ein Europa der Monopole

Jugendcolloquium der EWG
Von Ulrich Sander

Sie verurteilten die Entwicklungspolitik der EWG-Länder, die „unter dem Primat kapitalistischer Profitinteressen steht“. Sie klagten die USA wegen ihrer „imperialistischen Aktion in Indochina“ und die EWG-Länder wegen ihrer Hilfe bei der Unterdrückung der Völker in Griechenland, Portugal und Spanien an. Kategorisch stellten sie fest: „Ohne die Anerkennung der polnischen Westgrenze und die völkerrechtliche Anerkennung der DDR gibt es keine Friedenspolitik in Europa.“

DBJR: Mehrheit für die SDAJ

Rechtskräfte verhinderten die Aufnahme / Fliegt die „hauseigene NPD“ (DJO) aus dem Jugendring? / Von Hans Jörg Hennecke

Diese 37. Vollversammlung des Bundesjugendrings war nach Einschätzung vieler Delegierter die politischste überhaupt. Fast vier Stunden lang wurde der Aufnahmeantrag der SDAJ diskutiert.

Ebenso wie mehrere andere Delegierte hoben die SDAJ-Vertreter Wolfgang Gehrcke und Peter Bubenberger in der Debatte hervor, daß der DBJR durch Aufnahme der SDAJ nur gewinnen kann, denn zu dem oft beschworenen breiten Spek-

trum verschiedener demokratischer Kräfte der Jugend gehöre auch die SDAJ.

In geheimer Abstimmung sprach sich die Mehrheit der Delegierten (25 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen, 7 Stimmenthaltungen) für die Aufnahme aus. Trotzdem bedeutet das Wahlergebnis eine Ablehnung, da die DBJR-Satzung für die Aufnahme eine Zweidrittelmehrheit vorschreibt. Damit konnte sich wiederum eine zahlenmäßig kleinere Gruppe konservativer Kräfte

Von der übergroßen Mehrheit der 250 Vertreter von 200 Jugendverbänden Westeuropas ist die Rede, die auf einem großen Jugendkolloquium in Brüssel vom 12. bis 14. Juni die Veranstalter des Treffens, die Kommission der Europäischen Gemeinschaften, ins Schwitzen brachten. Hatte EWG-Präsident Jean Rey zu Beginn noch emphatisch ausgerufen: „Europa wird das sein, was die Europäer daraus machen“, hatte er gar die „europäische Dimension“ als Antwort auf die Fragen der kritischen jungen Generation ausgegeben, so setzten Sprecher der sozialistischen und demokratischen Mehrheit sofort ihre Akzente: „Wir wollen nicht eine unpolitische, aus jugendlichem Überschwang rührende Europabegeisterung aufleben lassen.“ (So ein JuSo-Vertreter.) Der Mehrheit ging es darum, dem „Europa der Sechs“, das ein „Europa des Kapitals, nicht aber ein Europa der arbeitenden Menschen ist“ (Plenum-Entschießung), die Kontrolle und Mitbestimmung der Arbeitenden entgegenzusetzen. Daher wurde gefordert: Es sei „sicherzustellen, daß die Vertreter der betroffenen jugendlichen Arbeitnehmer als Sachverständige an der Vorbereitung, Durchführung und Kontrolle der entsprechenden Maßnahmen entscheidend beteiligt sind“. Bei der EWG sollen Ausschüsse von Vertretern der Jugendverbände eingesetzt werden, die unabhängig und autonom bei vollem Informations- und Initiativrecht und bei Selbstverwaltung der bereitzustellenden finanziellen Mittel auf drei Sachgebieten arbeiten: wirtschaftliche und soziale Probleme der Jugend, Ausbildung und Information. Das forderte die Mehrheit und dafür wollen Jungsozialisten, Jungdemokraten, Gewerkschaftsjugend/DGB, Bundesjugendring, Falken, SDAJ und andere Verbände, die in Brüssel vertreten waren, gemeinsam kämpfen.

Ulrich Sander

Kongreß „Jugend gegen Kriegsdienst“

1000 Jugendliche diskutierten in Projektgruppen

Wie wir bereits in der letzten Ausgabe meldeten, berieten Pfingsten 1000 Jugendliche im Essener Saalbau Probleme der Abrüstung. Das Abschlußplenum des Kongresses „Jugend gegen Kriegsdienst“ nahm mit großer Mehrheit eine Erklärung an, die wir hier im Wortlaut veröffentlichen:

Der Kongreß hat in autonomen Projektgruppen über folgende Themen gearbeitet:

1. Kriegsdienstverweigerung und Wehrpflicht
2. Ersatzdienst – Alternativdienst – Friedensdienst
3. Kriegsbild der Zukunft – Der unerfüllbare Auftrag der Bundeswehr
4. Abrüstung und Friedenssicherung
5. Friedensforschung – Möglichkeiten und Grenzen

Die folgende Abschlusserklärung gibt die gemeinsamen Vorstellungen aller Projektgruppen wieder:

„Jede Kriegsdienstverweigerung ist eine politisch relevante Entscheidung. Jedoch genügt die individuelle Verweigerung allein nicht zur Abschaffung der Militärapparate. Deshalb muß jeder Kriegsdienstverweigerer aktiv politisch handeln.“

Die Verwirklichung der Pläne des Verteidigungsministers Helmut Schmidt zur Schaffung einer Berufsarmee, gekoppelt an ein Milizsystem auf Wehrpflichtbasis, ferner die Einberufung auch der beschränkt Tauglichen, würde zu einer verstärkten Aufrüstung und Militarisierung in der Bundesrepublik führen.

Die Bundeswehr ist in keiner denkbaren Kriegssituation in der Lage, den ihr gestellten militärischen Auftrag zu erfüllen. Die Behauptung, Sicherheit durch Abschreckung zu produzieren, ist eine Zwecklüge. Wir fordern deshalb die Abschaffung der Bundeswehr.

Sollte das nicht geschehen, so muß sich der Verdacht verstärken, daß aufgrund der verabschiedeten Notstandsgesetze der Bundeswehr nur die Funktion einer Bürgerkriegsarmee mit dem Auftrag zukommt, die Besitz- und Herrschaftsverhältnisse zu garantieren. Die Öffentlichkeit muß über die damit verbundenen Gefahren aufgeklärt werden.

Die immer stärkere Konzentration des Kapitals in immer weniger Händen bedeutet eine Monopolisierung der Großindu-

strie, insbesondere aber der Rüstungsindustrie. Obwohl militärische Verteidigung nicht mehr möglich ist, wird die Hochrüstung im Interesse des Großkapitals vorangetrieben, wobei der Bevölkerung vorgetäuscht wird, daß dies für ihre Sicherheit notwendig sei.

Mit allen Mitteln versucht das Kapital, insbesondere durch Massenmedien und Erziehung, die eigenen Profitinteressen als Interessen des Gemeinwohls hinzustellen. Die SPD/FDP-Regierung hat bisher noch keinen Schritt unternommen, um die Macht des Monopolkapitals zurückzudrängen.

Die Bundesrepublik muß abrüsten, um die allgemeine Abrüstung einzuleiten. Die Konzeption des gewaltfreien Kampfes zur Lösung zwischenstaatlicher Konflikte soll erforscht werden.

Der Kongreß fordert die Abschaffung des Anerkennungsverfahrens für alle Kriegsdienstverweigerer, weil dieses Verfahren das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen zu einem Ausnahmerecht degradiert und den Kriegsdienstgegner diskriminiert.

Der Kongreß fordert, daß das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in allen Staaten gesetzlich verankert und von den Vereinten Nationen in den Katalog der allgemeinen Menschenrechte aufgenommen wird. Er fordert die sofortige Freilassung der inhaftierten Kriegsdienstgegner.

Der Zivile Ersatzdienst ist unbrauchbar. Notwendig ist die Selbstorganisation der Ersatzdienstleistenden und die Verwirklichung eines Friedensdienstes, der Veränderungen der Gesellschaft bewirkt. Für beides hat der Kongreß konkrete Modelle entwickelt.

Friedensforschung darf nicht der Stabilisierung der Abschreckungssysteme dienen. Sie muß sich auf die Überwindung „organisierter Friedlosigkeit“ und auf die Entwicklung von Handlungsmodellen für nichtmilitärische Konfliktlösungen konzentrieren.

Der Kongreß beschließt, ein Komitee JUGEND GEGEN KRIEGSDIENST zu bilden mit dem Ziel, die Arbeit aller Kriegsdienstgegner zu koordinieren und Kontakt zu antimilitaristischen Gruppen im In- und Ausland aufzunehmen, um die hier erhobenen Forderungen in die Tat umzusetzen.“

Agltprop auf Pläne-Platten

Dieter Süverkrüp

**Die widerborstigen
Gesänge
S 22302**

Mikis Theodorakis

**Ich bin die Front,
Ich rufe zum Kampf!
S 55110**

Magazin

Nazis raus!

Ob in Stiefel (NPD)
oder Frack
(Deutschland-Stiftung)

Von Berthold Schmidt

„Ob im Stiefel oder Frack — es ist das gleiche Nazi-Pack!“ So tönte es den Biedermännern der „Deutschland-Stiftung e. V.“ entgegen, die am 23. Mai zum Hambacher Schloß gekommen waren. Sie wollten ihre verdienten Propagandisten für Völkerhetze und Blut- und Boden-Ideologie auszeichnen — mit dem „Konrad-Adenauer-Preis.“

Als Ort für ihre kultische Handlung wählten sie das Hambacher Schloß. Das war für die pfälzischen Demokraten eine Provokation. 1832 standen vor diesem Schloß Handwerker und Bauern, um gemeinsam ihren Willen nach Freiheit von fürstlicher Unterjochung zu bekunden. So wurde das Hambacher Schloß schon früh eine Traditionsstätte für deutsche Demokraten — die nun durch die braunen Herren beschmutzt werden sollte.

Ein breites Bündnis von Jugendorganisationen hatte sich zum Protest gegen diese Provokation zusammengefunden: Jungsozialisten, SDAJ, Naturfreundejugend, IG Metall-Jugend, Jungdemokraten, SHB die Allgemeinen Studentenausschüsse von Mainz und Landau. Die Bürgerinitiative gegen Neofaschismus brachte eine Dokumentation heraus, in



der die reaktionär-faschistische Gesinnung der Deutschland-Stiftung nachgewiesen wurde. Doch die Herren von der Deutschland-Stiftung wollten die Entlarvung ihrer Gesinnung verhindern. Mit einer einstweiligen Verfügung ließen sie die Verbreitung der Dokumentation unterbinden. Und hier die Preisträger:

■ Prof. Pasqual Jordan. Er, der einzige deutsche Wissenschaftler, der Hitler seine Hilfe für den Bau einer Atombombe anbot. 1935 schrieb Jordan: „Der Krieg ist das vornehmste Mittel zur Schaffung objektiver historischer Tatsachen.“

■ Winfried Martini. Er ist in der Agentenkartei des Spionageapparates des SS-Amtes IV verzeichnet. 1958 gründete er den „Deutschen Kreis“ zur geistigen Offensive gegen den Osten.

■ Manfred Hausmann. In der Nazi-Wochenzeitschrift „Das Reich“ schrieb er 1940: „Im Deutschland von 1940 gehört

das Buch zum Schwert und das Schwert zum Buch, gehört der Dichter zum Soldaten und der Soldat zum Dichter.“ 1955 trat er aus der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung aus, weil der antifaschistische Schriftsteller Thomas Mann als Ehrenmitglied aufgenommen wurde.

Auf der Kundgebung der Demokraten, die vor den Toren des Schlosses stattfinden mußte, wies Dr. Robert Steigerwald von der Marxistischen Arbeiter-Bildung darauf hin, daß die Herren der Deutschlandstiftung einem neuen Faschismus als Wegbereiter dienen.

Nach der Demonstration waren alle Bündnispartner sich darin einig, daß dieses Bündnis der Demokraten weiterhin eine Notwendigkeit ist. In Hambach wurde erneut bewiesen: Es ist möglich, die Demagogie der Rechten zu entlarven und ihren Einfluß in der Bundesrepublik zurückzudrängen. ■

Cabora Bassa

Ein Projekt des Neokolonialismus

Von Wolfgang Bartels

320 Meter lang und 170 Meter hoch: das sind die Maße eines Staudamms, der den Sambesi zu einem 250 km langen und 30 km breiten See aufstauen soll, sechsmal so groß wie der Bodensee.

Dieses Projekt soll in Mocambique, einer portugiesischen Kolonie in Südafrika, verwirklicht werden. Portugals neuer Diktator Caetano hat mit dem Bau den Firmenzusammenschluß ZAMCO beauftragt. ZAMCO wird angeführt vom südafrikanischen Konzern ITA Limited. Auch mit Darlehen ist die südafrikanische Regierung eingestiegen. Südafrika und sein enger Freund, das Rassistensystem von Rhodesien, sind am billigen Strom interessiert, den das Kraftwerk am Cabora Bassa produzieren soll.

Außerdem wird durch den Staudamm der Abbau der reichen Bodenschätze (Kokskohle, Mangan, Kupfer, Nickel usw.) möglich. Und hier treffen sich Portugals und Südafrikas Interessen mit denen der Regierungen der anderen Bauherren: Frankreich und die Bun-

desrepublik. Siemens, AEG — Telefunken, BBC, Hochtief und Voith GmbH versprechen sich ein großes Geschäft.

Auf ein anderes Ziel, das Portugal mit Cabora Bassa verfolgt, weist der belgische Abgeordnete Ernest Glinné hin: „Die dem Projekt von Cabora Bassa zugrunde liegenden Interessen lassen sich übrigens aus einer Reihe von Erklärungen ablesen, denen zufolge einige hunderttausend europäische Siedler in Kürze in den Gebieten ansässig gemacht werden sollen, die mit Hilfe des Staudamms erschlossen werden. Während Mocambique heute 100 000 europäische Einwohner zählt, dürfte die Zahl der Einwanderer gegen Ende des Jahrhunderts eine Million erreichen! Es erübrigt sich, die Art der Rolle zu unterstreichen, die diese Einwanderer zwangsläufig spielen würden, die sich zum größten Teil aus der europäischen Konsumgesellschaft rekrutieren würden und die das südliche Afrika als „Grenzland“ in einem strategisch wichtigen Gebiet ansiedeln würde: bei ihrer Bodenverbundenheit und mit ihren billigen Arbeitskräften wären sie überzeugt von der Berechtigung ihrer Vorrechte und würden die Grundlage und die Manövriermasse südafrikanischer und kolonialer Interessen sowie die bequeme Abschirmung der großen Gesellschaft und internationalen Banken bilden, die trotz des Widerwillens des ehrlichen Menschen des XX. Jahrhunderts gegen die Apartheid und kolonialistische Mißbräuche an dem Programm mitwirken ...



Der Staatspräsident von Sambia legte nicht nur im eigenen Namen, sondern auch im Auftrag zahlreicher anderer afrikanischer Staaten Protest gegen das neokolonialistische Projekt „Cabora Bassa“ ein. Bei seinem kürzlichen Besuch in der Bundesrepublik appellierte er auch an Bundeskanzler Brandt — jedoch ohne Erfolg.



Hier soll nach den Plänen der portugiesischen Kolonialisten der Cabora-Bassa-Staudamm entstehen.

Nebenbei sei bemerkt, mit welcher Hartnäckigkeit die südafrikanische Union solche kolonialistischen Ansiedlungspläne außerhalb ihrer eigenen Grenze unterstützt und fördert: in gleicher Weise verfährt sie im Gebiet des Kunene-Flusses im Norden Namibias, dem ehemaligen Süd-West-Afrika, das Pretoria als sein eigenes Gebiet und als privilegierte Zone betrachtet, in das die Apartheid hineingetragen werden soll ...“

Die Befreiungsfront von Mocambique, FRELIMO, und die unabhängigen afrikanischen Staaten sind angetreten, das kolonialistische Projekt Cabora Bassa zu verhindern, das nur der „Konsolidierung der Macht der weißen Minderheiten im südlichen Afrika“ dient. Der inzwischen ermordete FRELIMO-Führer Eduardo Mondlane, faßte die Befürchtungen der afrikanischen Befreiungsbewegung zusammen: „Wenn wir den Staudamm nicht zerstören, wird er uns für immer zerstören, und das weiße, rassistische Afrika wird die Partie endgültig gewonnen haben.“

Die demokratische Öffentlichkeit in Europa unterstützt die Befreiungsbewegung Afrikas. In Schweden und Italien konnte schon die Aufgabe der Unterstützung des Projektes er-

zwungen werden. Auch in der Bundesrepublik wird man aktiv. Besonders haben Heidelberger Studenten die Initiative ergriffen. Sie wenden sich vor allem an die Gewerkschaften: „Eingedenk der hohen gewerkschaftlichen Ideale vergangener Jahrzehnte fordern wir die Gewerkschaften und Betriebsräte auf, in Solidarität mit der unterdrückten schwarzen Bevölkerung von Mocambique Maßnahmen gegen die Firmen Siemens, AEG — Telefunken, BBC, Voith und Hochtief zu ergreifen.“

Die FRELIMO hat sich in einem Brief an Bundeskanzler Brandt gewandt: „Wir bitten Sie, Ihre ganze Politik der Kolonialmacht Portugal gegenüber zu überprüfen. Es ist höchste Zeit, der Allianz zwischen dem faschistischen Portugal und Ihrem Land — einer Allianz, die begann, als die portugiesische Regierung nach Hitlers Tod die Flaggen auf halbmast setzte — ein Ende zu machen. Es ist Zeit, daß Ihre Regierung aufhört, die tragische Rolle des ergebenen Dieners und gierigen Investors in rassistischen Minderheitsregimes zu spielen. Es ist Zeit, daß sich die Deutsche Mark, daß sich die Deutsche Finanzmarkt aufgewertet haben, nicht mehr mit Blut und Leid befleckt.“

Selbst Major Rudel weinte

Wie „NEUE WELT“ deutsche Soldaten-tradition pflegt

Von Bert Holt

„Die Truppe“, klagte General Schnez, „ist weithin zur Geschichtslosigkeit verurteilt und ohne verpflichtendes Traditionsbewußtsein“. Solch bedauerlichen Mangel müht sich seit etlichen Monaten die „NEUE WELT“ abzustellen durch Erinnerungen an eine große deutsche Zeit, als „der Marschtritt der siegreichen deutschen Regimenter“ unter anderem auch „in Paris dröhnte“. Man möchte kaum glauben, daß gerade das — mit 974 000 Druckauflage — fünfstärkste Mitglied der bundesdeutschen Regenbogenpresse („Jackie liebt wieder einen Kenedy!“) aufopferungsvoll deutsche Soldatentradition pflegt, würde man nicht schwarz auf weiß vom „Erfolg unserer Truppen“ le-

sen, an dem die Luftwaffe „durch ihre Schlagkraft“ einen „besonderen Anteil“ hatte. Ob sie nun zu „unserer ruhmreichen 6. Armee“ zählten oder nicht: Sie alle berichteten spannend, was denen entging, die nie einen Krieg erleben durften. Denn es war eine abenteuerliche Zeit, damals, als die Nächte „tobsüchtig“ waren, als Bomben leider „vorbeigeigt“ wurden und Flak-Feuer „peitschte“, als „die blaffenden Flammenlanzen und die brennenden Panzer“ deutlich „unsere Wirksamkeit“ zeigten.

Junge, Junge, da war was los! Da „droschen die Eisenhämmer der Flak“, der Deutschen, auf die „Stahlkolosse“ der „Iwans“, ein „Stahlorkan“ ging nieder, und man hörte das „Rabamm — rabamm!“ — „Zwei harte trockene Einschläge bei der Pak“. Es „ballerte der Drei-Sieben-Vierling los“ und feindliche Stationen wurden „zur Minna gemacht“. Überhaupt: „Das Furioso der fallenden Bomben, der krachenden Einschläge und das Prasseln der Flammen war genau „wie im Kino“. Auch wenn der Film manchem, zugegeben, „ganz schön an die Nieren gegangen“ ist.

Denn schließlich: Auch „Schreie wehten durch das Getöse“, das soll nicht unerwähnt bleiben. Und wenn auch Stalingrad „geschafft“ wird: Es ist schließlich die Stadt, die später „das Blut vieler Kameraden getrunken hatte“ und irgendwelcher anderen Leute wohl

auch noch ein bißchen. Aber der Tod von „Tommys“ oder „Iwans“ bleibt für einen echten deutschen Soldaten natürlich etwas Sächliches, Nebensächliches: Irgendwo sinkt ein Boot „sehr schnell und es kam kein Mann der Besatzung heraus“, und während hier „viele Kameraden starben“, werden dort einfach feindliche „Maschinen gerammt“ ... Da wird „die Straße freigefegt“, wenn auch „die Waffe bockte und stieß“; man beobachtet interessiert „die leuchtenden Feuerstöße, die den Gegner erreichten und die Reihen auseinanderprengten“. Und ein andermal waren da die Amerikaner: Die — eigene Dummheit — „liefen mitten in unser MG-Feuer hinein und fielen der Reihe nach“.

Manch einer wurde gar „von einem MG durchsiebt“, für einen andern kam eine Granate geflogen und „stanzte ein Loch durch ihn hindurch“. Kein Wunder, daß es da manchen „hart durchzuckte“. Man denke nur, wie „unser General Hartmann“ starb, der ein Vorbild sein sollte für die Soldaten von heute. Er nämlich „wollte den Untergang seiner 71. Division nicht überleben“. Also stürzte er nach vorn und „eine MG-Salve mähte ihn in der Mitte durch“. Gemeinhin allerdings kämpfte ein deutscher Soldat selbstverständlich bis zum letzten Blutstropfen: Die einen hatten sich „als Kamikazeflieger ... auf die feindlichen Bomberpuls gestürzt“, der andere hatte seinen Schwur „gehalten und einen Feindbomber gerammt“. Aufgeben gilt nicht, denn „was sollte Hauptmann Widmaier denken, der mich bei Osimo auf dem Rückzug kürzlich aus dem Dreck geholt hatte?!“ Und wem dennoch Zweifel kamen — trotz Schwur und der Möglichkeit, daß Vorgesetzte schlecht über ihn denken könnten — für den blieb eine Hoffnung: „Meint ihr denn, die Kameraden ließen uns im Stich? — Sie ließen uns nicht im Stich.“ Sie hielten durch, natürlich. Und als es vorbei war, „in einer stillen Minute“, da „hoben wir unser Glas und Helms sagte: „Auf die ‚Tirpitz‘ und auf unsere toten Kameraden!“ Edle Regungen, gewiß. Doch an den meisten stahlharten Kerlen ging der Krieg nicht ohne Wirkung vorüber: Ihnen wird heute „noch ganz komisch in der Magengegend“, wenn sie zurückdenken. So ein richtig angenehmes Kribbeln wahrscheinlich. ■

Beat-Club schockt und provoziert

Der kritische Stil erregt die Gemüter

Von Ronald Sommer

Die Beat-Club-Fans haben es inzwischen gemerkt: die beliebte Fernsehsendung aus Bremen, gemeinsam mit dem WDR produziert, ist umfunktioniert worden.

Als Pop-Revolutionär betätigte sich Regisseur „Mike“ Leckebusch. Er hat den Beat-Club zu einer harten Sendung gemacht: politisch, sozialkritisch, musikalisch, anspruchsvoll. Progressive Gruppen wie Pink Floyd, Nice und Steppenwolf geben dem Pop-Programm einen revolutionären Sound. Doch die explosive Mischung aus Pop und Politik, Schock- und Undergroundmusik ruft nicht immer Begeisterung hervor.

Das geht aus zahlreichen Briefen hervor. Radio Bremen stellt dazu ironisch fest: „Verständnis, Eingehen auf den anderen, Fairness und Anstand sprechen aus manchen Zuschriften, die uns erreichen.“ Hier nun eine kleine Auswahl dieser Blütenlese:

„... Bestellen Sie Herrn Leckebusch, er soll mit seiner verdammten Bande im Konzentrationslager verrecken ...“

„... wenn er nicht bald damit aufhört, dann wird eine Bombe gelegt, und dann wissen Sie, wer es war ...“

„... innerhalb der nächsten acht Tage fliegt Ihr Beat-Club-Sender in die Luft! Heil Hitler, ihr schmierigen Vaterlandsverräter ...“

„... Mist! Müßte verboten werden. Schlimmer als Sex. Tiefer geht's nicht mehr! Armes Deutschland! ...“

Bleibt zu hoffen, daß die geschockten Bildschirmkonsumenten keine jungen Leute sind. Übrigens: Nationalbewußte deutsche Untertanen dürfen den Fernseher abschalten. Der Knopf befindet sich meistens rechts. ■

Wir von der 3. Gebirgsdivision waren im April 1940 auf mehreren Zerstörern der Kriegsmarine an der Ostküste von Norwegen eingesetzt.

Ich kam durch Landsler erzählen vom Zweiten Weltkrieg



General Dietl steckt Gebirgsjägern nach den Schrecken von Narvik das EK an

General Dietl war in Narvik unsere Rettung

„Guten Erfolg, Männer!“ sagte Dietl, und wir gaben ihm Schutz von allen Seiten, falls es knallen sollte.

Aber die Norweger hatten mit unserer Landung in Narvik nicht gerechnet. Es knallte nicht. Wir kamen ungehindert zur Bahnunterführung, wo uns der deutsche Kommandant erwartete. Der führte unsere Gruppe zur Wohnung von Oberst Sundlo, der das 13. norwegische Regiment kommandierte.

Dietl ging mit seiner Begleitung ins Haus.

„Wird der Oberst von uns kapitulieren?“ fragte mich der Huber Lotz.

Trampen in Polen

Autostop staatlich gefördert

Von H. Joachim Orth

Die wohl abenteuerlichste und zugleich auch billigste Form individuell und trotzdem offiziell zu reisen, ist jene des „Autostop“ in Polen, die jedoch nicht nur der Jugend vorbehalten ist.

Mit „Autostop“ machte man in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre in Polen aus der Not eine Tugend. Diese Form legalisierten Trampens, vor allem für junge Menschen, wurde in der Redaktion der Jugend-Illustrierten „Dookola Swiat“ (Um die Welt) geboren. Mit der „Autostop“-Aktion wollte man einen neuen Reise-Stil schaffen, der den Wünschen der Jugend entgegenkam und der für eine Handvoll Zlotys das Kennenlernen des Landes ermöglichte.

Wie sieht nun das System aus, das heute jedes Kind in Polen kennt und von dem mittlerweile viele hunderttausend, meist taschengeldarme junge Menschen begeistert Gebrauch machen? Wer als legalisierter Anhalter in die Ferien reisen möchte, geht zum nächstgelegenen Büro der PTTK, der Polnischen Gesellschaft für Touristik und Landeskunde. Dort erhält der junge Mann oder das junge Mädchen — guter Leumund ist Voraussetzung — gegen eine geringe Gebühr ein „Autostop“-Heftchen. Außerdem gibt es Reisebons und eine große Straßenkarte, die auf ihrer Rückseite auch City-Skizzen mit den Ausfallstraßen zeigt —, damit man weiß, wo man sich als Anhalter placieren kann. Interessant ist auch, daß diese farbigen Karten viersprachig (Polnisch, Englisch, Deutsch und Russisch) gedruckt werden.

Wer ein grünes „Autostop“-Büchlein besitzt und es am Straßenrand hochhält, kann damit rechnen, schon bald mitgenommen zu werden; denn der jeweilige Kraftfahrer, der während der Fahrt das Büchlein in Verwahr nimmt, weiß, daß er keinen jungen Rowdy oder Dieb vor sich hat; zudem ist er versichert — auch

gegen Unfälle, gleich wie diese entstehen.

Aber noch eins macht für den Fahrer die Mitnahme junger Menschen begehrenswert: Der junge Autostopper führt auch Kilometerschecks mit sich, die er bei Verlassen des Fahrzeugs — mit Datum und Unterschrift versehen — dem Kraftfahrer der mitgenommenen Strecke entsprechend überreicht. (Bücher und Schecks sind natürlich nummeriert. Kilometer-Bons gibt es für eine Gesamtstrecke bis zu 2000 km.)

Kraftfahrer sind scharf auf die Schecks, weil sie mit diesen auch an Verlosungen teilnehmen können, bei denen u. a. auch Kraftfahrzeuge, Fernsehempfänger, Taschenradios und andere Sachpreise als Gewinne winken. Kraftfahrer, die Schüler, Studenten oder junge Lehrlinge, Arbeiter oder Angestellte mitnehmen, dürfen also nicht nur deren Dank entgegennehmen; sie erhalten also selbst die Chance, „das große Los“ zu ziehen. Es gibt sogar zwei Wettbewerbe — einen Wettbewerb, bei dem diejenigen Fahrer Gewinne einstreichen, die die meisten Kilometer-Bons eingesandt haben —, meist

handelt es sich um Berufsfahrer, um die „Kapitäne der Landstraßen“ —, und einen zweiten Wettbewerb, an dem jeder Einsender, gleich ob er einen oder viele Kilometer-Bons vorweist, ebenfalls das „Große Los“ zu ziehen vermag.

Dem Ehrenpräsidium des ungewöhnlichen „Reiseunternehmens“ steht als Präsident Henryk Galecki vom Polnischen Automobilclub vor; Vizepräsidenten sind Irena Windholz vom Polnischen Rundfunk und Zbigniew Gajewski von der Transportarbeitergewerkschaft; Sekretär ist Michal Terlak vom „Büro Autostop PTTK“.

Als „Vater des Autostop“ hat sich in Polen der Mediziner Dr. Aleksander Melech ausgewiesen, der noch im Alter von 83 Jahren als „Autostop“-Tramper auf die Walze gegangen ist — um die Westgebiete des Landes kennenzulernen. Dr. Melech war allerdings kein Anfänger. Er hatte bereits als Achtzehnjähriger im zaristischen Rußland mit dem Anhalter-Reisen begonnen und im Jahre 1923 schon die 5000-km-Strecke Halifax — Vancouver auf diese Weise bereist.

Witz des Monats

In einem Städtchen am Rande der Sahara bemüht sich ein Europäer, ein Kamel für einen Ritt durch die Wüste zu kaufen.

„Tut mir leid“, erklärt Kamelhändler Achmed, „das letzte 120er Kamel habe ich gerade verkauft. Ich habe nur noch 100er. Versuchen Sie es doch mal bei Mustafa.“

Der Tourist sucht Mustafa auf, doch auch er verfügt nur noch über 100er Kamel. Als ihm beim dritten Händler dasselbe widerfährt, wird er ungeduldig. „Jetzt ist mir das doch völlig egal. Geben Sie mir eins von Ihren Kamelen.“

„Bitte, wie Sie meinen“, lautet die gleichmütige Antwort. Unser Freund reitet also los. Doch nach langem Ritt, mitten in der Sahara, unter mörderischer Hitze, bricht das Kamel tot zusammen. Zu seinem Glück entdeckt der Tourist in der Ferne eine vorüberziehende Karawane, die er auf sich aufmerksam machen kann.

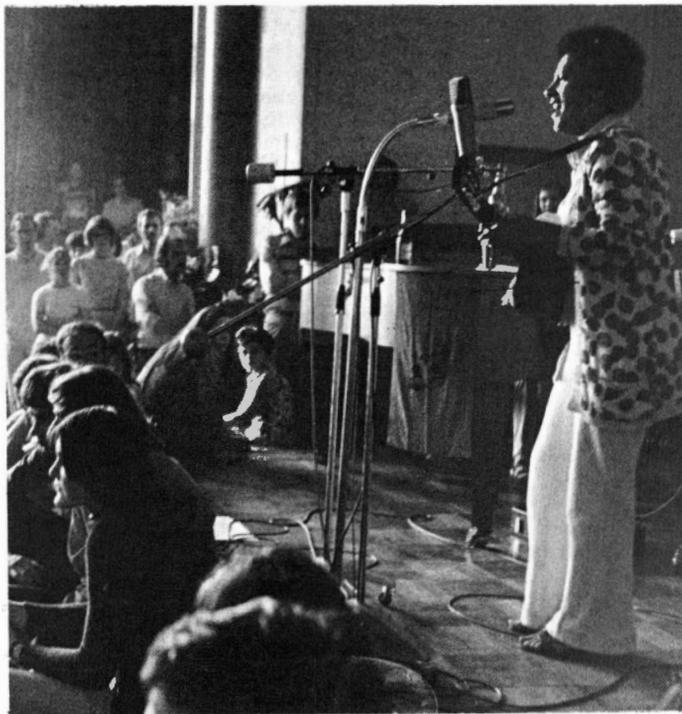
„Bitte, nehmen Sie mich mit, mein Kamel ist verendet.“

„Ja, selbstverständlich, wir nehmen Sie mit. Aber ich muß Ihnen sagen, das ist auch bodenloser Leichtsinn. Mit einem 100er Kamel in die Wüste zu reiten. — Sie hätten es wenigstens aufziegeln können!“

„Lieber Mann, jetzt habe ich aber genug 100er Kamel, 120er Kamel, nicht aufgeziegelt, was soll das alles!“

„Das ist ganz einfach. Ein 100er Kamel kann vor Antritt einer Reise 100 l Wasser saufen, ein 120er 120 l. Je mehr Wasser ein Kamel säuft, desto länger kann es laufen. Ein 120er schafft es durch die Wüste, ein 100er nicht. Es sei denn, Sie ziegeln es auf. Das geht so: Wenn das Kamel vor Reisebeginn an der Tränke säuft, lassen Sie einen Ziegelstein glühend heiß werden. Sie schleichen sich von hinten an das Kamel heran, warten, bis es mit dem Saufen fertig ist, und dann ticken Sie es mit dem Ziegelstein an. Vor Schreck schlingt das Kamel noch einen großen Schuß Wasser hinein. Dann hat es auch 120 l drin.“

(Eingesandt von Frank Regulski aus Essen. — Jeder hier veröffentlichte Witz wird mit 10.— DM prämiert.)



„Rot sehen kann jeder . . . hören Sie mal rot!“ Das war das Motto eines Arbeiterlieder-Festivals des Pläne-Verlages im Essener Saalbau. Linke Künstler sangen im überfüllten Saal alte und neue Arbeiterlieder. Von der Veranstaltung wurde ein Mitschnitt gemacht. Die Aufnahme wird im August unter dem Titel „Deutsche Arbeiterlieder“ im Pläne-Verlag erscheinen.



**OR
WO
Film**

**Sie haben eins gemeinsam: SIE STEHEN MIT ORWO-FILMEN AUF DU UND DU
So unterschiedlich Ihre fotografischen Absichten und Aufgaben sind, sie wählen
Immer wieder ORWO-Filme.**

**Dafür gibt es einen einfachen Grund: ORWO-Schwarzweiß- und
ORWOCOLOR-Filme sind stets zuverlässig.**

**Sie entsprechen den Anforderungen moderner Fotografie. Nutzen Sie diese
tausendfach bestätigte Erfahrung. Wählen Sie für Ihre Aufnahmen ORWO-FILME!**

VEB FILMFABRIK WOLFEN Deutsche Demokratische Republik

„Ausverkauf bei Springer!“ So oder ähnlich lauteten die Schlagzeilen Anfang des Jahres. Erst die Gründung einer Aktiengesellschaft, dann der Verkauf eines Drittels der Aktien: es schien so, als ob Springer seine Machtfülle über die Zeitungen und Zeitschriften in der Bundesrepublik aufgeben wollte. Hatte die Kampagne „Enteignet Springer!“ zu einem Erfolg – wenn auch einem kleinen – geführt? Es blieb bei dem Schein. Wir wollen versuchen, den Schleier zu lüften, hinter dem Springer glaubt, sein Werk fortsetzen zu können.

GRIFF NACH NOCH MEHR MACHT

Macht und Programm des Presse-Cäsars

52 Wochen hat ein Jahr. Erst die Hälfte des Jahres 1970 ist vorüber. Doch diese sechs Monate erbrachten eine Fülle an Fakten und Beweisen für eine überaus gefährliche Entwicklung. Der bundesdeutsche Presse- und Meinungsmagnat Nr. 1, der Hamburger Großverleger Axel Cäsar Springer, steuert sein Imperium auf den Kurs unablässiger Machtausweitung und verschärfter Expansion.

Das ist sein Programm:

„Ich war mir seit Kriegsende darüber im klaren, daß der deutsche Leser eines auf keinen Fall wollte, nämlich nachdenken. Und darauf habe ich meine Zeitungen eingestellt.“

„Heute tue ich mein Bestes, um eine ‚Beschwichtigung‘ des Kommunismus zu verhüten. Das ist, in aller Kürze, was mich in Bewegung hält.“

„Mein Geschäft besteht im Niederreißen von Mauern zwischen den Menschen.“

Und so sieht Axel Cäsar Springer sich selbst und sein Imperium:

„Ich glaube, es hat immer Zeitungshäuser gegeben, die Epochen begleitet haben. . . Heute würde ich sagen, daß das Haus Springer zu den Symbolfiguren der Bundesrepublik gehört.“

Gilt das auch noch anno 1970? –

Manche Gutgläubige wänten, mit der Bildung der SPD/FDP-Regierung Brandt/Scheel in Bonn habe sich ein Machtwechsel angebahnt. Eine trügerische Illusion. Diejenigen, die dem Springer aus Altona zu seinem Sprung auf die Gipfelhöhen bundesdeutscher Meinungsmache verhalfen, die Abs und Krupp, die Beitz und Blessing, die Herren der Banken und Industriemonopole, sie halten nach wie vor die Kommandohöhen der Wirtschaft und der Politik besetzt. Sie büßten nicht das geringste Quentchen an Macht ein. Ihr Schützling und Partner, der Presse-Cäsar in Hamburgs Kaiser-Wilhelm-Straße, behauptete nicht minder seine einzigartige, unvergleichliche Macht:



Die ganze Kumpanei: Springer im Kreise seiner trauten Freunde von der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände.

die Macht über das Denken und Fühlen von Millionen Menschen;
 die Macht, tagtäglich ungestraft in einem halben Dutzend Millionen Zeitungsexemplaren hetzen und lügen, aufputzen und anstacheln, verleumden und manipulieren zu können;
 die Macht, ein ganzes Volk „dumm wie die Hühner und blutdürstig wie Wölfe“ zu machen.

Damit nicht genug, schickte sich die gesellschaftliche Symbolfigur Axel Cäsar Springer an, seine diktatorische Verfügungsgewalt über die Instrumente öffentlicher Meinungsbildung und -verbildung auszubauen und zu befestigen in einem Maße wie nie zuvor. Eine neue Phase der Machtausweitung des Springer-Konzerns – zugeschnitten auf die siebziger Jahre – wurde eingeleitet. Sie begann am letzten Tage des Jahres 1969. . .

Die Gründung der Einmann-AG

Am Silvestertag des Jahres 1969 erschien in westdeutschen Zeitungen eine Verlautbarung des Verlagshauses Axel Cäsar Springer, deren erster Absatz wie folgt lautete:

„Mit Wirkung vom 1. Januar 1970 wird der Verleger Axel Springer die gesamten Gesellschaften seiner Unternehmensgruppe, bestehend unter anderem aus den Firmen Axel Springer & Sohn, Hamerich & Lesser, Ullstein GmbH, Verlag Ullstein GmbH (Buchverlag), die Welt Verlagsgesellschaft mbH, in eine Aktiengesellschaft eingliedern, die den Namen Axel Springer Verlag Aktiengesellschaft führen wird.“

Axel Springer begründete am Neujahrstag des Jahres 1970 die Axel Springer Verlag AG.

Axel Springer wies sich als alleiniger Aktionär aus.

Axel Springer ernannte sich zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates, bestimmte die übrigen Mitglieder und berief den Vorstand. Sein Generaldirektor Peter Tamm

verkündete: „In dem Aufsichtsrat sitzen keine Arbeitnehmervertreter.“

Axel Springer ließ schließlich die Umwandlung seines Imperiums in die Einmann-AG wie folgt begründen:

„Mit der Umwandlung in eine Aktiengesellschaft trägt Axel Springer der Tatsache Rechnung, daß die Gesamtheit seiner Unternehmungen eine Größe erreicht hat, die eine breit ausgelegte Verantwortung und eine Transparenz des Firmengeschehens gerechtfertigt erscheinen läßt.“

Bei der Umwandlung zeigte sich, wie umfangreich und verschachtelt der Konzern durch Neugründungen, Zuerwerb von Unternehmen und Firmenmäntel ohne Geschäftsbereich geworden war:

„Notar Dr. Hans-Joachim Rust mußte zur Begründung der AG an die hundert Einzelurkunden verlesen“, hieß es in einem Pressebericht.

Deutlich wurden das Ausmaß und die Einzigartigkeit einer hochkonzentrierten, für systematische Volksverdummung eingesetzten publizistischen Macht. In seine Einmann-AG brachte Springer – neben Großdruckereien, Buchverlagen, Reisebüros und zahlreichen anderen Betrieben – folgende Zeitungen und Zeitschriften ein:

Titel	Verkaufsauflage per 31.12.69
Bild-Zeitung	3 910 756
BZ, Westberlin	324 643
Hamburger Abendblatt	296 012
Berliner Morgenpost	226 627
Die Welt	225 085
Bild am Sonntag	2 364 096
Welt am Sonntag	345 252
Hör zu!	4 005 956
Funk-Uhr	1 117 468

Hinter diesen Angaben verbirgt sich die Herrschaft über nahezu ein Drittel des gesamten Marktes an Tageszeitungen in der Bundesrepublik und Westberlin, die fast völlige Beherrschung des Marktes überregional verbreiteter Zeitungen und Sonntagsblätter, die Vormachtstellung auf den lokalen Zeitungsmärkten in Hamburg und Westberlin.

Hinter diesen Angaben verbirgt sich, daß rund 20 Millionen Bundesbürger und Westberliner, mehr als die Hälfte der wahlberechtigten Bevölkerung, ihre Informationen und ihr Weltbild aus Publikationen des Konzerns Springer beziehen.

Hinter diesen Angaben verbirgt sich ein Mammut-Unternehmen der Bewußtseinsindustrie mit mehr als 12 000 Beschäftigten, mit fast einer Milliarde DM Jahresumsatz, mit 120 Millionen DM Jahresgewinn, die in die Taschen des Alleinaktionärs Axel Cäsar Springer fließen.

Nicht minder deutlich wurde das politische Programm. In die Satzung seiner AG baute Springer „vier Grenzpflocke“ seiner Hausideologie ein, die er schon früher zur verbindlichen Richtschnur erklärt hatte:

- „Unbedingtes Eintreten für die Wiederherstellung der deutschen Einheit“ – mithin: Annexion der sozialistischen DDR durch die imperialistische Bundesrepublik;
- „Ausöhnung zwischen Deutschen und Juden. Hierzu gehört auch die Unterstützung der Lebensrechte des israelischen Volkes“ – mithin: unbedingte Komplizenschaft mit dem Aggressor gegen die arabischen Völker, der imperialistischen Speerspitze Israel;
- „Ablehnung jeglicher Art von politischem Totalitarismus“ – mithin: Festhalten am bornierten Antikommunismus;
- „Bejahung der sozialen Marktwirtschaft“ – mithin: der Herrschaft der Monopole und des Systems kapitalistischer Ausbeutung.

Dieses durch und durch reaktionäre und friedensbedrohende Konzept legt den politischen Kurs des Imperiums auch für die Zukunft fest. Es bindet gleichermaßen die Beschäftigten wie die künftigen Partner Springers. Es bildet die Grundlage für die Expansion in neue Bereiche der Massenbeeinflussung. Denn, so hieß es in der Gründungsverlautbarung der Springer-AG: Es solle

„ein Instrument geschaffen werden, das unter Sicherung der unternehmerischen

Kontinuität Gewähr für die Bewältigung neuer großer Aufgaben bietet, die insbesondere auf dem Gebiet der audiovisuellen Kommunikationsmittel liegen. In diesem Zusammenhang will sich die Gesellschaft schon alsbald eine maßgebliche Beteiligung an Produktionsstätten und Ateliergesellschaften sichern, die eine umfassende Betätigung... auch auf dem Sektor der Filmherstellung für elektronische Kommunikation (Fernsehen und Kassettenfernsehen) ermöglichen.“

Der Griff nach dem Fernsehen

Seit Jahren ist der Springer-Konzern bemüht, seinen Einflußbereich auf das Fernsehen auszudehnen. Seine wiederholten Versuche, in den öffentlich-rechtlichen Funk- und Fernsehanstalten Fuß zu fassen, scheiterten jedoch. Nun endlich, im Januar 1970, sollte der wohlvorbereitete große Coup zum Erfolg führen.

Springers Angriffsobjekt: die größte Produktionsstätte für Film und Fernsehen, Studio Hamburg Atelierbetriebsgesellschaft mbH. Sie gehört zu 80 Prozent dem Norddeutschen Werbefernsehen, einer Tochtergesellschaft der öffentlich-rechtlichen Anstalten Norddeutscher Rundfunk (NDR) und Radio Bremen, und zu 20 Prozent dem Filmkaufmann Gyuala Trebitsch.

Springers Absicht: Für einen Preis von 24 Millionen will er 45 Prozent des Aktienkapitals der Studio Hamburg GmbH erwerben und damit maßgebenden Einfluß auf die Produktion des ARD-Fernsehens und des ZDF erlangen. Studio Hamburg ist mit beiden Fernsehprogrammen durch langfristige Verträge gebunden.

Springers Vorbereitungen: Gestützt auf seine Machtstellung auf dem Hamburger Zeitungsmarkt, seine Verbindungen zu maßgebenden Politikern und seine finanzielle Stärke macht er die Mitglieder der Verwaltungsräte von NDR und NWF für seine Fernsehpläne gefügig. Besondere Hilfestellung leisten ihm SPD-Bürgermeister Weichmann, der NDR-Verwaltungsratsvorsitzende Meinecke (SPD) und der NDR-Intendant Schröder (SPD).

Springers Fehlkalkulation: Seine Fernsehpläne werden ruchbar. Es hagelt Proteste – aus dem DGB, aus dem Norddeutschen Rundfunk, aus der Öffentlichkeit. Unter ihrem Druck beschließt der SPD-Landesparteitag Hamburg: Die Vertreter der Partei im NDR-Verwaltungsrat sollen den Verkauf des Studio Hamburg an Springer verhindern.

Springers Verbündete greifen ein: Die CDU-Vertreter im NDR-Verwaltungsrat boykottieren eine für den 30. Januar einberufene Sondersitzung und ermöglichen damit eine neue Transaktion. Der eilig einberufene Aufsichtsrat der Studio Hamburg GmbH beschließt, das Studio an Springers Partner Gyuala Trebitsch zu verkaufen.

Springer am Ziel: Trebitsch, nunmehriger Alleininhaber einer der größten europäischen Film- und Fernsehproduktionsanstal-

ten, will nach vollzogener Transaktion einen Teil seiner Anteile an andere private Interessenten weiter veräußern. Dabei soll der Springer-Konzern maßgeblich berücksichtigt werden. Er hat damit sein Ziel erreicht. „Möglich wurde diese Transaktion nur“, kommentierte die Essener „UZ“, „weil sich führende Sozialdemokraten in Hamburg aus Furcht vor dem Meinungsmacher nicht mit dem Hause Springer anlegen wollten. Aber man kann den verderblichen und gefährlichen Einfluß von Springer nur überwinden, wenn man ihn bekämpft und nicht, wenn man sich durch Zugeständnisse sein Wohlverhalten erschleichen will.“

Springer und Strauß wollen mitregieren

Während Springer insgeheim seinen Einstieg ins Fernsehen betrieb, steigerten in der Öffentlichkeit die Konzern-Blätter ihre publizistischen Kanonaden. Ihre Kampfansage galt all jenen in der Bundesrepublik, die der Meinung sind, aus der realen Existenz zweier deutscher Staaten müßten endlich gleichberechtigte Beziehungen auf völkerrechtlicher Grundlage hervorgehen. Ihre Attacken richteten sich zeitweilig auch gegen die Regierung Brandt. Durch einen massiven Druck von rechts sollte sie auf den alten CDU/CSU-Kurs und auf die



**Ahlers für einen
Tag Mitarbeiter
der größten
deutschen Zeitung**

BILD am 21. März 1970, mit einem Exklusiv-Beitrag von Regierungssprecher Conrad Ahlers, „ein Mann, der seine Ansichten über uns (Springer-Presse) und unsere Arbeit inzwischen revidiert hat.“

Parole „Zurück zu Adenauer“ festgelegt werden.

Die Springer-Presse beurteilte der Leiter des Bundespresseamtes, Staatssekretär Conrad Ahlers, am 2. Februar in einem Rundfunkinterview so:

„Es ist eine Presse, die Nachrichten verfälscht, die eine Art von Politik betreibt, die nach meinem Eindruck mit dem, was wir in Artikel 5 unter der Meinungsfreiheit im demokratischen Staat verstehen, kaum noch vereinbar ist.“

Das Verhalten des Springer-Konzerns zielt darauf ab, im Bunde mit Strauß, Barzel und anderen Repräsentanten des reaktionären Rechtsblocks

– „eine APO der Publizistik aufzubauen“ und „die Rolle des Staates im Staate zu spielen“;

– „Pressefreiheit und unternehmerische Freiheit als Sprungbretter für die Bildung einer Nebenregierung zu benutzen“;

(„Westfälische Rundschau“, Dortmund) – die Möglichkeit parastaatlicher Machtausübung“ für sich in Anspruch zu nehmen. („Die neue Ordnung“, Bochum)

Analysen zur Kampagne der Springer-Presse gegen ein Abrücken von den Positionen des kalten Krieges und gegen den Vertragsentwurf der DDR ergaben eindeutig:

– Alle Springer-Blätter sind „gleichgeschaltet“ und tragen ihre Angriffe in „konzertierter Aktion“ vor;

– alle Springer-Blätter und die Spitzen der CDU/CSU, insonderheit Franz Josef Strauß, arbeiten eng zusammen und stimmen ihre Aktionen untereinander ab;

– aus den Springer-Blättern allein können sich die Leser nicht mehr über das wahre Tagesgeschehen informieren.

Das Bundespresseamt in Bonn wies in einer 55 Seiten umfassenden Materialsammlung den zum Springer-Konzern gehörenden Zeitungen zahlreiche Fälle von Nachrichtenverfälschung und Manipulation nach. Diese Dokumentation sollte veröffentlicht werden, um die Vorwürfe von Staatssekretär Ahlers gegen die Springer-Zeitungen zu erhärten. Doch die Veröffentlichung unterblieb. Der Grund:

– Am 12. Februar trafen sich Großverleger Axel Cäsar Springer und Bundeskanzler Willy Brandt zu einem mehrstündigen Waffenstillstandsgespräch unter vier Augen in der Kanzler-Villa auf dem Bonner Venusberg. Beide vereinbarten miteinander einen „Burgfrieden“.

Am gleichen Tage erschien in der sozialdemokratischen Wochenzeitung „Vorwärts“ ein Grundsatzartikel von Willy Brandt zum Thema „Pressefreiheit und Demokratie“, dessen Kernsatz lautet:

– „Unter einem sozialdemokratischen Bundeskanzler wird es jedenfalls keinen Eingriff in das Grundrecht der Pressefreiheit geben.“

Springer-Kritiker Ahlers „rehabilitierte“ sich auf seine Art: Er schrieb für die „BILD-Zeitung“ einen Exklusivbericht über das Erfurter Treffen zwischen W.



Ostern 1968:

Demonstrationen gegen den Springer-Konzern. Polizei schützt Springer vor Demokraten.

Stoph und W. Brandt, erschienen in der Ausgabe vom 21. März 1970 des gleichen Blattes, das er wenige Wochen zuvor der „Nachrichtenverfälschung“ und „Nachrichtenmanipulation“ bezichtigt hatte.

Die Hochzeit der Elefanten

Ende Februar wurde publik, daß Axel Cäsar Springer ein Drittel seines Aktienpakets dem Kultur- und Unterhaltungskonzern Bertelsmann, Gütersloh, verkauft hat. Der Kaufpreis wurde mit 300 Millionen DM angegeben. Einigen Presseorganen zufolge (z.B. der Illustrierten „Stern“) bedeutete dies den Anfang vom „Ende Springers“, den „großen Ausverkauf eines unzeitgemäß gewordenen Presse-Cäsars“. Doch knallhart kam das Dementi Axel Springers. Er erklärte unmißverständlich (in der „Welt“ vom 28.2.1970):

„Erstens. Es war nie und ist in keiner Form an einen ‚Ausverkauf‘ der Axel Springer Verlag AG gedacht.

Zweitens. Ich werde das Haus Bertelsmann an der Axel Springer Verlag AG mit einem Drittel beteiligen – nicht mit mehr, nicht mit weniger.

Drittens. Die Aktien werden 1972, nach Vollendung meines 70. Lebensjahres, übertragen – nicht früher, nicht später.

Viertens. Ich gedenke, mich von meinen Aufgaben und Pflichten aus freien Stücken nicht zurückzuziehen.“

Gleichzeitig verkündeten die Konzerne Springer und Bertelsmann:

„In Zukunft werden beide Häuser ihre Interessen im Bereich audiovisueller Kommunikationsmittel und ihrer Buchverlage koordinieren.“

Spätestens zu diesem Zeitpunkt mußte jedermann klar sein: Es geht nicht um Ausverkauf, sondern um Zusammenschluß. Es bahnte sich das an, was zutreffend die „Hochzeit der Elefanten“ genannt wurde. Durch die „Verzahnung von Presse- und Verlagshäusern in chimborazohaften Ausmaßen“ entstand ein ideologisches Super-Verbundssystem, wie in dieser Dimension in ganz Europa kein zweites existiert.

Allein der Konzern Bertelsmann umfaßt:

- 14 Buchverlage mit einer Tagesproduktion von 100 000 Exemplaren

- 13 Buch- und Schallplattengemeinschaften mit mehr als 4 Millionen Mitgliedern,

- 6 Filmunternehmungen,

- 2 Schallplatten-Produktions- und Vertriebsfirmen,

- 2 Fernsehproduktionsfirmen,

- 4 Buchherstellungsfirmen,

- 5 Dienstleistungsunternehmen (wie Industrie-Service),

- 3 Direktauslieferungsfirmen für den Handel,

- 2 Mitgliederwerbungs-Firmen sowie Schallplattenherstellung „Sonopress“, Wochenschaubeteiligung, UFA-Lichtspieltheater, eine Hühnerfarm und eine Beteiligung von 25 Prozent an dem Zeitschriften-Großverlag Gruner & Jahr, Hamburg, der u.a. folgende Publikationen herausgibt:

„Stern“, „Brigitte“, „Schöner Wohnen“, „Capital“, „Eltern“, „Jasmin“, „Twen“;

Beteiligt an: „Die Zeit“, „Der Volkswirt“, „Der Monat“, „Gong“. Gruner & Jahr unterhält außerdem Fernseh- und Schallplattenproduktionen, Großdruckereien in Itzehoe und München sowie mehrere Buchverlage.

Die drei Hauptbestandteile des neuen Konzerns bringen es schon heute zusammen auf einen jährlichen Umsatz von 2,2 Milliarden DM, auf einen Jahresgewinn von 250 Millionen DM und auf rund 24 000 Beschäftigte. Die Gruppe kontrolliert fast ein Drittel der Gesamtauflagen aller Tageszeitungen der Bundesrepublik und Westberlins, fast 35 Prozent aller Zeitschriftenauflagen und – ihre Aktivitäten umspannen schon heute sämtliche Sphären der Erzeugung und Verbreitung von Ideologie. Was sich hier anbahnt, ist (so der Hamburger „Spiegel“):

- die Herrschaft der totalen Information: Wort, Bild und Ton, industriell verfertigt und vermarktet in einem umfassenden Medienverbund.“

Die Perspektiven, die sich für den Bundesbürger abzeichnen, lauten (gemäß „Süddeutsche Zeitung“):

- „Hören, Sehen, Riechen, Schmecken, von der Wiege bis zur Bahre“ – alles aus dem gleichen Superkonzern.

Die gemeinsamen Aktivitäten Bertelsmanns und Springers konzentrieren sich auf den Markt der Zukunft, der Kassettenfernsehen heißt. Diese Neuerung gestattet es, vorproduzierte Fernsehsendungen (ähnlich den Tonbandkassetten) über ein Zusatzgerät mit dem eigenen Fernseher abzuspielen. Bis Mitte der siebziger Jahre wollen Bertelsmann-Springer ein gemischtes Programm für „BILD“-Leser-Geschmack in ausreichender Menge vorproduziert haben. Kassetten für die Weiterbildung der Ware Arbeitskraft werden dann ebenso griffbereit in den Buchhandlungen liegen oder über lesezirkelähnliche Organisationen verbreitet werden wie die oma-alten und allerletzten Heimat-, Krimi-, Sex- und Horrorfilme.

Die Konsequenz aus diesem (laut Unternehmer-Blatt „Frankfurter Allgemeine“) „Zuviel an Größe“:

- Nach Auffassung der IG Druck und Papier im DGB entsteht durch das Zusammengehen der beiden großen Konzerne ein für die Informationsvielfalt und Meinungsfreiheit äußerst bedrohlicher Verbund, der sämtliche publizistischen Medien umfaßt und eine bisher in Europa beispiellose Basis für politische Manipulationen darstellen kann.

- Das DGB-Organ „Welt der Arbeit“ meint: „Schon im Fall Springer zeigte sich, daß es eine gefährliche Illusion ist, sich das Wohlwollen der übermächtigen Meinungsmacher durch stillschweigende Duldung der Pressekonzentration erkaufen zu wollen. Jetzt aber kann diese Vogel-Strauß-Politik lebensgefährlich werden, nicht nur für diese oder jene Partei, sondern für die Demokratie.“

- Die sozialistische Wochenzeitung „UZ“, Essen, schlußfolgert: „An Demokraten liegt es, jetzt Methoden und Forderungen zu entwickeln und wieder aufzugreifen, wie die Meinungsfreiheit gegen die Fangarme von Springer-Bertelsmann verteidigt werden kann.“

Arno Rafter

Kurzfilmtage

Im letzten Plan berichtete Evamaría Sonntag über die XVI. Westdeutschen Kurzfilmtage Oberhausen.

Hier stellen wir nun, wi

OLLAS POPULARES — EINTOPF

Der von einer sich im Sinne der Befreiungsbewegung Südamerikas verstehenden Gruppe produzierte Film, dessen Regisseur begrifflicherweise anonym bleiben mußte, umreißt in 5 Minuten eindrucksvoll die ganze Problematik argentinischer Zustände. Und zwar konfrontiert er die pathetisch in Wort und Ton vorgetragene Nationalhymne, ihre Behauptung von einem großen, freihheitlichen, glücklichen Volk, mit Bildern des Elends. In Beschränkung auf die Grunderfahrung von Menschen, auf den Antrieb alles Handelns, den Nahrungs- oder Selbsterhaltungstrieb — auf die konzentrierte Form des Elends im Hunger, liegt die Durchschlagskraft des Films. Die Abfolge von Bildern von Menschen aller Altersstufen beim Essen und die Zwischenschaltung eines fressenden Hundes wird das Primärbedürfnis allen Lebens bestimmt, die Berechtigung des Anspruchs. Die Art des Essens kümmerlicher Wassersuppen, trockener Brotrinden und unbeschreiblicher „Nahrungsmittel“ zeigt deutlich und krasser, als die Analyse über alle Bestandteile von Elend es könnte, das Ausmaß der Unterdrückung, der Würdelosigkeit. Die Nationalhymne wird entlarvt, dient der Entlarvung und ihre Behauptung wird als anzustrebendes Ziel aufgestellt.

Die MAULWÜRFE DER REVOLUTION der Deutschen Film- und Fernsehakademie wurden prämiert als bemerkenswerter Versuch, sich mit filmischen Mitteln direkt an der aktuellen politischen Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland zu beteiligen“. Jawohl: der Film ist sowohl vom Titel, als vom Inhalt, als von den Mitteln her bemerkenswert. Es ist ein Film von Intellektuellen über Probleme von Intellektuellen für Intellektuelle, die sich als Maulwürfe der Revolution ver-

stehen. Und das in zweierlei Hinsicht: als Vorbereiter im Sinne von Unterwühlern, als Maulhelden, die der Praxis ausweichen, sie nicht bewältigen. Die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft sind für sie entweder Widersprüche in der Theorie ihrer Umwälzung oder Widersprüche zwischen ihrem Begriff vom Arbeiter und dessen realer Existenz, Bedürfnissen, Bewußtseinsstand.

Darum ist das Zueinanderkommen von „dem Studenten“ und „der Arbeiterin“ vordringlich an Fragen der Förderung des Bewußtseins der Arbeiterin interessiert. Es wird gezeigt, daß diese Haltung überheblich und falsch ist. Doch die Schlußfolgerung, die daraus gezogen wird, bleibt im Rahmen solcher „Bewußtseins-schleiße“. Sie knüpft wieder am Nebenwiderspruch an: Basisgruppen sollen den Lernprozeß weitertreiben. Es mag an der ungeheuer emanzipatorischen Verpackung, an dem hohen Grad an umgesetzter Reflexion, vor allem aber an der endlichen Resignation liegen, daß es so wie bisher nicht geht, gelegen haben, daß der Film prämiert wurde. Der Verdacht stellt sich ein, daß die Besserwisserlei, gekleidet in Lernwilligkeit und Einsichtigkeit, von dem Standpunkt von Besserwissern begrüßenswert erscheint. Allerdings spricht der Einsatz filmischer Mittel, die an Brecht angelehnte Zeige-Perspektive, durchaus für einen Preis.

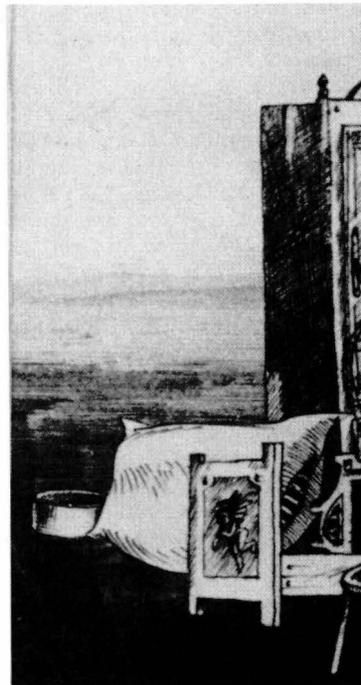
Im „STADTFÜHRER FÜR BONN UND UMGEBUNG“ enthält die Münchner Gruppe „Das Team“ unter Regie von Manfred Vosz das Hauptstadtbild Bonns und die „sauberen Westen“ seiner Ministerial- und Verwaltungsbeamten. Die „einfachen bildlichen Mittel“ zu dem im Neuss-Stil vorgetragenen scharfen Kommentar zu den erstaunlichen Dokumenten über die Vergangenheit dieser Herren Staatsdiener sind bedauerlich. Denn: Geistreiche und schnoddrige Denkmalstür-

zere, ein satirischer Gag nach dem andern, Kritik und Skepsis allerorten sind zwar Vorzüge des Kommentars, finden im Bild jedoch keinerlei Unterstützung. Ganz im Gegenteil. Die Schnelligkeit der Dokumentenabfolge läßt nicht die Prüfung auf Exaktheit der Behauptung zu: warum? Die Absicht ist gut, doch die Durchführung in der Konzentration auf Personen bringt nichts Neues, zumal jegliche Analyse fehlt, warum die Handlanger der Hitlerschen Diktatur wieder in Amt und Würden sind. Die Beispiele der Verflechtung von Macht und Kapital sind rar, im ganzen zwei kleine Fische. Die Gesellschaftskritik rührt nicht an die Wurzeln, wird nicht Systemkritik, sondern wird mit der Ansprache von Humanität im Zuschauer aufgeputzt. Die Wirkung war dementsprechend. Die Bewertung der Jury deckt sich wohl mit der des Publikums, das forderte, man solle diesen Film im Fernsehen zeigen. Die Kritik gilt nicht diesem Ergebnis, sondern Filmemachern, von denen man erwarten kann, daß sie nicht hinter den Stand des Erreichten zurückfallen.

Der unter der Regie von Judit Vas in Ungarn gedrehte Film über „METHODEN“ der Kindererziehung fußt auf den Experimenten des Psychologen Lewin. Er ist hauptsächlich wissenschaftlich interessiert, und das bedingt seine Schwäche. Nacheinander werden Gruppen von Kindern vorgeführt, die entweder autoritär, selbstdisziplinierend-liberal, anti-autoritär programmiert werden. Ihr Dressur-Verhalten wird schonungslos gezeigt und damit die angebliche Wertigkeit der „Erziehungs“-methoden. Am besten, wie konnte es anders sein, kommt der selbstdisziplinierte Teil weg, am schlechtesten der anti-autoritäre: darin liegt neben der Herabsetzung der Bemühungen um die anti-autoritäre Erziehung sowohl billige Affekt-



Aus dem Film „Home Sweet Home“



Oberhausen

gekündigt, die wichtigsten Streifen vor.



Aus dem Film „Birds“

Aus dem preisgekrönten Film: „Nicht alles was fliegt ist ein Vogel“



hascherel — was sich an dem Verlassen dieser Kindergruppe durch das Publikum zeigte — als auch verschleierte Konservatismus. Wer behauptet denn heute noch ernsthaft die Zulässigkeit und den Erfolg von autoritären Erziehungsmethoden? Nur: das sich selbst disziplinierende Individuum ist eine Erfindung bürgerlicher Ideologie — seltsam, daß das unbedacht bleibt in einem sozialistischen Land!

Die nach Meinung der Jury verkanteten Filme des Holländers Zwartjes (13) sind filmästhetisch hochinteressante Neuerungen in Jugendstil- und Dali-Nachfolge. Es handelt sich thematisch um die Ausnutzung von „Zwischenmilleus“ (Homos und Lesbierinnen), das mit dem Hervorrufen von Gedanken und Gefühlen ausschließlich sexueller Art besticht. Die Nähe zu den berühmten Aktionen des Pop-Künstlers Mühl ist besonders in „Eating“ vorhanden — die Bewegung auf die Feler der Dekadenz ist klar.

Die Internationale Volkshochschul-Jury traf in der Prämierung von Agnès Vardas Film BLACK PANTHER und des Films SANTA TERESA von Alfredo J. Anzola aus Caracas, wie ihre Begründung zeigt, eine wohlüberlegte Auswahl mit eindeutigem politischen Engagement.

Die Dokumentation über die Befreiungsbewegung der nordamerikanischen Neger ist ganz auf dem Boden der Überzeugung, daß „Schwarz gut und schön“ ist (black is honest and beauty). Sie ist inhaltlich und formal eine Stellungnahme und wurde deswegen ausgezeichnet: wegen der „Eindringlichkeit der Themastellung“ und „künstlerischen Wirksamkeit“. Der Film ist, falls eine Übersetzung garantiert werden könnte, ebenfalls für die Gruppenarbeit empfehlenswert. Der Film über den „ungewöhnlichen Vorgang im Zentrum von Caracas in der Kirche Santa Teresa“, nämlich „der Versuch einer Gruppe junger

Christen, einen Dialog über die Allianz der kirchlichen Hierarchie mit den politischen Macht-habern zu erzwingen“, macht den „leidenschaftlichen Widerstand der Unterdrückten gegen die etablierten Mächte“ in der „kunstlosen“, doch „unmittelbar eindringlichen filmischen Form“ überzeugend deutlich.

Die Kamera, die das Leben der „42nd STREET“ einfängt, wird wie ein Rührlöffel benutzt. Die Anlehnung an die Machart von Untergrund-Filmen verdeutlicht die Verlockung und den Reiz der Konsumwelt des kapitalistischen Marktes, der inhaltlich angeklagt wird. In der Form ist die „sensible und graphische Dokumentation eines Teils des amerikanischen Lebens“ dieser Konsumwelt auf den Leim gegangen.

Was die Internationale Jury an dem Beitrag aus der DDR — OXI-NEIN — unter der Regie von Karlheinz Mund für mutig, treffend analysiert ansah, das dürfte bei der politischen Haltung der DDR gegenüber dem faschistischen Regime in Griechenland selbstverständlich sein: nur unter den Allianzpartnern im Westen wird so etwas als mutig empfunden. OXI unterstützt die Argumentation des Sozialisten in der BRD gegenüber der Öffentlichkeit durch schlagkräftige Dokumentation und Agitation. Es ist ein Film, der einen höheren Anspruch auf richtige Darstellung der Hintergründe des Obristenregimes und der Widerstandsbewegung liefert als der griechische Emigrantenfilm „Z“. Er ist darum für die Arbeit in Gruppen zu empfehlen.

Der Film „STILLE WOCHEN IM HAUS“ aus der CSSR weicht von den in den letzten Jahren gezeigten Beiträgen aus diesem Land insofern ab, als er nicht auf die Periode der Geschichte ausweicht, in der das Bürgertum herrschte. Es handelt sich diesmal nicht um melancholisch-rückblickende Trauer um Verlorenes, sondern um die Auseinandersetzung mit der

Zeit, der Geschichte als Bewegung. Meiner Meinung nach finden sich jedoch noch Reste dieser bürgerlichen Haltung; was sich vor allen Dingen formal äußert. In der Annäherung an westliche kulturelle Strömungen wie Symbolismus und Nihilismus fand „Stille Woche im Haus“ Belfall als „Gestaltung einer ungewöhnlich ruhelosen Welt“. Ruhelosigkeit im Zerfall bedeutet noch nicht Ruhelosigkeit des Fortschritts. Was soll's?

Die Jury des Internationalen Evangelischen Filmzentrums verteilte diesmal keinen Preis, sondern empfahl wichtige Filme auf internationaler Basis. — Zweiseitig zu beurteilen ist die Verleihung des „Preises der Katholischen Filmarbeit 1970“ an Helma Sanders für „ANGELIKA URBAN VERKÄUFERIN VERLOBT“. Ganz im Gegensatz zu der Beurteilung als „offen vorgetragene Zustandsschilderung der privaten und beruflichen Bedingungen einer jungen Verkäuferin“, die „zur Bewußtseinsbildung über notwendige Veränderungen in der modernen Konsum- und Leistungsgesellschaft“ beitrage, muß ich betonen, daß hier eine Masche anerkannt wurde. Und zwar die inzwischen als modische Masche unter dem Warenzeichen Objektivität gut verkäufliche Imitation von Walraff- oder Runge-Dokumentationen. Diese echten Stücke unterscheiden sich von den falschen sowohl durch ihre politische Standpunktbeziehung als auch durch die menschliche Anteilnahme der Autoren. Die Verkäuferin Angelika Urban dagegen wird Gegenstand, der inhuman und ohne jeden Erkenntniswert ausgeleuchtet wird — ein Gegenstand, der darüber hinaus dem Publikum bezeichnenderweise immer unsympathischer wurde. Um so erschreckender, daß die Vergabe von fortschrittlicher Kritik ausreicht, um die gegensätzlichen, im System beherrschenden Bestrebungen durchzusetzen. Die Prämierung spricht Bände.

Kassel

Das Auftreten der Neonazis in Kassel war Anlaß für folgenden Brief:

In der DDR bestimmen die Krauses, also die Arbeiterklasse, wie die Güter der schaffenden Menschen verteilt werden. Dort gibt es kein Lückengesetz, keine Bodenspekulanten, keine Preiswucherer. Dort ist die Herrschaft der Ausbeuter ein für allemal beendet.

Dort gibt es keine NPĐ, keine Faschisten, die Fahnen der Arbeiterklasse abreißen und zerschneiden können. Dort werden keine Kränze vom Mahnmal der Opfer des Faschismus gestohlen. Diese Ungeheuerlichkeiten gab es in Kassel, in dem Teil Deutschlands, in dem der Faschismus wieder seine Blüten treibt und wieder zum Handwerkszeug des Monopolkapitals geworden ist.

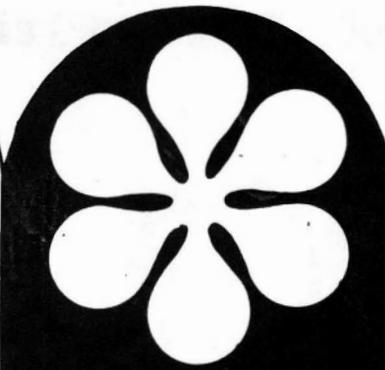
In der Bundesrepublik haben leider viele Menschen aus der Geschichte immer noch nichts gelernt. Ein Teil der Bevölkerung läßt sich wieder verleiten und vor den Karren spannen, der uns wieder zum Abgrund führen wird, wenn diese Menschen nicht bald umdenken. Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg! Darum muß Bundeskanzler Willy Brandt als Sohn der Arbeiterbewegung den Staat anerkennen, der auf deutschem Boden die Interessen der friedliebenden Familie Krause vertritt.
KARL JURGSCHAT, Essen

CDU für DKP

Aktive Wahlkämpfer haben oft nette Erlebnisse. Hier eins aus Bielefeld.

Als ein Bielefelder Wahlhelfer der DKP in eine vorfabrikberechtigte Straße einbiegen wollte, sah er statt des Verkehrs nur ein großes Plakat, auf dem ein gewisser Herr Köppler zu kommen drohte. Wegen dieser Sichtbehinderung stieg der Freund in die Bremsen und prompt fuhr ein anderer PKW auf seinen VW auf.

Ein Sachschaden von 300 DM war die Folge. Die Reparatur



POST

An
Redaktion „elan“
46 Dortmund
Brüderweg 16

Leserbriefe können
oftmals
leider nur gekürzt
veröffentlicht
werden. Wir bitten
um Verständnis.
Die Briefe
erscheinen nicht
unter
Verantwortung der
Redaktion.

sollte vier Tage dauern. So mußte sich die CDU auf Drängen der Polizei bereit erklären, den Schaden zu ersetzen.

Der von der CDU ebenfalls zur Verfügung gestellte Leihwagen wurde von dem Betroffenen natürlich auch für die politische Arbeit eingesetzt. Dieser Tage nun sprach Franz-Josef Strauß in Bad Oeynhausen. So fuhren eine Handvoll junger Genossen mit einem von der CDU bezahlten Leihwagen, um der CDU eins auf's Maul zu geben.

Die schwarze Seele einiger CDU-Herren dürfte mittlerweile vor Wut grün geworden sein, als sie erfuhren, wem sie den Schaden zu ersetzen hatte.

WOLF-RÜDIGER NEUDEL,
Bielefeld

Soldat '70

Nicht nur bei den Bundeswehrgeneralen hat „Soldat 70“ ein Echo ausgelöst.

Nach dem Erscheinen der Schnezstudie in der breiten Öffentlichkeit gaben einige demokratische Wehrpflichtige das Papier „Soldat 70“ heraus. Hierin erläutern die jungen Demokraten eine echte Alternative zu den faschistischen Forderungen des Generals Schnez.

Aber kaum hatten die Offiziere die Nachricht erhalten, daß ihre Untergebenen nicht mehr länger schweigen, so sannnen Sie sich auch schon einiges aus. Man schikaniert diese Leute, entläßt sie vorzeitig, gibt ihnen „Sonderdienste“, läßt sie strafversetzen und versucht vor allem, sie von ihren Kameraden und der Umwelt zu isolieren.

Diese undemokratische Reaktion der bundesdeutschen Militaristen, deren Ziel es ist, den Status quo zu ihren Gunsten zu verändern, zeigt wieder einmal, wie notwendig die Demokratisierung der Bundeswehr ist. Das Papier „Soldat 70“ ist ein erster Schritt dazu. Meine Bitte an die Leser des elan:

Helft den Unterzeichnern mit bei der Verbreitung der Studie! Solidarisiert Euch mit den inhaftierten Soldaten!

Gerade jetzt brauchen sie unsere Hilfe am nötigsten.

GEORG EICHMANN, Würges



Vor einigen Tagen bekamen wir die Schrift „Soldat 70“ in die Hände. Wir freuen uns, daß endlich Wehrpflichtige die Initiative für mehr Demokratie in der Bundeswehr ergriffen haben und somit den wahren Charakter der Bundeswehr entlarven.

Es ist unseres Erachtens notwendig, daß in Zukunft Mißstände sofort und kompromißlos aufgedeckt werden. Festzustellen wäre aber, daß nicht überall die Freiheiten so stark beschnitten werden, wie es in der Dokumentation zum Ausdruck kommt. Um einen noch besseren Überblick über die Situation in der Bundeswehr zu bekommen, wäre es vielleicht notwendig, daß die Wehrpflichtigen aus allen Einheiten über ihre Erfahrungen berichten.

Grundsätzlich stimmen wir aber mit der Einschätzung überein und erklären uns solidarisch.

Gefreiter Helmut H,
und Gefreiter GERHARD B.,
Ludwigshafen



Mit großem Interesse habe ich in der letzten Nummer des elan den Wortlaut von „Soldat 70“ gelesen. Hier die Abschrift eines Briefes, den ich an die Malzière gerichtet habe:

„Herr General, durch die Frankfurter Rundschau erfahre ich von Ihrem Verbot, die Studie „Soldat 70“ in den Kasernen der Bundeswehr zu diskutieren. Es war schon immer ein anmaßendes

Privileg deutscher Militaristen und Generale, die Verfassung zu brechen. Sie, Herr de Malzière, setzen mit dem Verbot der Diskussion über die „Studie „Soldat 70“ diese unwürdige Tradition fort. Sie haben damit jedes Recht verwirkt, in der Bundesrepublik Befehlsgewalt über wehrpflichtige Bundesbürger auszuüben.“
LUDWIG MÜLLER, Angermund

Anerkennungszeitung

Viel Anerkennung fand unsere Anerkennungszeitung im Maiheft. Doch einen hat sie sicher nicht überzeugt:

Hiermit schicke ich Ihnen diesen Wischlappen wieder zurück. Ich habe dieses Schmutzheft gestern in Kassel bekommen. Wie kann man nur einen solchen Mist, bespickt mit Hetze und Verrat am Volk, schreiben. Glauben Sie vielleicht, ein normaler Bürger glaubt diesen Lügenquark? Ich bin ein einfacher Arbeitersohn, aber zum Kommunisten und Verräter an der Nation können Sie einen friedliebenden Bürger mit dem Blättchen nicht machen. Stampfen Sie es wieder ein oder nehmen Sie es mit auf die To. Mit kommunistischem Gruß auch an Spitzbart in der Zone,
Ihr
HEINZ ZIPPEL, Kassel

EBF

Die Entdeckung des Waffenlagers der neonazistischen „Europäischen Befreiungsfront“ veranlaßte einen Leser zum folgenden Brief:

Die rechtsextremen Kräfte von Dulsburg, unter ihnen die NPD-Mitglieder Holtmann, Blatzheim, Blester, Klales und Hübsch sind Verschwörer gegen die Demokratie. In Kassel hätten sie belnahe ein Blutbad angerichtet. Nach einem Mord mehr oder weniger hätten sie nicht gefragt. Als ich vor kurzem ein Sturmlokal der NPD besuchte, hörte ich Aussprüche wie: Die Bogerschaukel bewegt sich wieder.“

Ein alarmierendes Zeichen ist, daß man bei ihnen ganze Waffenarsenale fand.

FERDI UDO WINKES, Dulsburg

Hasch

„Aus der Schule“ plaudert ein Leser aus Norddeutschland, wo sich folgender Vorfall abgespielt hat:

Kaum hörte die Polizei, daß in der Realschule Kappeln angeblich Hasch geraucht und gehandelt werden soll, war sie auch bereit, mit undemokratischen Mitteln Nachforschungen anzustellen. Sieben Schüler der oberen Klassen wurden von einem Polizisten in Zivil, der sich als Kriminalbeamter ausgab, einzeln und ohne Zeugen verhört. Ohne Wissen der Eltern wurden drei noch nicht 16jährige Schüler während des Unterrichts im Rektorzimmer einem Verhör unterzogen. Die 16jährigen Mädchen erfuhren erst später davon, daß sie von der weiblichen Kriminalpolizei hätten verhört werden müssen. Weder vom Rektor noch von der Polizei wurden die Schüler auf ihre Rechte hingewiesen. Mit Drohungen und erpresserischen Maßnahmen versuchte der Polizist aus den unschuldigen Schülern Geständnisse herauszupressen. Er bot den Schülern, die „alles“ sagen, Straffreiheit an. Um an weitere Informationen zu kommen, heuerte der Rektor Spitzel an, die ihre Schulkameraden aushorchen sollen. Selbst einige Lehrer sagten, daß das Methoden wie im Dritten Reich seien.

HELMUT BAUER, Kappeln

Briefkontakte?

Liebe Leser, schreibt uns Eure Adressenwünsche. Wir werden Euch gern Anschriften aus den verschiedenen Ländern übersenden.

Redaktion elan

Jagow versichert (fast) alles – auch Deinen Jugendclub und Deine Jugendgruppe und DICH!

Udo Jagow Versicherungen
2 Hamburg 73,
Wildschwanbrook 95
Tel. 678 09 93

Es lohnt sich!



Preise stark herabgesetzt für Schreibmaschinen aus Vorführung und Retouren, trotzdem Garantie u. Umtauschrecht. Kleinste Raten. Fordern Sie Gratiskatalog C 286

NÖTHEL Deutschlands großes Büromaschinenhaus
34 GÖTTINGEN, Postfach 601

Die junge und schicke Art Urlaub zu machen:
alle Prospekte
Sommer 70

Agentur Fliegel und Jagow
Reisedienst

Bitte anfordern!

2 Hamburg 22, Kanalstr. 73,
Tel.: 2 29 96 66



Bist Du schon Mitglied der SDAJ?

Informationen:
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
43 Essen, Bersonstr. 11
Tel. 23 23 27/37
Spenden:
Postcheck Essen 18 65 84

BLUES

Lieder der Klage und Anklage - Von Carsten Linde

Die ersten Neger kamen nicht freiwillig nach Amerika. Aneinandergekettet und zusammengepfercht wie Vieh wurden sie nach Amerika verschleppt. Die ersten Sklaven, die am 29. August 1619 – also ein Jahr vor der Ankunft der sogenannten „Pilgrimfathers“ auf der „Mayflower“ – in Virginia an Land gingen, hatten keinen Grund zur Freude. Die Ankunft der „Pilgerväter“ wird heute noch am „Tag des Dankes“ (Thanksgiving Day) gefeiert, die Ankunft der ersten Sklaven wird in amerikanischen Geschichtsbüchern verschwiegen. Die Einfuhr afrikanischer Eingeborener als Sklaven in die amerikanischen Kolonien diente hauptsächlich den Interessen der Großgrundbesitzer und Farmer.



Sie erhielten für wenig Geld billige Arbeitskräfte, die sie ein Leben lang ausbeuten konnten. Ställe dienten oftmals als Behausung, abgelegte Kleidungsstücke der Weißen mußten noch jahrelang von Negern aufgetragen werden; das Essen war so kärglich, daß noch 250 Jahre später dieses Klagelied gesungen wurde:

**„Ihr schlürft das Essen und gebt mir leere Hülsen
Ihr backt das Brot und gebt mir nur die Kruste
Ihr kocht euch Fleisch und gebt mir nur die Haut
Und damit fangen meine Leiden erst an.“**

(Guy Carawan singt dieses Lied auf der Pläne LP „Songs for a New America“)

Als die ersten Schwarzen in Amerika ankamen, waren sie Angehörige verschiedener afrikanischer Völker und Kulturen. Ihre Musik, ihre Sitten, Verhaltensweisen und religiösen Vorstellungen waren afrikanisch geprägt und standen im scharfen Gegensatz zum Leben der Kolonialherren. Sehr bald begannen die Weißen, die Lebensformen der Neger zu unterdrücken: Familien- und Stammesangehörige wurden voneinander getrennt, damit es nicht zu Absprachen und Aufständen kam. Die afrikanischen Götterverehrungen und Dialekte wurden nicht geduldet; selbst die afrikanischen Musikstile und Musikinstrumente wurden verboten. So wurden die Afrikaner gezwungen, einen Anpassungsprozeß durchzumachen, durch den sie die Kultur und die Sprache ihres neuen „Heimatlandes“ allmählich annahmen. Zu der Zeit, als sie begannen, sich nach den Lebensformen der weißen Kolonialherren zu richten, deren Verhaltensweisen (und sehr viel später auch deren Religion) zu übernehmen, existierten ihre afrikanischen Kulturformen noch.

Die afrikanischen Kulturformen wurden durch den repressiven Herrschaftsanspruch der Weißen und dem gleichzeitig verlaufenden Anpassungsprozeß mehr und mehr verdrängt. Durch diese erzwungene Änderung ihres (Selbst-)Bewußtseins wurden aus den afrikanischen Negern nach der ersten Generation



die Afro-Amerikaner (so nennt man die ersten in den USA geborenen Neger) und später die amerikanischen Neger. In der Musik und besonders im Blues spiegelt sich die Entwick-



lung und Verwandlung von der afrikanischen Musik bis zur Negermusik wider.

Jive – die Untergrundsprache der Neger

Während der radikalen Unterdrückung aller afrikanischen Elemente durch die Weißen entwickelten die Neger in einer Untergrundsprache (double talk) Formulierungen, denen ein Außenstehender durchaus etwas Sinnvolles entnehmen konnte, während der Eingeweihte einen doppelten Sinn erkannte. Diese Form des Sprechens wurde immer mehr verfeinert und schlug sich in Liedtexten und der Literatur der amerikanischen Neger nieder. Diese Sprache, die man „Jive“ nennt, wurde von Dan Burley als „die neue Poesie des Proletariats“ bezeichnet und von Mezz Mezzrow so erläutert: „Jive ist etwas Privates, ein Code für Eingeweihte, der erfunden wurde, um Außenstehende zu täuschen und zu blenden, und der gleichzeitig die Eingeweihten einander näherbringt, weil sie allein den Schlüssel zu dem rätselhaften Geheimnis besitzen. Es ist eine Art privater Volkssprache, nur bestimmt für die Ohren derjenigen, die dem Kreis ange-



**Schwarz, braun und weiß
(Black, brown and white – Big Bill Broonzy)**

Dieses kleine Lied, das ich singe,
Leute, es ist wahr – wie ihr wißt.
Wenn du schwarz bist und mußt arbeiten, um zu leben,
was sie dann zu dir sagen, das ist:

Sie sagen: weiß wie Schnee bist du o.k.,
bist du braun, hab Vertraun;
Aber bist du schwarz,
O, Bruder: hau ab! Hau ab! Hau ab!

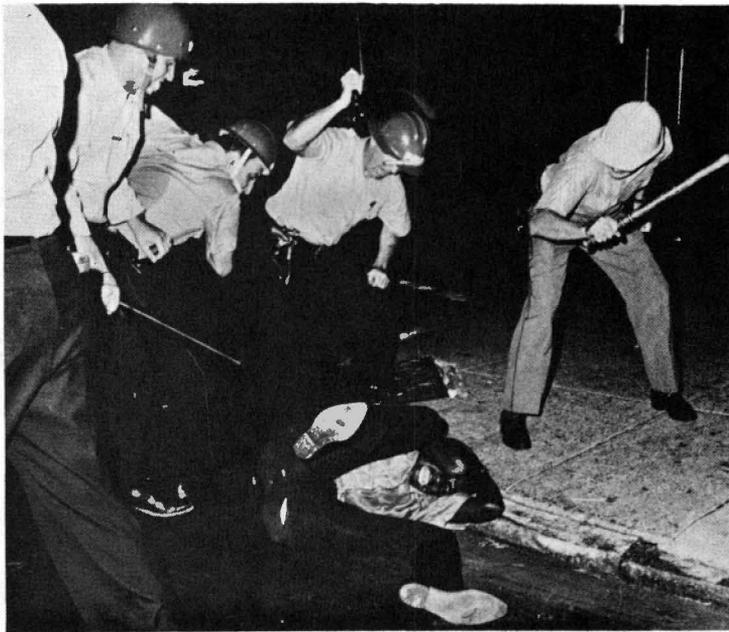
Eines Abends ging ich in 'ne Kneipe rein,
alle hatten sehr viel Spaß;
Alle kauften Bier und Wein,
bloß mir verkauften sie kein Glas.

Ich ging zu einem Arbeitsamt
bekam eine Nummer und stellte mich an.
Jedermanns Nummer gab man bekannt,
aber ich kam niemals dran.

Ich und ein Mann arbeiteten Seite an Seit'
und dies bemerkte ich:
Ihm zahlten sie 'nen Dollar für die Zeit
Nur fünfzig Cents gab's für mich.

Durch meine Hilfe konnte dies Land erstehn
und ich kämpfte auch dafür:
jetzt denke ich, könnt ihr alle sehn,
was ein schwarzer Mann noch tun muß hier.

Sie sagen nämlich: weiß wie Schnee bist du o.k.,
bist du braun – so hab Vertraun.
Aber bist du schwarz,
O, Bruder: hau ab! Hau ab! Hau ab!



hören“ (nach: Theo Lehmann, „Blues and Trouble“, Henschelverlag, Berlin, DDR). Beispiele von „Jive“ sind in den frühen Worksongs die verschlüsselte Bezeichnung des Sklavenaufsehers und -Antreibers als „Grizzly-Bear“. Sangen die Neger scheinbar von der Jagd auf einen wilden, brutal-mächtigen Grizzlybären, so sangen sie in Wirklichkeit momentan-befreiende Spottverse auf ihre Aufseher. Während sie scheinbar den Tod eines Leidensgefährten beklagten; „Another man done gone / away from the country-farm / another man done gone“, so teilten sie sich mit, daß schon wieder einem Sträfling die Flucht in den freien Norden gelungen war.

Blues: Afrikanische Musikalität und weiße Instrumente

Vorläufer des Blues, die zu seinem Entstehen beigetragen haben, sind die rhythmischen Lieder, die von den arbeitenden Sklaven zur Arbeitserleichterung gesungen wurden. Je nach den Bedingungen der Arbeit heißen diese Lieder „field-hollers“ (Jodler der Farm- und Plantagenarbeiter), „chain-gang-songs“ (Lieder der aneinandergeketteten Sträflinge, die meistens zum Straßen- und Schienenbau gezwungen wurden) oder ganz allgemein „work-songs“ (Arbeitslieder). Gegen Ende des 19. Jahrhunderts verschmolzen diese rhythmischen, unbegleiteten, mehr geschrien als gesungenen Arbeitslieder zur neuen Liedform des Blues, wo-

bei sich vor allem der stete „beat“ der Chain-Gang-Songs und Work-Songs behauptete. Während der gesellschaftliche Weg, den der Neger in Amerika beschritt „der der Anpassung und Uminterpretation“ (LeRoi Jones) war, konnte er sein afrikanisches Musiksystem fast unverändert retten.

Viele Züge der musikalischen Tradition Afrikas gaben dem Blues sein unverwechselbares Gepräge. Afrikanischer Herkunft ist in archaischen Bluesmelodien die pentatonische Tonleiter. Afrikanisch sind auch die „blues notes“, jene in unser Tonsystem nicht übertragbaren, schwer zu bestimmenden Töne der dritten und siebten Stufe der Bluestonleiter. Afrikanischer Einfluß wirkt sich ferner im Gesangsstil aus, etwa, wenn ein Sänger den Blues grollt (growl), ihn brummelt (hum) oder ihn heult (howl). Ist der Blues in seiner Vokalität, Musikalität und Aussage ausschließ-

Seltsame Frucht (Strange Fruit)

In den Südstaaten tragen die Bäume seltsame Frucht:

Blut auf den Blättern und Blut an der Wurzel.

Schwarze Körper schaukeln dort im südlichen Wind,

Seltsame Frucht hängt an den Pappelbäumen.

Das sind die ländlichen Szenen des „ritterlichen“ Südens:

die geschwollenen Augen und der verzerrte Mund

neben Duft von Magnolien, süß und frisch,

dann der stechende Geruch von brennendem Fleisch.

Das ist eine Frucht für die Krähen zum Aushacken;

dem Regen zur Ernte, dem Wind zum Aussaugen,

für die Sonne zum Verfaulen, für die Bäume zum Abschütteln.

Das ist eine fremde und bittere Frucht.

lich negroid geprägt, so stellt man bei seiner Instrumentalbegleitung einen überwiegenden Einfluß der Weißen fest, der gerade durch die Unterdrückung der ursprünglich afrikanischen Musikinstrumente nicht verwunderlich ist. Die melodieführenden Instrumente Gitarre, Piano und Mundharmonika (auch die Geige) werden am häufigsten verwendet. Selten hört man noch die ursprünglichen Rhythmusinstrumente der Neger: „Jug“ eine Flasche, in deren Öffnung die Baßlinie einer Melodie hineingeblasen wird, „Washboard“ (Waschbrett) und „Tub“, ein Waschzuber, aus dem mit Hilfe eines Besenstieles und einer dicken Schnur ein Baß hergestellt wurde.

Entwicklungsgeschichte und Stile des Blues

Mit dem Erscheinen des Sängers und Gitarrespielers Blind Lemon Jefferson (1883–1930) tritt der Blues aus der Anonymität heraus und erfährt in den Liedern Jeffersons eine erste persönliche Verkörperung. Jefferson war Farmarbeiter, bevor ihn eine Erblindung zwang, seinen Lebensunterhalt als wandernder Bluessänger zu verdienen. 1925 wurde die erste Plattenaufnahme von ihm gemacht. Aufgezeichnet und gesammelt wurden die Blues seit etwa 1912 von William C. Handy (1873–1958), einem Jazzmusiker, der später Blues „komponierte“ (wie etwa den bekannten „St. Louis Blues“). Er arrangierte und notierte die anonymen Strophen und Melodien und sicherte sich für die meisten das Copyright. Später sammelten die Folkloreforscher John

A. und Alan Lomax im Auftrag der Library of Congress Folksongs und zeichneten unter anderem auch Blues und Prison Songs auf.

Eine Zeitlang nahm der Blues einen wenig beachteten Platz im Leben der Neger ein – unbekannte Sänger dichteten und sangen ihn, wenn sie durch die Staaten zogen und Arbeit suchten –, bis er schließlich in den zwanziger Jahren von Schallplattenfirmen und Jazzmusikern entdeckt wurde.

In Chicago, der „Hauptstadt des Blues“, hörte man die Meister des Piano-Blues, des „Boogie-Woogie“. Dort spielten Cow Cow Davenport (1894–1955) und Pinetop Smith (1904–1929). Es war die Zeit des „Klassischen Blues“ oder besser des „Konzertanten Blues“ – welche die drei bedeutendsten Blues-Sängerinnen hervorbrachte, die man auch Queens of Blues nannte: Ma Rainy (1886–1939), Bessie Smith (1895–1937) und Mamie Smith (1890–1948). Auch in der Swing-Aera wurde Blues gesungen. Vertreter dieses „Kansas-City-Blues“ sind u.a. Billie Holiday, Jimmy Rushing und Helen Humes.

Erst in den vierziger Jahren lenkte sich das Interesse der Bluesliebhaber vom konzertanten Jazz fort auf die Dichter des Blues, auf die ländlichen Sänger aus den Südstaaten und dem Mississippi-Delta. Leadbeater oder von den Lomax' aus dem Zuchthaus geholt worden war, Big Bill Broonzy, Sonny Terry, Blind Boy Fuller, Skip James, Blind Willie McTell, Sleepy John Estes, Mississippi John Hurt gehören zu den authentischen Vertretern des „Country“ oder „Rural Blues“.

Mit dem Auftreten mehrerer Bluessänger vor weißem (oder doch gemischtem Publikum mit etwas gefälligeren Arrangements, die an der Grenze zum Folksong liegen, beginnt der „Folk Blues“. Hier sind zu nennen: Lightnin' Hopkins, Memphis Slim, Champion Jack Dupree, Little Brother Montgomery, Sonny Boy Williamson, Brownie McGhee.

In den Städten entwickelte sich der Blues unter dem Einfluß des Jazz und in Verbindung mit elektrisch verstärkten Instrumenten zum „Rhythm & Blues“. Von dort weist eine direkte Verbindungslinie zum Rock'n Roll und zum Beat.



Klage und Anklage

„Weil die Gewehre und Peitschen ihrer Aufseher nicht ausreichten, den Widerstand der schwarzen Sklaven zu brechen, suchten sie ihren Stolz zu brechen. Sie zwangen ihnen ihre heuchlerische Religion, ihre heuchlerische Moral und ihre heuchlerische Sexualität auf. Sie erniedrigten die schwarze Frau zur Hure des weißen Mannes. Sie zwangen das schwarze Volk, seine Trauer und Hoffnung in den biblischen Wendungen der Weißen und seine durch keine Demütigung zu brechende Lebenskraft und Lebensfreude in ● Tingeltangelmusik der Weißen auszudrücken. Und als die gesellschaftlichen Produktivkräfte des wirtschaftlich höher entwickelten Nordens, die Profitinteressen der Industriebosse, die Sklavenerhaltungswirtschaft des Südens überflüssig machten, da waren es trotzdem nicht die weißen Abolitionisten, die schließlich die Aufhebung der Sklaverei erzwingen, sondern die sich in ständigen Aufständen, in Massenflucht und Massenagitation äußernde Selbstorganisation der Schwarzen, ohne die es keine Abschaffung der Sklaverei gegeben hätte – ein Kapitel in der Geschichte der USA, das man uns gerne vorenthält.“ (Marianne und Gerold Dommer in: LeRoi Jones: „Schwarze Musik“, März Verlag)

In seinen Texten spiegelt der Blues nicht das Bild des in seiner Armut zufriedenen und bescheidenen Schwarzen aus „Onkel Toms Hütte“ wider. Im

Gegenteil, der Blues verschweigt nichts und beschönigt nichts. Er stellt die Dinge und Lebensumstände dar, wie sie sich dem Neger auch heute noch bieten. Auch heute noch unterdrücken die Profitinteressen der amerikanischen Klassengesellschaft die Emanzipation der Neger. Heute noch leben die Neger im ländlichen, verarmten Süden oder in den verdreckten Ghettos der nördlichen Industriestädte, wo sich oft als einziger Weg zum Überleben die Kriminalität und Prostitution anbietet. Der Blues sagt die Wahrheit, die für die Weißen unbequem und störend ist. Er beschreibt die unmenschlichen Lebensbedingungen in den Ghettos. „Wenn die Miete fällig ist / kommt der Hauswirt herein. Hast du das Geld nicht da / bist du sofort los dein Heim.“ „In den dreißiger Jahren gab es in Harlem einen von 4 000 Negern bewohnten Häuserblock, den sogenannten ‚lungblock‘: Dort starben an der Schwindsucht doppelt soviel Menschen wie in ganz Manhattan und noch heute fordert die Schwindsucht in Harlem viermal soviel Todesopfer wie in New York City.“ (Theo Lehmann in: Blues and Trouble). Der Bluessänger singt von der schleichenden Krankheit: „Oh, oh, Tbc bringt mich um / oh, oh, Tbc bringt mich um / Oh, oh, Tbc bringt mich um / Bin wie ein Gefangener, wünsch mir immer, ich wär frei.“ 1936 – als die Zahl der Tbc-Kranken unter den Negern achtmal größer war als unter den Weißen – sang Josh White im „Silicosis Blues“: „Tuberkulose, du hast

ast mir ein Wrack gemacht / Du hast mir mein Recht auf Leben geraubt und ich könnte nicht trauriger sein. – Ich grab in diesem Tunnel, verdiene gerade sechs Groschen am Tag. / Wußte nicht, daß ich mein eigenes Grab schaufle – Tuberkulose fraß meine Lungen.“

Songs gegen Unterdrückung und Diskriminierung

Es ist richtig: Blues sind auch Klagelieder. Ihr zentrales Thema sind enttäuschte Liebe oder das Leben unter schwierigsten sozialen Bedingungen. Indem der Blues klagt, klagt er auch an. Die Beschreibung der Lebensumstände des Negers in einem Blues bedeutet eine Anklage gegen die Unterdrücker und Ausbeuter, die solche Umstände und die Abhängigkeit des Negers zur Wahrung ihrer Profitinteressen brauchen. Der Blues an sich ist eine protestierende Liedform, auch wenn der Protest nicht scharf artikuliert, sondern verschlüsselt in der Jive-Sprache ausgedrückt ist. Gerade die unverhüllt sozialkritischen Blues über die Rassendiskriminierung wie Leadbellys „Bourgeois Town“, Big Bill Broonzy's „Black Brown & White“ oder Billie Holiday's Blues über das Lynchen „Strange Fruit“ fielen den Zensurschranken der weißen Konzernherren, Plattenproduzenten und Rundfunksendern zum Opfer und konnten sich nur im Untergrund verbreiten.

Während die Neger in den Staaten als Menschen zweiter Klasse gelten und ihnen die Gleichberechtigung vorenthalten wird, wurden sie bevorzugt da eingesetzt, wo weiße Menschen zu kostbar waren: in den Kriegen (1. Weltkrieg, Korea, Vietnam), die aus imperialistischen Gründen geführt wurden. Die Neger erkannten den Widerspruch zwischen der „Gleichberechtigung“ in Krisensituationen und der Unterdrückung zu Hause in den Staaten. Ein Negersoldat, der gegen die Japaner kämpfte, sagte: „Wenn ich falle, dann laßt auf meinen Grabstein setzen: Hier ruht ein schwarzer Mann, der starb, als er gegen einen gelben Mann kämpfte – um einen weißen Mann zu schützen“. Neger, die ihr Leben in den Kriegen für die USA eingesetzt hatten, und daraus einen Anspruch ableiteten, später in den Staaten entspre-

chend gleichberechtigt behandelt zu werden, fanden die alten Lebensumstände und Rassenschranken wieder vor und waren wieder der „boy“. Broonzy sang: „Als ich von Übersee zurückkam / hatten wir an diesem Abend ein Fest. / Am nächsten Tag traf ich den alten Boss / der sagt: Boy hol dir den Arbeitsanzug jetzt“. Die Weißen sprachen jeden Neger diskriminierend mit „boy“ an und nicht mit „Mister“, da sie ihn nicht als vollwertigen Menschen anerkannten. „Seit ich lebe auf dieser Erde / muß ich folgendes erfahren / daß ich niemals „Mann“ genannt werde / Und jetzt bin ich schon in den fünfziger Jahren.“

Weißer Blues – kommerzialisiertes Klischee

Als die protestierende Jugend in vielen Ländern immer stärker im Blues die Stimme des Widerstandes erkannte, griff sie diese schwarze Musikform auf und spielte sie nach. Mit den von den weißen Musikern perfekt nachgespielten und schnell kommerzialisierten Bluesklischees wurde der Blues mehr und mehr korruptiert und integriert. Er hatte nicht etwa die Rassenschranken übersprungen (wie eine Plattenfirma frohlockend über das gute Geschäft mitteilte), sondern sie bestätigt. Während die Neger weiter kreativen Blues machten, kommerzialisierten ihn die weißen Musiker, kassierten für die Arbeit des Negers und beteiligten sich dadurch an seiner Ausbeutung. „Daß ein in den Künsten der Integration geübtes Management es vermocht hat, den Protest zu entgiften, die befürchtete Revolution in Hitparaden abzufangen, der sich äußernden Gegengewalt der Jugend den Terror des manipulierten Konsums entgegenzusetzen, ändert nichts daran, daß die Schwarze Musik im Rock'n Roll und im Rhythm & Blues zur Stimme des Widerstandes geworden ist. Indem die protestierende Jugend diese Musik als ihre eigene akzeptierte, hat sie, vorgängig aller rationalen Solidarisierung, dem schwarzen Bruder schon bewiesen, daß sie zu seiner Klasse gehört.“ 1)

1) (G. und M. Dommermuth in dem sehr empfehlenswerten Buch von LeRoi Jones „Schwarze Musik“, März-Verlag, 22 DM)

Redaktion UZ
Hoffnung Str. 18

P 1861

2835



PENTACON six

Neben Umkehrprisma, Lichtschatz und Lu-penaufsatz gibt es jetzt zur PENTACON six den TTL-Prismenaufsatz mit der PENTACON-Innenmessung. Das Messen durch das Objektiv verbürgt hohe Meßgenauigkeit. Die PENTACON six ist die Kamera für den Reporter und den sehr anspruchsvollen Amateur. Dementsprechend ihre technischen Merkmale: Das günstige Mittelformat 6x6, das einmalige Suchersystem der echten Einäugigen, der schnelle Schlitzverschluß (1/1000 s), alle Wechselobjektive zwischen 50 mm und 1000 mm Brennweite, die beiden Filmademöglichkeiten (Rollfilm 220 für 24 Aufnahmen und Rollfilm 120 für 12 Aufnahmen) und das Zubehörprogramm für Spezialaufnahmen. Im übrigen ist die PENTACON six in ihrer Klasse die Leichteste und damit zweifellos die Handlichste.



Kombinat VEB PENTACON DRESDEN
DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK